

Informationsdienst

Z 21913 E

südliches afrika

Nr. 6, Juni 1983

Preis DM 5.—

ISSN 0721-5088



“Köstliches im Himmel”

*hat man uns versprochen.
Wir riechen aber nichts davon;
auch wird unser Hunger
auf Rechte, die uns zustehen,
davon nicht gestillt.
Wir spähen durch das Fenster,
sehen andere sitzen und prassen
an einem Tisch
— reich gedeckt mit “Gleichheit” —,
der Duft macht uns rasend.
Wie lange noch können wir das Knurren
unseres hungrigen Magens bezwingen?*

James Matthews

Kirche und Apartheid

Cover: Linolschnitt "Hiob" von Caiphas
Nxumalo, Südafrika

INHALT

schwerpunkt:

Kirchen und Apartheid

Der Götze wackelt	3
Eine "Bekennende Kirche"	
vor Gericht	5
Was ist Apartheid?	5
Der Prozeß gegen Cedric Mayson . . .	7
Apartheidskurs: weiter fest	8
Zum Beispiel:	
US-Kirchen gegen Bankkredite an SA	9
Black Theology in Südafrika	10
Die Übermacht des Irdischen	12
"Ich will ein Mensch sein"	15
Kirche contra Klassenkampf	17

mosambik

Mehr Unterstützung für die Kleinbauern	19
Frontstaaten im Visier	23

aktionen

Tourismusdebatte	25
Fragen der AAB an politische Parteien zum Südlichen Afrika zur Bundestagswahl	26

rezension	30
nachrichten	31
zeitschriftenschau	32

Informationsstelle Südliches Afrika e.V. (ISSA)

5300 Bonn 1, Blücherstr. 14
Telefon: 0228/ 21 32 88
Postscheck Köln 281210-504
Spk Bonn 119 000 222

Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und Westberlin e.V. (AAB)

5300 Bonn 1, Blücherstr. 14
Telefon: 0228/ 21 13 55
Postscheck Köln 12979-501
BfG Bonn Nr. 101 9894500

Preise:

Einzelheft	DM 5,00
Jahresabonnement	
Inland/Ausland	DM 40,00
Luftpost	DM 55,00
Institutionen	DM 60,00
Förderer	DM 60,00

Redaktion:

Christa Brandt, Gottfried Wellmer, Lothar Berger, Alrun Hürter, Hein Möllers (verantw.), Christoph Reichert, Dietrich Weinbrenner, Ingeborg Wick, Gernot Herrmann

Redaktionsschluß der Ausgabe: 10.5.83

Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach Rücksprache mit der Redaktion. Genehmigung wird gern erteilt. Belegexemplar an die Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verlag: ISSA

Satz, Layout, Grafik:

DK Kierzkowski, Bonn-Beuel

Druck:

Leppelt Druck+Repro GmbH, Bonn Beuel

Editorial

Das Südliche Afrika ist seit langer Zeit ein Thema für die Kirchen. Nach wie vor nennt Südafrika das Christentum die Grundlage für sein Apartheidsystem – die konfessionellen und ökumenischen Gemeinschaften der Kirchen dagegen haben die Apartheid zur Häresie erklärt, Apartheid widerspricht den Grundlagen des christlichen Glaubens. Der Reformierte Weltbund zog daraus die Konsequenz, die weißen reformierten Kirchen Südafrikas NGK und NHK auszuschließen. Die anderen Kirchen in Südafrika und auch in Namibia, die sich gegen die Apartheid ausgesprochen haben, sind zunehmend den Angriffen der rassistischen Regierung ausgesetzt, wie es in den Empfehlungen der Eloff-Kommission, die eine "Untersuchung" zum Südafrikanischen Kirchenrat durchführte, deutlich wird. Trotz dieser Angriffe nehmen südafrikanische Kirchen immer entschlossener ihren Auftrag wahr, gegen Häresie und damit gegen Apartheid anzugehen. Sowohl der protestantische Kirchenrat, wie die Katholische Bischofskonferenz haben klare, eindeutige Stellungnahmen zur illegalen Besetzung Namibias abgegeben und ihre Beendigung gefordert. In getrennten Untersuchungen und Erklärungen haben beide die südafrikanischen "Sicherheitskräfte" für die brutale Unterdrückung und Herrschaft der Gewalt verantwortlich gemacht und sich für die Durchführung der UNO-Resolution 435 für die Unabhängigkeit Namibias ausgesprochen. Sie bestätigten, daß das namibische Volk die SWAPO als seinen Vertreter ansieht. Erzbischof D. Hurley und A. Boesak, Präsident des Reformierten Weltbundes, sagten in Erklärungen zu dem kürzlich erfolgten Anschlag des African National Congress auf das Luftwaffenhauptquartier in Pretoria, daß die Ursache für die Gewalt im Südlichen Afrika im Apartheidsystem selbst begründet ist. Dies ist eine klare Absage an die südafrikanische Propaganda, die die Nachbarstaaten hierfür verantwortlich machen will. Am 23.5.83 wurde ein Angriff der Luftwaffe des Apartheidregimes auf Maputo, Mosambik, geflogen. Wieder einmal sind die Menschen in unabhängigen Staaten Opfer von Angriffen der südafrikanischen Militärs geworden. Wir werden darüber in der nächsten Ausgabe des Informationsdienstes berichten. Für die kriegserischen Aggressionen und Anschläge gegen die Frontstaaten trägt auch der Westen Verantwortung. Trotz der Verletzung der Grenzen und der Beugung des internationalen Rechts, erhält das Rassistenregime weiter wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung, auch aus der Bundesrepublik Deutschland.

So sieht z.B. die Dresdner Bank keinen Anlaß, ihre Kredite an den Apartheidstaat einzustellen, da sie Kredite "nicht nach politischen Kriterien" vergeben kann. Pretoria jedoch benutzt diese Kredite zum Ausbau seines Machtapparates und wertet sie politisch und als "Vertrauensbeweis". Die Kirchen in der Bundesrepublik, besonders die EKD, wurden seitens der Dresdner Bank zur Rechtfertigung ihrer Kreditvergabe herangezogen, da die EKD im Gegensatz zum Ökumenischen Rat der Kirchen, nicht die Konsequenz des Boykotts gezogen hätte und den Banken (als Geldgebern für das Apartheidsystem) mehr Verständnis entgegenbringe. Hier wurde besonders auf Gespräche mit der EKD und Bischof Lohse, Ratsvorsitzender der EKD und Bischof der Landeskirche Hannovers, verwiesen. Die EKD hat diese Gespräche bisher nicht öffentlich bekanntgegeben, noch hat sie ihren Zweck benannt. Will die EKD wieder wie bei früheren Gesprächen zu Wirtschaftsbeziehungen, die streng geheimgehalten wurden und deren Zweck war, die Beschlüsse des Ökumenischen Rates der Kirchen abzuschwächen, bzw. nicht zur Anwendung kommen lassen zu müssen, an der ökumenischen Aufgabe vorbeiarbeiten? Wenn die EKD sich nicht weiter dem Verdacht der Kollaboration mit dem Apartheidsystem aussetzen will, muß sie endlich klar Stellung beziehen und konkrete Schritte gegen Apartheid einleiten.

Wenn die Situation im Südlichen Afrika einen Status Confessionis (= Bekenntnisfrage) darstellt, wie es der Lutherische Weltbund bereits 1977 und der Reformierte Weltbund 1981 festgestellt haben, sollte dies auch Konsequenzen für die EKD haben, die aus reformierten und lutherischen Kirchen besteht.

Zwei kirchliche Ereignisse stehen bevor, auf denen das Südliche Afrika herausragend thematisiert wird. Der große Kirchentag in Hannover (8. - 12. Juni 83) hat in diesem Jahr einen Südafrikatag, an dem auch Christen aus den Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO teilnehmen werden. Im August wird die Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver/Kanada zusammentreffen. Für die Kirchen im Südlichen Afrika wird es von Bedeutung sein, wie sich die Kirchen der Ökumene in Zukunft den Problemen des Südlichen Afrika zuwenden.

Doris Peschke

Der Götze wackelt

Kommt Bewegung in die Apartheid-Kirche?

Dietrich Weinbrenner

Südafrika ist das einzige Land der Erde, in dem Apartheid gesetzlich verankert ist. Südafrika ist ein 'christliches' Land, seine Regierung beansprucht, nach christlichen Grundsätzen zu handeln. Diese Verbindung von 'christlicher Überzeugung' und rassistischem Überlegenheitsdenken zieht sich wie ein blutroter Faden durch die Geschichte dieses Landes: Es begann mit dem Jahr 1652, als Jan van Riebeeck mit der ersten Gruppe von Niederländern am Kap landete und die dort lebenden Hirtenvölker blutig unterwarf. Traurige Höhepunkte der jüngsten Geschichte: Das Jahr 1960, als bei friedlichen Demonstrationen gegen die Paßgesetze 69 Schwarze (offizielle Zählung) von Einheiten der 'christlichen' Regierung ermordet wurden. Und das Jahr 1976, als in Soweto Kinder und Jugendliche erschossen wurden, als sie sich gegen diskriminierende Ausbildungsbedingungen zur Wehr setzten.

Viel Blut klebt an den Händen der Buren, die sich als Einwanderer mit dem auserwählten Volk Israel verglichen; die einen ihrer Pastoren 1948 zum ersten Premierminister machten; deren heutiger Premier Botha Mitglied der Niederländisch-Reformierten Kirche (NGK) ist. Doch die christlich-rassistische Einheitsfront bröckelt. Opposition von innen und Isolation von außen nehmen zu.

Theologischer Irrsinn

Zur NGK, der größten der drei weißen reformierten Kirchen, gehören ca. 40% der insgesamt 4,3 Mio Weißen, sie sind die Hauptstützen der seit 35 Jahren regierenden Nationalen Partei. Nie NGK hat theologische Grundsätze der Rassentrennung entwickelt, die das religiöse Rückgrat und die ideologische Absicherung der Apartheidpolitik bilden. Die Geschichte vom Turmbau zu Babel (1. Moses 11) wird als Grundlage für die 'getrennte Entwicklung' verschiedener Rassen herangezogen. 1. Mose 9, 18 - 27 muß dazu herhalten, daß Noahs Söhne, Japhet, Ham und Sem, die Stammväter der weißen, schwarzen und gelben Menschen seien, wobei die schwarzen Nachkommen von Hams Sohn Kanaan zur Knechtschaft gegenüber allen anderen Völkern verflucht seien.

Diese biblisch-theologisch unhaltbare Position, die den täglichen Mord in Südafrika legitimiert, hat weltweite Proteste und Verurteilungen hervorgerufen. Doch auch in den eigenen Reihen wächst die Kritik.

Der Brief der 123

Im offiziellen NGK-Blatt 'Die Kerkbode' vom 8. Juni 1982 veröffentlichten 123 Pastoren und Theologen dieser Kirche einen Brief, der die Rassenpolitik eindeutig als unvereinbar mit der Heiligen Schrift verurteilt. Dieser Brief stellt die bedeutendste Entwicklung innerhalb der Burenkirche seit langer Zeit dar, denn noch nie hat eine so große Gruppe von Theologen dieser Kirche offen gegen Apartheid Stellung genommen. Bisher waren es immer kleinere Gruppen oder Einzelpersonen, wie z.B. Pastor Beyers-Naude, der 1962 aus der NGK austrat und 1977 als Lei-

ter des inzwischen verbotenen christlichen Instituts unter Bann gestellt wurde. In einem ersten Teil betont der Brief der 123 Theologen, daß die vornehmliche Aufgabe der Kirche in Südafrika 'das Amt der Versöhnung in Christus' ist. Diese Versöhnung muß die Einheit der Kirche nach sich ziehen, die es nicht erlaubt, daß eine Einzelkirche ihre Tür vor der anderen verschließen kann', daß 'die Kirche keinen anderen Maßstab für die Mitgliedschaft anlegen darf als das Bekenntnis des wahren Glaubens an Christus'. Diese Forderung nach Einheit der Kirche richtet sich gegen die Aufteilung der reformierten Kirche Südafrikas in eigenständige Kirchen für Weiße, Farbige, Schwarze und Inder, wie sie die weiße reformierte Kirche nach dem 1. Weltkrieg vorgenommen hat.

Der zweite Teil des Briefes spricht über den 'prophetischen Auftrag der Kirchen'. Die Einsicht, daß der kirchliche Auftrag nicht an den Kirchenmauern endet, sondern auch die jeweilige Gesellschaftsordnung betrifft, wird für die südafrikanische Gesellschaft so konkretisiert:

- daß die Kirche ihr prophetisches Zeugnis mit großem Freimut in der südafrikanischen Gesellschaft ablegen darf. Leben wir doch unter einem Staatswesen das sich ausdrücklich als christlich bezeichnet und darum gemeinsam mit der Kirche auf das Wort Gottes hören will.
- daß ein System, worin Unversöhnbarkeit zu einem gesellschaftlichen Grundsatz erhoben und die verschiedenen Teile der Bevölkerung Südafri-

kas einander entfremdet werden, unannehmbar ist.

- daß solch ein System es den Einwohnern Südafrikas nahezu unmöglich macht, einander wirklich kennenzulernen, zu vertrauen und sich zueinander loyal zu verhalten.
- daß die Gesetze, die Symbole dieser Entfremdung geworden sind, u.a. die über Mischehen, Rassenklassifizierung und Gruppengebiete, biblisch nicht begründet werden können.
- daß Gerechtigkeit und nicht nur Gesetz und Ordnung der richtungsweisende Ausgangspunkt zur Regelung des Zusammenlebens sein sollte. Wir glauben, daß die Erscheinungen wie erzwungene Umsiedlung von Menschen, Zerrüttung der Ehen und Familien durch die Wanderarbeit, geringere Aufwendungen für schwarze Schüler und Schulen, unzureichende und schlechte Unterbringung der Schwarzen, sowie niedrigere Löhne mit der biblischen Forderung nach Gerechtigkeit und Menschenwürde nicht zu vereinbaren sind.
- daß alle Menschen, die Südafrika als ihr Vaterland betrachten, einbezogen werden müssen bei der Ausarbeitung eines neuen Gesellschaftssystems.
- daß dieses System aufgebaut werden sollte auf Ordnung und Frieden als Früchten der Gerechtigkeit, was bedeutet, daß alle Menschen die gleiche Behandlung und die gleichen Chancen erhalten sollten."

In einem dritten Abschnitt betonen die Autoren, daß sie ihre Kirche nicht verlassen wollen, vielmehr mit ihr solidarisch sind und ihr zu einer klareren Sicht ihres Auftrages verhelfen wollen. Es ist klar, daß die Position, die in diesem Brief zum Ausdruck kommt, an den Grundfesten der südafrikanischen Regierungspolitik rüttelt. Die Stützpfeiler des Systems, Rassengesetze, Bantustanpolitik und Wanderarbeit, all das wird klar verurteilt.

Organisierung des kirchlichen Widerstands

Mit der Forderung nach Zusammenschluß der nach Rassen getrennten reformierten Kirchen, mit dem prophetischen Ruf nach einer gerechten Gesellschaftsordnung für Südafrika stimmen diese 123 weißen Theologen mit den Zielen des 'Broederkring' überein, einer Vereinigung, die 1974 von Pastoren der drei schwarzen reformierten Kirchen gegründet wurde. Der 'Broederkring', der für Mitglieder aller Hautfarben offen ist, trat 1979 dem südafrikanischen Kirchenrat bei, er wird zunehmend von den Kirchen der Ökumene als Gesprächspartner erkannt. Ende 1982 haben sich diese drei Kirchen auch als ganze zusammengeschlossen. Sie bilden die 'Allianz schwarzer Reformier-

ter Kirchen in Südafrika' (ABRESKA), um gemeinsam gegen die rassistischen Kirchen auftreten zu können.

Diese Christen verstehen sich als eine bekennende Kirche, vergleichbar mit der Hitlerdeutschlands. Diese Tradition wird auch von einer 'Reformierten Studiengruppe' in Anspruch genommen, die von weißen Theologiestudenten gegründet wurde. In einer Broschüre, die die Apartheidpolitik klar verurteilt, druckten sie kommentarlos die 'Barmer Erklärung' von 1934 ab, die sich gegen das NS-Regime stellte.

Die NGK hat bislang alle Vorschläge zur Kirchenvereinigung zurückgewiesen. Sie übt Druck auf die Pastoren aus, die solche Forderungen unterstützen. Einem Pastor wurde die Gehaltsbeihilfe gestrichen, nur weil er ein Treffen des 'Broederkring' besuchte. Die politische Dimension der Forderungen des 'Broederkring' kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Regierung ihn als 'unterminierende Organisation' bezeichnet und ihn in die Nähe der Befreiungsbewegung ANC rückt.

Reformierter Weltbund schließt Rassistenkirche aus

Seit der Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Ottawa im August 1982 sind die Apartheidkirchen weiter in die Isolation geraten: Ihre Mitgliedschaft wurde bis auf Weiteres ausgesetzt. Mit dieser Maßnahme gegen die NGK und die NHK hat der Reformierte Weltbund, dem 157 Kirchen mit ca. 70 Mio Mitgliedern in 76 Ländern angehörten, ein mutiges und konsequentes Zeichen gesetzt, das endlich die Konsequenzen aus der Einsicht zieht, daß Rassismus und 'getrennte Entwicklung' christlich nicht zu legitimieren sind. Es ist zu hoffen, daß dieser Schritt auch politische Organisationen wie z.B. die UNO dazu ermutigt, ebenso eindeutige Schritte zu unternehmen.

Wir dokumentieren die wichtigsten Aussagen der Resolution, die mit 220 Stimmen (bei 20 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen) angenommen wurde:

"... Das Evangelium von Jesus Christus forderte eine Glaubensgemeinschaft, die alle Rassenschranken überschreitet, eine Gemeinschaft, in der die Liebe zu Christus und zueinander alle Trennungen von Rasse und Farbe überwindet... Rassismus ist ein System von Unterdrückung, Herrschaft und Ungerechtigkeit...

Die weißen reformierten Afrikaans-Kirchen in Südafrika haben jahrelang detailliert die Politik sowie theologische und moralische Rechtfertigung des Apartheidsystems ausgearbeitet. Apartheid (getrennte Entwicklung) ist somit eine pseudo-religiöse Ideologie genauso wie ein politisches System...

Die Verheißung Gottes für seine Welt und seine Kirche stehen in direktem Gegensatz zu den Idealen und Praktiken der Apartheid. Diese Verheißungen sind Friede, Gerechtigkeit und Freiheit. Sie enthalten die gute Nachricht für die Armen und Befreiung für die Unterdrückten, aber ebenso Gottes Urteil über die Verweigerung von Rechten und die Zerstörung von Menschlichkeit und Gemeinschaft... In bestimmten Situationen muß das Bekenntnis einer Kirche eine klare Trennungslinie zwischen Wahrheit und Irrtum ziehen. Im gläubigen Gehorsam Jesus Christus gegenüber muß sie die Ansprüche einer ungerechten und unterdrückerischen Regierung zurückweisen, sie muß diejenigen Christen anprangern, die den Unterdrücker unterstützen und begünstigen. Wir glauben, daß diese Situation heute in Südafrika gegeben ist.

Die Kirchen, die das reformierte Bekenntnis beanspruchen, haben sich damit verpflichtet, als Volk Gottes zu leben, im täglichen Leben und im Gottesdienst zu zeigen, was das bedeutet. Diese Verpflichtung fordert:

- konkrete Manifestation der Gemeinschaft zwischen den Rassen
- gemeinsames Zeugnis für Gerechtigkeit und Gleichheit in der Gesellschaft
- Gemeinschaft beim Abendmahl.

Die NGK und die NHK ... widersprechen in Lehre und Leben dem Glauben, den sie bekennen.

Daher erklärt die Generalversammlung, daß diese Situation eine Bekenntnisfrage für unsere Kirche darstellt. Das bedeutet, daß wir dies als eine Frage ansehen, über die man nicht verschiedener Meinung sein kann, ohne die Integrität unseres gemeinsamen Bekenntnisses aufs Spiel zu setzen... Zusammen mit den schwarzen reformierten Christen in Südafrika erklären wir, daß Apartheid ('getrennte Entwicklung') eine Sünde ist, daß ihre moralische und theologische Rechtfertigung eine Verzerrung des Evangeliums ist und in ihrem beharrlichen Ungehorsam gegenüber dem Wort Gottes eine theologische Irrlehre ist.

...Die Generalversammlung hat eine besondere Verantwortung, die Sünde des Rassismus weiterhin zu verurteilen...

Es ist in Gesetzen institutionalisiert, in der Politik, in den Strukturen der Nation, sein Ergebnis in horrenden Ungerechtigkeit, Leid, Ausbeutung und Degradierung von Millionen schwarzen Afrikanern, für die Christus gestorben ist; (Dieser Rassismus) wurde moralisch und theologisch durch die holländisch-reformierten Kirchen in Südafrika gerechtfertigt, die Mitglieder des Reformierten Weltbundes sind, mit denen wir ein gemeinsames theologisches Erbe in reformierter Tradition teilen.

Deshalb ist die Generalversammlung ... gezwungen, die NGK und die NHK von den Privilegien der Mitgliedschaft im Reformierten Weltbund zu suspendieren, bis der Exekutivausschuß festgestellt hat, daß diese beiden Kirchen in Wort und Tat einen Sinneswandel vollzogen haben. Wir werden sie herzlich wiederwillkommen heißen, wenn die folgenden Änderungen stattgefunden haben:

1. Schwarze Christen werden nicht mehr aus Gottesdiensten, ganz besonders vom Abendmahl, ausgeschlossen.
2. Konkrete Unterstützung in Wort und Tat für die, die unter dem System der Apartheid (getrennte Entwicklung) leiden.
3. Eindeutige Synodenbeschlüsse, die Apartheid verurteilen und die Kirche verpflichten, dieses System in Kirche und Politik niederzureißen."

Ein weiteres Zeichen für die Haltung des Reformierten Weltbundes ist die Wahl seines neuen Präsidenten. Es ist A. Boesak, Pfarrer der südafrikanischen Sending-Kerk, Vorsitzender des 'Broederkring' und der ABRESKA, ein entschiedener Apartheid-Gegner.

Die Reaktion: Verhärtung

Im Oktober 1982 tagte die Synode der NGK in Pretoria. Es zeigte sich, daß die Apartheidgegner immer noch eine Minderheit bilden. Der Brief der 123 Theologen wie auch ein Brief von 33 prominenten antirassistischen Kirchenmitgliedern ist ein Aufbruch, aber noch kein Durchbruch. Zeichen dafür, daß der Götze der Apartheid in dieser Kirche wackelt.

Die Mehrheit der Delegierten stimmten für eine völlige Trennung vom Reformierten Weltbund, die dafür nötige Zweidrittelmehrheit wurde jedoch nicht erreicht. 1986 soll endgültig entschieden werden, bis dahin werden keine Mitgliedsbeiträge an den Weltbund gezahlt.

Die andere ausgeschlossene Kirche, die NHK, die noch weiter rechts steht, hat nach dem Beschluß von Ottawa ihre Mitgliedschaft von sich aus aufgekündigt. Kirchensprecher Smith: "Wir sprechen dem Weltbund das Recht ab, uns eine politische Entscheidung aufzudrängen, die uns zu Partnern jener Kräfte macht, die die heidnischen Ziele des kommunistischen Imperialismus fördern".

Mit dem "Kampf gegen den Kommunismus" begründen lateinamerikanische Diktatoren wie auch Ronald Reagan menschenverachtende Politik. Daß rassistische Politik im christlichen Gewand in Südafrika gottloser ist als jeder Kommunismus, der sich für Gerechtigkeit einsetzt, das wird immer mehr Menschen innerhalb und außerhalb Südafrikas klar, die sich von solchen 'Argumenten' nicht mehr einfangen lassen.

Eine »Bekennende Kirche« vor Gericht

Südafrikanischer Kirchenrat vor Eloff-Kommission

„Am Ende wird eine politische Entscheidung vorgenommen werden, die nicht in den Händen der Eloff-Kommission liegt.“ So schätzt der Berliner Bischof Kruse, Vorsitzender der Südafrika-Kommission der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die Arbeit der Untersuchungskommission des Apartheidregimes ein, die seit März 1982 gegen den Südafrikanischen Kirchenrat SACC ermittelt.

Mit der Eloff-Kommission verfolgt die südafrikanische Regierung offensichtlich das Ziel, den SACC, der sich nachdrücklich gegen Apartheid ausgesprochen hat, zu zerschlagen. Anlaß für die Bildung der Kommission waren Unregelmäßigkeiten in Verwaltung und Finanzen des SACC, auf die dieser selbst aufmerksam gemacht und die er auch intern geklärt hatte. Daß dieser Anlaß, der im wesentlichen die Amtszeit von John Rees, dem weißen Vorgänger des derzeitigen Generalsekretärs des SACC Bischof Desmond Tutu, betraf, nur ein Vorwand war und ist, zeigen die Aussagen des Chefs der Sicherheitspolizei Johan Coetzee vor der Kommission.

Im Februar beschuldigte Coetzee den SACC, von einer stark politisierenden Führungsschicht manipuliert zu werden und gegen Südafrika gerichtete Angriffe zu unterstützen. Coetzee berichtete von Begegnungen zwischen SACC-Vertretern und Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und des Afrikanischen National-Kongress (ANC). Für Coetzee war die Finanzierung des SACC 96% aus dem Ausland ein Beweis dafür, daß er ausländische Interessen vertrete und nicht die Meinung der SACC-Mitgliedskirchen.

Coetzee forderte, den Rat zur 'betroffenen Organisation' ('affected organization') zu erklären, was nach einem Gesetz aus dem Jahre 1974 zur Folge hat, daß der Rat keine Mittel aus dem Ausland annehmen kann. Coetzee begründete seine Forderung mit der Notwendigkeit, "die Bevölkerung Südafrikas von politischer Beeinflussung aus dem Ausland zu befreien."

Unerschrocken von den Drohungen Coetzees zeigte sich SACC-Präsident Peter Storey. Er erklärte vor der Kommission, die Ziele des ANC und SACC seien zum Teil identisch; jedoch bestünden grundsätzliche Meinungsunterschiede in der Frage ihrer Durchsetzung. Der SACC setzte sich eindeutig für Gewaltfreiheit ein, was den Dialog mit Christen in der Befreiungsbewegung aber nicht ausschloß. Das Engagement des SACC für Menschenrechte könne nicht der Beeinflussung durch politische Parteien, Ideologien oder neue Befreiungsideen und einer 'schwarzen Theologie' zugeschrieben werden. Die Behauptung, der SACC werde von Geldgebern aus Übersee manipuliert, bezeichnete Storey als "Versuch, die christliche Barmherzigkeit, der die Menschen in unserem Land so viel verdanken, herabzusetzen."

In ihren Aussagen vor der Eloff-Kommission unterstrichen die drei Vertreter der EKD, die im März vorgeladen worden waren, die Solidarität der EKD mit dem SACC. Der Leiter des Kirchlichen Außenamtes der EKD, Heinz Joachim Held, erklärte, das Engagement des SACC für die Unterdrückten und seine Forderung nach einer grundsätzlichen Änderung der Verhältnisse in Südafrika stehe im Einklang mit der biblischen Botschaft

und werde von der EKD mitgetragen. "Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Kirchen vor der Sünde warnen müssen und daß ein Staat, der diese Warnungen mißachtet und die Ungerechtigkeit aufrechterhält, letztlich nicht überleben wird." Es sei 'theologisches Erbe' und 'historische Tradition' der EKD, daß Christen in bestimmten Situationen und gegenüber Maßnahmen, die nicht mit dem Evangelium zu rechtfertigen sind, zum Ungehorsam gegenüber dem Staat verpflichtet seien.

Held erklärte, falls der SACC durch die Regierung ausgeschaltet wird und keine Gelder mehr aus dem Ausland annehmen darf, werden andere kirchliche Mittel und Wege gefunden, um die Solidarität der EKD mit den Kirchen und Menschen in Südafrika zum Ausdruck zu bringen. Bischof Kruse, der ebenfalls vor der Eloff-Kommission aussagte, wies darauf hin, daß bei der Anhörung mehrmals die Frage gestellt worden sei, wie die deutsche Öffentlichkeit auf ein Verbot des SACC reagieren würde.

Dies könne so verstanden werden, daß der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik wie auch in den USA doch eine gewisse Bedeutung zugemessen werde.

In kirchlichen Kreisen in Südafrika herrscht trotzdem die Meinung vor, daß unabhängig vom Ergebnis des für Juni erwarteten Untersuchungsberichts der Eloff-Kommission die Regierung entschlossen ist, den SACC zur 'betroffenen Organisation' zu erklären. Die Konfrontation zwischen Kirche und Staat in Südafrika wird weitergehen – und die Worte der Solidarität der EKD mit dem SACC werden noch auf harte Proben gestellt werden.

-ken

Was ist Apartheid?

Der Südafrikanische Kirchenrat definiert das System der südafrikanischen Gesellschaft

Wenn der Südafrikanische Kirchenrat SACC den Begriff Apartheid benutzt, so bezieht er sich auf die Ideologie und Praxis, die Rasse eines Menschen dazu zu benutzen, sie zum wichtigsten Kriterium zur Beurteilung eines Menschen zu machen.

Die "Botschaft an das Volk Südafrikas" sagt dazu: 'In Südafrika soll jeder daran glauben, daß die rassische Identität eines Menschen das wichtigste ist, was ihn kennzeichnet: nur wenn sie klar bestimmt ist, kann man über ihn entscheiden... Dieser

Glaube an die höchste Bedeutung von rassischer Identität läuft auf die Verweigerung der zentralen Aussagen Christi in der Schrift hinaus.'

Apartheid nimmt einen biologischen Unfall, den ein Mensch nicht kontrollieren und dem man nicht enttrinnen kann, und entscheidet allein auf dieser Grundlage, wer für ihn spricht. Nur unter dem Nationalsozialismus in Deutschland hat in diesem Jahrhundert ein Staat das Leben eines Menschen ausschließlich auf der Grundlage von Rasse bestimmt.

Rasse als Kriterium

Wo Rasse als ein Gesichtspunkt zur Herausbildung von Meinungen und Vorurteilen benutzt wird, nennt man dies *Rassismus*. Apartheid gründet sich daher auf Rassismus; aber sie ist schlimmer, weil sie Rassismus in ein strenges legales System *kodifiziert* hat, auf das sich alle Sturkturen der Gesellschaft gründen. Als sie erstmals als Doktrin propagiert wurde, wurde Apartheid ohne Scham als Mittel dargestellt, mit dem in Südafrika weiße Vorherrschaft (*'baasskap'*) aufrechterhalten werden könne; sie hat daher ihre Wurzeln auch in der Entschlossenheit einer Gruppe, ihre Überlegenheit und Macht über andere Gruppen zu sichern. Sie wurde auch von Theologen verteidigt, besonders aus der Niederländisch-Reformierten Kirche mit dem Hinweis auf das Alte Testament. Auch wenn diese Sicht heute nicht mehr so stark vertreten wird, liegen doch die Wurzeln der Apartheid genau da; man muß sich fragen: 'Kann ein schlechter Baum gute Früchte tragen?'

Die gesetzliche Kodifizierung beginnt mit der Klassifizierung nach Rasse. Von da an entscheidet eine Vielzahl von Gesetzen, daß ein Mensch sein ganzes Leben lang nur innerhalb der Bestimmungen leben soll, die für seine oder ihre Rasse gelten.

Diese Gesetze bestimmen, wo und wie ein Mensch Bildung erhalten kann, wo er leben darf, wie sicher er dort leben kann und auf welche Dauer, welche Arbeit er ausführen darf, welche höhere Schulbildung er bekommen kann, wen er heiraten darf, ob er mit seinem Ehegatten zusammenleben darf oder nicht; sie entscheiden über die Höhe seines Lohnes, die Höhe seiner Versicherungsprämien, ob er eine Waffe besitzen darf oder nicht, ob er Land besitzen darf, ob er allein in seinem Haus leben darf oder nicht, ob sein Heim sicher ist vor Polizei-Razzien, wo er essen darf und sich vergügen kann, wo er Urlaub machen kann und wo er seiner Notdurft nachgehen darf. Schließlich bestimmen sie die Höhe seiner Rente und den Ort seines Grabes.

All dies wird nur auf der Grundlage seiner Rassenzugehörigkeit entschieden.

Unerhörtes Leiden

Apartheid, die die Gesellschaft in dieser Weise ordnet, hat unerhörte Leiden verursacht. Denn für alle diese Lebensbereiche muß es Gesetze geben, die dann auch durchgesetzt werden müssen. Wenn ein Gesetz im Grunde ein böses Gesetz ist, wird es in jedem Falle Verbitterung hervorrufen, wie menschlich es auch immer zur Anwendung gelangt. Eine der schrecklichen Folgen der Apartheid ist daher das Verschwinden des Respekts vor dem Gesetz. Statt daß die Menschen es als Beschützer individueller Freiheit und Würde ansehen, sieht man das Gesetz als Feind des Volkes und der Menschen; Einrichtungen zur Durchsetzung der Gesetze wie die Polizei werden als Instrumente der Unterdrückung durch Apartheid gesehen.

In dem Maße, in dem der Widerstand gegen diese Unterdrückung gewachsen ist, hat sich der Staat gezwungen gesehen, seine Apartheid-Gesetze durch eine wachsende Liste von Sicherheitsmaßnahmen abzusichern; er nimmt sich wachsende Vollmachten, um Widerstand zu kontrollieren oder zu beenden. Dazu gehören Internierungen, Bannungen und immer weiter gefaßte Definitionen von Terrorismus und Verrat. Einst galten sie als Mit-

tel gegen Bedrohung von außen, aber heute sind sie offenes Mittel zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit.

Da die innere Unterdrückung solche Ausmaße erreicht hat, daß politische Opposition und Protest zunehmend schwieriger geworden sind, da einige Gegner der Apartheid zu militärischen Aktionen gegriffen haben, beginnt ein neuer Kreislauf der Apartheid-Geschichte mit dem Ausbau der südafrikanischen Armee und steigender Militarisierung einerseits und bewaffneter Akte gegen Apartheid andererseits. Die durch Apartheid verursachte innere Instabilität Südafrikas kann nun durch äußere Faktoren wie den Ost-West-Konflikt ausgenutzt werden.

Wie weiße Vorherrschaft aufrechterhalten wird.

Eine weitere Dimension von Apartheid besteht im Konzept der 'großen Apartheid', wie sei Dr. H.F. Verwoerd entwickelt hat. Weil der Versuch, eine Ideologie mit derart unmoralischen Wurzeln moralisch zu rechtfertigen, gescheitert ist, weil weiße 'baasskap' in einem einheitlichen Staat nicht länger zu rechtfertigen war, wurde das Konzept von 'getrennten Nationen' mit getrennten 'Heimatländern' erfunden; damit sollte weiße Vorherrschaft in der Republik und indirekte weiße Vorherrschaft über die Bantustans durch wirtschaftliche und andere Formen von Macht gesichert werden. Acht Millionen Südafrikaner sind daher zu Bürgern des einen oder anderen 'Heimatlandes' erklärt worden; mindestens zwei Millionen Menschen sind zwangsumgesiedelt worden, zumeist gegen ihren Willen. Ethnischer Nationalismus ist wieder gefördert worden, er spaltet das Volk von Südafrika.

Solche Spaltungen werden heute zur Rechtfertigung der Notwendigkeit solcher Politik benutzt. Die Folgen der Apartheid werden also eingesetzt, um sie zu rechtfertigen. In der Republik selbst ist die neue Verfassungs-Lösung nur so zu verstehen, daß sie wieder den Schein von erweiterter Beteiligung durch Menschen bietet, die weder weiß noch 'Bürger' der 'Heimatländer' sind; in Wahrheit bedeutet das neue Modell mehr Macht für die weiße Gruppe als zuvor, denn dem Präsidenten, der unweigerlich ein Weißer sein wird, wird mehr Macht zur Verfügung stehen.

Von ihrem Anfang bis zu ihrem heutigen Zustand liegt im Herzen der Apartheid nur eine Frage: "Was macht einen Bürger Südafrikas aus? Wer ist ein Bürger Südafrikas?" Zur Zeit genießt kein Südafrikaner den vollen Segen der Bürgerrechte: Schwarze, Braune und Südafrikaner indischer Herkunft sind immer noch von allen endgültigen Machtentscheidungen ausgeschlossen, während die weißen Südafrikaner zahlreiche Bürgerrechte aufgegeben haben, um ihre vorherrschenden Positionen aufrechterhalten. All dies ist die Frucht der Apartheid.

Die 'Botschaft an das Volk Südafrikas' nennt Apartheid Ersatz für das Evangelium. 1982 bezeichnete die Nationale Konferenz des Südafrikanischen Kirchenrates sie als Ketzerei. Apartheid ist nicht nur ein sozio-politisches System. Man muß sie verurteilen, weil sie ungerechterweise auf Rasse gründet. Es gibt freilich christliche Kirchen, die sie immer noch zu rechtfertigen suchen, mit welchem Namen sie auch auftritt, indem sie die Bibel oder 'praktische Gründe' anführen. Wo immer dies geschieht, muß diese Art der Unterstützung der Apartheid als Ketzerei verurteilt werden.

Diese Definition der Apartheid — sicher eine Minimal-Definition — gab Pfarrer Peter Storey, Präsident des Südafrikanischen Kirchenrates SACC, in einer Aussage vor der staatlichen Untersuchungskommission über die Aktivitäten des SACC (Eloff-Kommission) Anfang März 1983. Wir entnehmen sie der März-Ausgabe 1983 des SACC-Informationsbuletins 'EcuNews'. Weitere Informationen über Aussagen vor der Eloff-Kommission sind in der 'epd-Dokumentation' Nr. 15/83 vom 11.4.1983 enthalten; die 'epd-Dokumentation' Nr. 9 - 10/83 vom 7.3.1983 enthält die 'Anklageschrift' des Staates gegen den SACC, ein Gutachten der Sicherheitspolizei.

Der Prozess gegen Cedric Mayson

Angela Mai

Am 27. November 1981 wurde Cedric Mayson, ein 54-jähriger weißer Pfarrer in Johannesburg verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, er sei Mitglied oder aktiver Sympathisant des ANC und hätte die Befreiungsbewegung auf verschiedene Weise unterstützt. Die Anklage lautete auf Hochverrat. Cedric verbrachte über 14 Monate in Haft, bevor der Prozess gegen ihn am 7. Februar 1983 anfang.

Schon am 2. Tag stellte es sich heraus, daß zuerst einmal ein "Prozeß innerhalb des Prozesses" geführt werden müßte, um die Frage zu klären, ob die Aussage, die Cedric im John Vorster Square Polizeihauptquartier gemacht hatte und die die Grundlage der Anklage bildete, gegläutlich zulässig sei oder nicht.

Cedric war in den Tagen nach seiner Verhaftung grob mißhandelt worden. Er wurde vier Tage und Nächte lang verhört, ohne schlafen zu dürfen, und mußte während dieser ganzen Zeit nackt stehen. Er wurde auch geschlagen und einmal wurde ihm ein Büschel Haar ausgezogen.

Als diese Tatsachen im Prozeß ans Licht gebracht wurden, leugnete der leitende Untersuchungsbeamte, der berüchtigte Major Cronwright, daß Cedric nackt verhört worden war und meinte: "Wir haben zu viel Respekt vor den Frauen, die im 10. Stockwerk arbeiten, um solch ungebärdiges Benehmen zu erlauben." Nach den ausgezogenen Haaren befragt, antwortete er kalt: "Ich habe keine Kopfhaut-Inspektion durchgeführt." Ein anderer Beamter, Hauptmann Struwig, behauptete: "Wenn ein Häftling sagt, daß er müde ist, wird er in seine Zelle zurückgebracht. Ihm wird freigestellt, während des Verhörs zu stehen oder zu sitzen".

Wenn ein Häftling eine Antwort verweigere, würde er, sagt Struwig aus, entweder mit ihm "plaudern", oder ihn in seine Zelle zurückschicken.

Angesichts dieser mit glattem Hohn gemachten Behauptungen, maß sogar der Richter den Polizeibeamten wenig Glaubwürdigkeit bei. Dagegen wirkte Cedric, nach Augenzeugenberichten, ausgesprochen sicher, ruhig und überzeugend. Auf jeden Fall passierte das noch-nie Geschehene: Am 18. Februar, 10 Tage nach Beginn des Prozesses, entschied der Richter, Cedrics Aussage nicht als Beweismaterial zuzulassen, da sie nicht, wie eigentlich vom Gesetz vorgesehen, vor einem Amtsrichter, sondern im Polizeirevier geschrieben worden war. Die Sicherheitspolizei hält sich nie an diese Anordnung, und es ist zu hoffen, daß diese Entscheidung nun anderen Häftlingen zugutekommen mag.

Mit der Ablehnung der Aussage fiel die Beweisführung der Staatsanwaltschaft zusammen, zumal sie noch ein zusätzliches, ernstes Problem hatte: Ihr Hauptzeuge, Aurret van Heerden, der 1981 - 1982 10 Monate lang in Einzelhaft gehalten und besonders grausam gefoltert worden war, war untergetaucht und blieb unauffindbar. Daraufhin bat die Staatsanwaltschaft um Verschiebung des Prozesses um 2 Monate, und die Verteidigung beantragte Freilassung auf Kautions für Cedric. Wieder passierte etwas, womit niemand rechnete: Weder Staatsanwalt noch Richter, noch Justizminister sperrten den Weg zur Freilassung, man einigte sich auf die geradezu lächerlichen Kautionssumme von R. 1000, und Cedric wurde der Erste, der, obwohl des Hochverrats bezichtigt, gegen Kautions frei-

gelassen wurde.

Nun ist Cedric gerade vor Wiederaufnahme des Prozesses geflohen. In London erklärte er, daß die Entwicklung Südafrikas zu einem durch-militarisierten Sicherheitsstaat und die Zuspitzung der anti-kirchlichen Politik ihn zur Entscheidung zur Flucht gebracht hatten.

Es wird ihm nicht leicht gefallen sein. Cedrics Bestreben war es immer, die Kirche dazubewegen, klar und deutlich für diejenigen Stellung zu beziehen, die den Kampf gegen Apartheid führen. Die Kirche, meint er, müsse dort sein, wo gegen Ungerechtigkeit und für Befreiung gerungen wird. Er hätte diese Botschaft gern vom Gerichtssaal aus an die Kirchen gerichtet. Nun wird er sie in Europa an die Ohren der hiesigen Kirchen bringen, die sie oft nicht minder benötigen.

'Namibia Fonds' der Rheinischen Landeskirche weiter auf Eis

Trotz 'besseren gegenseitigen Verständnisses' und des 'Ausräumens einiger Mißverständnisse' (so Präses Brandt), hat die Begegnung einer fünfköpfigen Delegation der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) mit Vertretern des Rates der Kirchen in Namibia (CCN) Ende April keine Lösung der Frage des umstrittenen 'Namibia Fonds' der EKiR erbracht (vgl. epd-Entwicklungspolitik 2/83).

Die Delegation der EKiR hatte nach einer Konsultation mit Namibiern in Botswana und einer Reise durch das nördliche Namibia in zweitägigen Gesprächen am 25. und 26. April mit den Vertretern des CCN die Frage erörtert, warum der CCN den mit 300 000 DM aus Kirchensteuermitteln dotierten 'Namibia Fonds' bisher nicht hatte annehmen wollen. Diesen hatte die EKiR-Landessynode im Januar 1982 zur Unterstützung der Opfer des Rassismus in Namibia beschlossen, zugleich aber die Überweisung von Kirchensteuermitteln für den Sonderfonds des Programms zur Bekämpfung des Rassismus des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) durch rheinische Gemeinden und Kirchenkreise untersagt. In einem nach den Gesprächen gemeinsam veröffentlichten Kommuniqué heißt es, daß der CCN besorgt sei, daß der 'Namibia Fonds' die Einheit von Kirche und Volk von Namibia in bezug auf Christen innerhalb und außerhalb des Landes gefährden könne. Nach Aussagen von Präses Brandt von der EKiR wird das Exekutiv-Komitee des CCN auf seiner nächsten Sitzung, deren Termin noch nicht feststeht, über die Annahme oder Nicht-Annahme des 'Namibia Fonds' entscheiden. Aus Kreisen des CCN in Windhoek wird darauf hingewiesen, daß der CCN zwar die Erklärungen der rheinischen Kirchendelegation gehört habe, dies aber nicht heiße, daß man die Gründe für die Einrichtung des 'Namibia Fonds' akzeptiere. Aus diesen Kreisen wird zugleich betont, daß die Lösung des Problems am ehesten darin bestehen könne, daß die Rheinische Landessynode ihren Beschluß über die Errichtung des 'Namibia Fonds' und das Verbot der Verwendung von Kirchensteuermitteln für den Sonderfonds des ÖRK aufhebe und die für den 'Namibia Fonds' vorgesehenen Mittel an den Sonderfonds überweise, aus dem dann Vorhaben zugunsten von Namibia allgemein gefördert werden sollten.

Inzwischen hat eine Reihe von Gemeinden im Rheinland den Schluß der Landessynode, daß keine Kirchensteuermittel für den Sonderfonds verwandt werden dürfen und daß die Gemeinden, die den Sonderfonds unterstützen wollen, auf den Weg von Kollekten verwiesen werden, mißachtet. Die Gemeinde Oberhausen-Sterkrade hat unlängst wie in den vergangenen Jahren einen Betrag von DM 1 000 an den Sonderfonds überwiesen, woraufhin die Leitung der EKiR diesen Beschluß 'außer Kraft' gesetzt hat, was bislang aber wirkungslos blieb. Auch die Oberhausener Luther-Gemeinde hat DM 1 500 an den Sonderfonds überwiesen; ein ähnlicher Beschluß steht in einer Gemeinde in Wuppertal an, wo eine Gemeindeversammlung am Himmelfahrtstage das Presbyterium dazu aufforderte, weiterhin den Sonderfonds zu unterstützen.

Peter Ripken

Apartheidskurs: weiter fest!

Hauptversammlung der Dresdner Bank

„Wenn die Flugblätter draußen sagen, gebt die Konten bei der Dresdner Bank auf“, erregte sich der von vielen Hauptversammlungen deutscher Unternehmen bekannte Aktionärsvertreter Fiebich, „so antworte ich als Aktionär, tretet doch aus der Evangelischen Kirche aus, wenn die so etwas finanziert.“ Die Szene bei der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank am 13. Mai war in der Tat ungewöhnlich. Draußen vor der Alten Oper in Frankfurt — wie auch vor Filialen der Dresdner Bank in zahlreichen deutschen Städten — verteilten Gruppen der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland und der Anti-Apartheid-Bewegung Flugblätter. Auf ihnen wurde auf das starke Engagement der zweitgrößten deutschen Bank im Apartheid-Staat Südafrika hingewiesen; sie enthielten die Forderung: „Kein Konto bei der Dresdner Bank, solange sie die Apartheid unterstützt!“, in der Aktionär Fiebich schon Geschäftsschädigung sah. Und drinnen im Saal stellte die Aktionärsvertreterin Doris Peschke, Theologin und Mitglied der Anti-Apartheid-Bewegung, kritische Fragen an den Vorstand der Dresdner Bank — und zog den Unmut der Mehrzahl der rund 1 250 versammelten Aktionäre und Aktionärsvertreter auf sich. Doris Peschke, durch ihr Studium eng dem Ökumenischen Rat der Kirchen verbunden, der 1981 die Geschäftsbeziehungen mit der Dresdner Bank spektakulär aufgekündigt hatte, fragte danach, wie die Bank die Vergabe von Krediten an die südafrikanische Staatsgesellschaft ISCOR mit dem Artikel 26, Absatz 1 des Grundgesetzes vereinbaren könne; denn ISCOR sei mit Eisen- und Stahlerzeugung an der Produktion von Kriegsmaterial beteiligt, mit dem Südafrika einen Angriffskrieg gegen Angola betreibe, das Grundgesetz aber erkläre 'Handlungen zur Vorbereitung eines Angriffskrieges' für verfassungswidrig. Eine Antwort wurde der engagierten Aktionärin nicht zuteil, aus dem Saale kamen lediglich Zwischenrufe wie 'Aufhören!' und 'Das ist ja Politik!'.

Kritische politische Fragen auf Hauptversammlungen von Unternehmen — gestützt gar noch durch die Verteilung von Flugblättern —, das sind deutsche Aktionäre nicht gewohnt. In den USA, Großbritannien, den Niederlanden ist das anders: dort verfügen kirchliche Institutionen über größere Aktienpakete und erzwingen damit schon mal auch unbequeme Debatten gerade über das Engagement ihrer Firmen in Südafrika. Besonders in den USA, wo Kirchenhaushalte nicht aus

Kirchensteuern bestritten werden, sondern Kirchen eigene Vermögen bilden müssen, haben kirchliche Gruppen den Rückzug einiger Firmen aus Südafrika herbeiführen können. Deutsche Aktionäre verstehen Politik freilich anders: der Aufsichtsratsvorsitzende der Dresdner Bank, Helmut Haeusgen, erntete stürmischen Beifall, als er sich wünschte, daß die Kritiker Südafrikas mit der gleichen Vehemenz auch Menschenrechte und Selbstbestimmungsrechte für alle Bürger „in der uns näher liegenden DDR“ verlangen. Ähnlich emotional reagierten — wie so oft bei Debatten über Südafrika — andere Aktionärsvertreter, die Südafrika und den Vorstand der Dresdner Bank, die von allen deutschen Großbanken am stärksten Kredite an Südafrika und seine Staatsfirmen vergeben hat, meinten verteidigen zu müssen. Der Vorstandsvorsitzende Dr. Hans Friderichs, früher FDP-Wirtschaftsminister in Bonn, reagierte da schon moderater. Er wiederholte den Standpunkt der Bank, daß sie mit allen Ländern Geschäftsbeziehungen pflegen müsse, und daß sie ihre Kredite nicht nach „ideologischen, sondern nach risikomäßigen Gesichtspunkten“ vergebe. Und Südafrika gehöre nicht zu den Risiko-Ländern, denn — so Friderichs — „wir unterhalten nicht nur diplomatische Beziehungen zu Südafrika, sondern auch die (von der Regierung kontrollierte) Exportversicherung Hermes nimmt, soweit risikomäßig vertretbar, Exportkredite an Südafrika in Deckung; politisch Berufenere haben also vor uns bereits geurteilt.“

Auf die Frage der Aktionärsvertreterin Peschke, welche Konsequenzen die Dresdner Bank daraus zöge, daß Kunden aus Protest gegen die Kredite für die Apartheid ihre Konten gekündigt hätten, so der Ökumenische Rat der Kirchen und die Evangelische Studentengemeinde, antwortete Friderichs eindeutig: „Die Reaktion der Öffentlichkeit hat gezeigt, daß der tendenziösen Öffentlichkeitsarbeit des Weltkirchenrates nicht viel Verständnis entgegengebracht worden ist.“ Der Ökumenische Rat der Kirchen hatte 1981 seine Geschäftsbeziehungen zu zwei Schweizer Banken und der Dresdner Bank gelöst, nachdem er festgestellt hatte, daß die deutsche Großbank nicht einmal bereit gewesen war, ihre Kredite an Südafrika mit dem ÖRK zu diskutieren. Dr. Hans Friderichs heute unter dem Beifall der Mehrheit der Aktionäre dazu: „Ich begrüße die Reaktion maßgeblicher Repräsentanten der Evangelischen Kirche in Deutschland; wir haben Gespräche geführt, ich habe mit Bischof Lohse korrespondiert, und wir freuen uns, daß wir unverändert sehr viele Institutionen und

Stellen beider christlicher Kirchen zu unseren Kunden zählen und daß sie trotz dieser damaligen Presseveröffentlichung (des ÖRK) uns die Treue gehalten haben.“

Im Spannungsfeld zwischen Geld und Moral, das sich am Beispiel Südafrika in aller Deutlichkeit zeigt, obsiegt für die Aktionäre deutscher Großbanken also noch allemal der Wunsch nach höherer Dividende; Politik ist nur erlaubt, wenn sie konservativ — und im Falle Südafrikas zudem noch kurzsichtig und menschenrechtsfeindlich — ist.

Peter Ripken

Kirchen sollen ANC und SWAPO unterstützen

Entsprechend eines Antrages der Arbeitsgruppe 5-Kirchentag wurde auf der Mitgliederversammlung der Anti-Apartheid-Bewegung am 8.5. 83 in Bonn mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen,

- folgenden Aufruf zu veröffentlichen
- Unterschriften unter den Aufruf zu sammeln
- diese Sammlung während des Kirchentages und auch danach fortzuführen.

Aufforderung an den Rat der Ev. Kirche in Deutschland (EKD), die Katholische Bischofskonferenz und alle ev. und kath. Christen in der Bundesrepublik

Wir fordern die Christen in der Bundesrepublik und deren Repräsentanten auf, die Befreiungsbewegungen Afrikanischer Nationalkongreß, ANC (Südafrika), und Südwestafrikanische Volksorganisation, SWAPO von Namibia als legitime Vertreter ihrer Völker anzuerkennen und tatkräftig zu fördern.

Die Bevölkerungsmehrheiten beider Länder — überwiegend Christen — wollen Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Sie verstehen ANC und SWAPO als ihre politische Vertretung. Sie verwerfen den ihnen aufgezwungenen Vertretungsanspruch der Regierung der weißen Minderheit.

ANC und SWAPO sind von zahlreichen Kirchen, Organisationen und Regierungen anerkannt. Beide unterhalten in Bonn offizielle Vertretungen.

Ihre Förderung durch Christen und Kirchen in der Bundesrepublik entspräche deren Bemühung um Gerechtigkeit und Frieden.

Zum Beispiel:

US-Kirchen gegen Bankkredite an Südafrika

Doris Peschke

„Es gibt immer noch ein Problem mit den US-Banken und Krediten an die Regierung“, wurde ein Vertreter einer US-Bank in Johannesburg zitiert (1). So sah sich z.B. die Citycorp der öffentlichen Kritik ausgesetzt, als sie im September 1980 einen Kredit an die Südafrikanischen Regierungen in Höhe von Rand 2,5 Milliarden 'gemanaged' hatte (2).

Diese Kritik ist auf eine jahrelange Kampagne zurückzuführen, in der Investitionen und besonders auch Kredite als Finanzierung der Apartheid und Stützung des Unrechtssystems öffentlich verurteilt wurden. Schon seit Mitte der sechziger Jahre waren die US-Kirchen aktiv an dieser Kampagne beteiligt. In den siebziger Jahren nahmen viele Kirchen und Universitäten, Gewerkschaften, Staaten und städtische Rentenfonds, Kongressabgeordnete und Organisationen der schwarzen Bevölkerung an den Aktionen teil und forderten die Beendigung der finanziellen Unterstützung der Apartheid.

Für die Kirchen waren die folgenden Gründe von so großer Bedeutung, daß sie sich an der Kampagne beteiligten (3):

- Apartheid ist Sünde. Sie stellt ein System dar, das auf der Verweigerung von Gerechtigkeit und Gleichheit beruht.
- Die Tage der Apartheid sind gezählt. Wir glauben, daß eine Veränderung in Südafrika unvermeidlich ist.
- Die Situation in Südafrika verbessert sich nicht. Die Änderung der "kleinen" Apartheid, die von der südafrikanischen Regierung groß als tatsächliche Veränderung propagiert wird, ist rein kosmetischer Art.
- US-Banken und Unternehmen, die diese Veränderung als substantielle Verbesserung der Lebensbedingungen der südafrikanischen schwarzen Bevölkerung verkünden, helfen den Bemühungen der südafrikanischen Propaganda.
- Die südafrikanische Regierung hat diese geringen Änderungen nicht durchgeführt, weil sie an eine Politik des stetigen Abbaus der Apartheid glaubt, sie ist weit davon entfernt. Diese Veränderungen wurden durchgeführt, um die zunehmend militante Unzufriedenheit unter der schwarzen Bevölkerung zu ersticken, einige liberale Teile in der weißen Bevölkerung zu beschwichtigen, und um ausländische Investitionen in Südafrika zu ermuntern, indem die "Verbesserung der Situation" betont wird.

– Ausländische Investitionen in Südafrika beruhigen die Regierung, sodaß sie sich nicht der Notwendigkeit für einen tatsächlichen Wandel aussetzen muß.

Auf dieser Grundlage haben sich viele Kirchen und kirchliche Organisationen an der Kampagne gegen Bankkredite beteiligt. Die meisten Aktionen wurden in den USA von dem Interfaith Centre on Corporate Responsibility (ICCR), das dem Nationalen Kirchenrat (NCC) angeschlossen ist, koordiniert.

Vielfach wurden von Mitgliedern des ICCR Resolutionen in Aktionärsversammlungen eingebracht, da sie als Mit-eigentümer dieser Gesellschaften meinen, das Recht und die Verantwortung zu haben, an der Geschäftspolitik der Gesellschaft mitzuwirken. Auch in diesem Jahr erhalten mehr als fünf Banken Resolutionen, in denen der Vorstand aufgefordert wird, keine neuen Kredite zu vergeben, und keine bestehenden Kredite zu erneuern, die an die Regierung Südafrikas oder staatliche Unternehmen und Institutionen gehen. Darunter befindet sich auch die Citybank, die zu den größten Kreditgebern in den USA zählt.

Neben den Resolutionen in Aktionärsversammlungen versuchen die Kirchen durch zahlreiche andere Aktionen Einfluß auf die Banken zu nehmen. Gespräche zwischen Vertretern der Kirchen und der Banken finden statt, Briefe werden geschrieben, Pressekonferenzen zu diesem Thema abgehalten, Demonstrationen organisiert. Ein Höhepunkt wurde im März 1981 erreicht, als Dr. Leon Sullivan, der Verfasser der Sullivan-Principles, die Richtlinien für die Geschäftstätigkeit von US-Firmen in Südafrika beinhalten – dem EG-Kodex vergleichbar – und Dr. William Howard, Präsident des NCC, gemeinsam auf einer Pressekonferenz erklärten, gegen die US-Kredite an Südafrika vorgehen zu wollen und Schritte zur Ausweitung der Kampagne zu unternehmen. Es bedarf keines Kommentars, welche Bedeutung darin liegt, daß der Autor von Kriterien, die weitere Investitionen in Südafrika unter bestimmten Bedingungen unterstützt, diesen Schritt mitvollzogen hat und sich eindeutig gegen Bankkredite für die Apartheid ausgesprochen hat.

Als beste Strategie gegen die Kredite für das Rassistenregime hat sich im Laufe der Jahre die Kündigung von Konten und der Verkauf von Anteilen erwiesen. Diese Strategie wurde zu der Disinvestment-Kampagne, an der sich auch in diesem Jahr fast alle Gruppen und Organisationen beteiligen, die in den USA zum Südlichen Afrika arbeiten. Mehrere große US-Kirchen haben es zu ihrer erklärten Politik gemacht, keine Investitionen in Banken oder Gesellschaften zu erlauben, die von der Apartheid profitieren.

Diese Schritte wurden grundsätzlich öffentlich vollzogen, so daß die Beteiligung und Information der Öffentlichkeit genügend beachtet wurde. Nur dadurch ist die große Aufmerksamkeit bei den Südafrikageschäften der US-Unternehmen zu erklären.

Mit viel Geduld und Ausdauer über viele Jahre hin, mit sehr viel Einsatz von Seiten der Kirchen, trotz zum Teil starker Kritik und der Schwierigkeiten mit der südafrikafreundlichen Politik der Reagan-Regierung, konnten wirkliche Erfolge erzielt werden. Aufgrund des starken öffentlichen Drucks beschlossen mehrere Banken keine weiteren Kredite an Südafrika zu geben. Zu diesen Banken gehören die Chase Manhattan, Chemical Bank, First Boston Bank, Bankers Trust, American Express International Bank. Es wären noch einige andere zu nennen.

Der jüngste Erfolg, der auch auf das starke öffentliche Interesse und die Kritik an den Krediten zurückzuführen ist, ist die Entscheidung des Banken- und Finanzausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, daß der Aufstockung des amerikanischen Beitrags zum Internationalen Währungsfonds (IWF) um 8,4 Milliarden Dollar nur unter der Bedingung zugestimmt hat, daß Südafrika keine weiteren Kredite des IWF erhält (4). Die USA haben die meisten Anteile im IWF und sind damit für solche Beschlüsse von entscheidender Bedeutung.

Umso enttäuschender ist allerdings, daß Südafrika seit 1978 verstärkt Kredite aus der Bundesrepublik und der Schweiz erhält, aus Ländern, in denen die Kirchen sich bisher geweigert haben, öffentlich gegen Kredite und Investitionen Stellung zu beziehen. Auf internationaler Ebene werden damit die Erfolge der Bankenkampagne stark eingeschränkt. Dies wird auch von Vertretern der US-Kirchen kritisiert, verbunden mit der Aufforderung an die Kirchen hier, endlich etwas zu unternehmen, damit die Bemühungen und der Einsatz der Kirchen dort nicht vergebens war (5). Ob sich die Kirchen in der Bundesrepublik ihrem ökumenischen Auftrag stellen werden, an den sie nicht nur von den US-Kirchen, sondern auch von den südafrikanischen Kirchen und dem Ökumenischen Rat der Kirchen erinnert werden? Es ist zu hoffen, daß sich auch hier etwas tut – und zwar öffentlich, wie es das Beispiel der US-Kirchen zeigt.

1. The Star, 27.3.1982

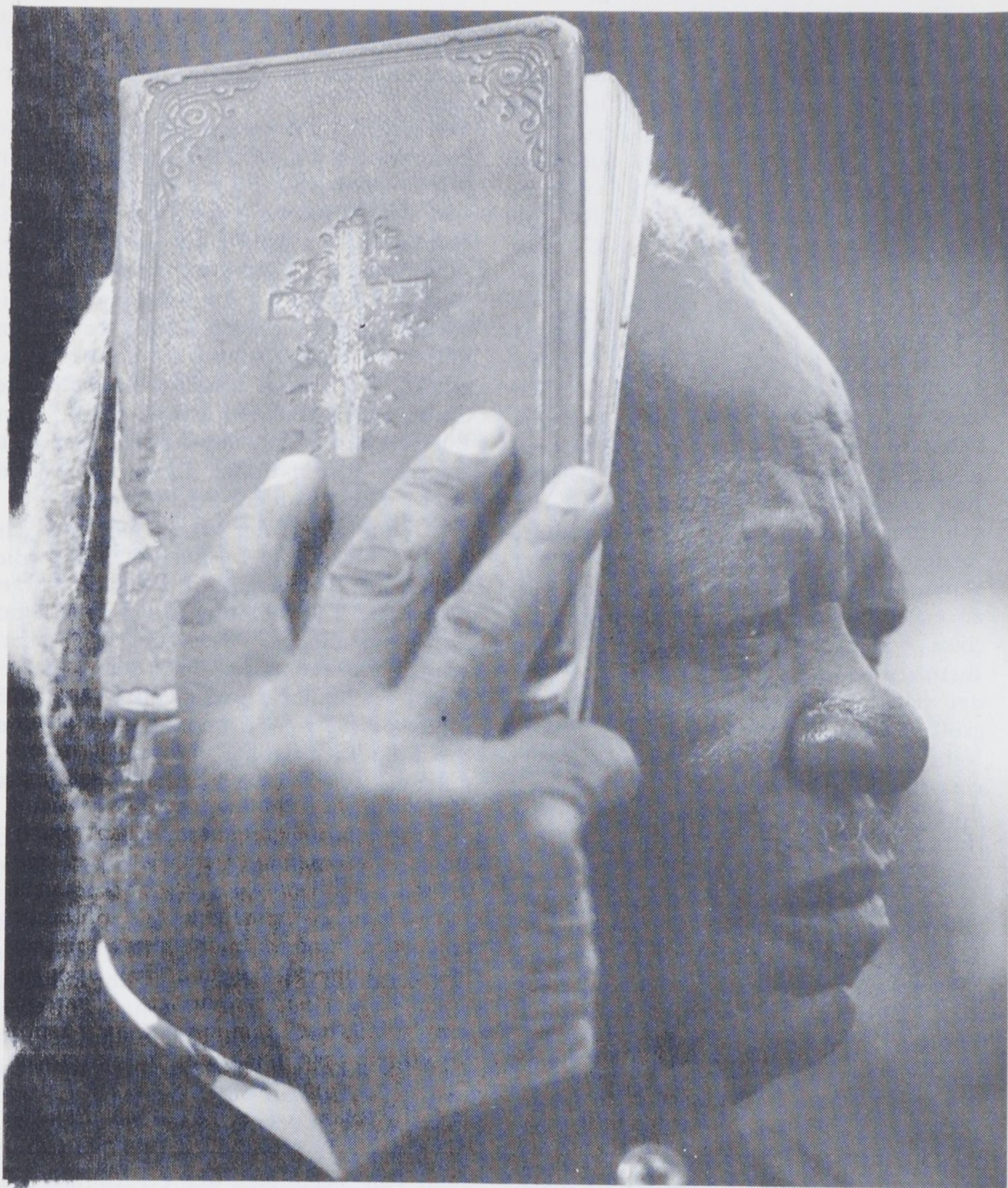
2. ebd.

3. W. Howard, T. Smith: The US Church Campaign against Bank Loans to South Africa, International Seminar on Loans to South Africa, 5-7 April 1981, Zürich

4. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.5.83

5. W. Howard: Brief an Bischof Dr. E. Lohse, Ratsvorsitzender der EKD, 25.3.82

Black Theology in Südafrika



Ben Khumalo

Ende der sechziger Jahre begannen schwarze südafrikanische Christen über die Aussagekraft des Evangeliums hinsichtlich der Entrechtung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit durch das weiße Apartheidssystem in ihrem Lande nachzudenken und das Wort Gottes so zu lesen und auszulegen, daß die schmerzvolle Lebenswirklichkeit des "Schwarzeins im noch von weißen Rassisten beherrschten Südafrika" in den Mittelpunkt des gottesdienstlichen Geschehens und des alltäglichen Tuns vorrückte; sie riefen damit eine Bewegung ins Leben, die sich nicht nur mit der Infragestellung des Universalitätsanspruchs abendländisch-nordatlantischer Theologien begnügte, sondern nach evangeliumsgemäßen Beiträgen zur Abschaffung des Übels der weißen Vorherrschaft und zur Herbeiführung

dauerhaften friedlichen Miteinanderlebens aller Bevölkerungsgruppen ihres Landes sucht.

Diese Bewegung der Black Theology, die auch als "Theologie der Ruhelosigkeit" (Manas Buthelezi) und als "Situations-/Befreiungstheologie im Kontext Südafrikas" (Allan Bowsak; Ben Khumalo, u.v.a.) bekannt ist, versteht sich als ein Beitrag zum gewaltfreien Widerstand gegen das Apartheid-Regime: Das Entrechtetsein und der sich daraus ergebende Befreiungsauftrag; sind Themen der theologischen Reflexion:

- der Mensch ist Gottes Geschöpf — nach seinem Bilde wurde er geschaffen;
- Christen haben das Unrecht zu bekämpfen — here and now;
- Freiheit und Versöhnung sind unteilbar (Tutu);
- glauben wir an einen "farblosen"

(oder gar "weißen") Gott, oder ist er (sie?) vielleicht schwarz?

Als entscheidend für die Entstehung dieser konfessionsübergreifenden Bekenner-Kirche-ähnliche Bewegung schwarzer Christen in Südafrika gilt die Black Consciousness Movement (BCM).

Dem die Bevölkerungsmehrheit Südafrikas unterdrückenden und ausbeutenden Machtapparat der eingewanderten weißen Minderheit (einschließlich der 'Homeland'-politik und deren 'Führern', ausländischen wirtschaftlichen, militärischen und diplomatischen Niederlassungen etc.) steht Black Theology kämpfend gegenüber.

Black Theology verurteilt die Gewaltanwendung des Apartheidsystems, z.B. willkürliche und zwangsläufige Trennung von Menschen in allen Lebensbereichen; Bevorzugung/Benachteiligung aufgrund nicht-beeinflußbarer Eigenschaften oder Merkmalen (Rassismus/Rassendiskriminierung); Enteignung, Zwangsumsiedlung und Ausbürgerung ('Homeland'-politik); bewußte ungerechte Verteilung von Lebensgütern, Unterernährung unter Afrikanern, hoher Lebensstandard unter den Weißen; Verfolgung der Opposition; Tötung sogar wehrloser Schulkinder. Black Theology betrachtet es als Pflicht eines jeden Christen, sich für die Beseitigung solch sündhafter Zustände einzusetzen; dabei ist sie sich dessen bewußt, daß konsequenter Vollzug des Befreiungsauftrages eine blutige Auseinandersetzung mit den heutigen Machthabern (also: die Anwendung von gewalttätigen Gegenmaßnahmen durch die Entrechteten) nicht ausschließt, zumal jegliche Anstrengung auf gewaltfreiem Wege immer wieder brutal zerschlagen wird. Dieses Erkenntnis der unumgänglichen Schuldübernahme, die den verantwortungsbewußten Christen im heutigen Südafrika vergewaltigungsbedürftig macht, berechtigt dennoch nicht dazu — wie sich westeuropäische/ nordamerikanische Christen es im Rahmen ihrer Debatte zur "Gewaltfrage" anmaßen —, vielmehr tut "Solidarität in der Schuld" not.

Black Theology erkennt die durch ihre Situationsbezogenheit gesetzten Grenzen; folglich erhebt sie keinen Universalitätsanspruch. Als Befreiungstheologie kann sie kein Selbstzweck sein — sie bleibt "a doing theology" (Tutu). Ihre Herkunft und ihre Zugehörigkeit zur Afrikanischen Theologie verbietet es, ihre Inhalte vom außer-afrikanischen Raum her zu "importieren" — sie bleibt eine zukunftsorientierte prophetischkritische Afrikanische Theologie im Kontext des heutigen noch — unbefreiten Südafrika. Die Ökumene klammert sie — trotz (und vielleicht wegen) des Vorrangs der eigenen Situation — nicht aus. Im Gegensatz zur nordamerikanischen, sucht die südafrikanische Black Theology den Dialog

mit außer-afrikanischen Christen und Theologen.

Die Frage, vor der die Black Theology steht, ist, ob und inwiefern die Bewegung im Kontext der heutigen Entwicklung in Südafrika (noch) von Bedeutung ist. Bei der Beantwortung dieser Frage muß man sich vor allen Dingen dessen bewußt sein,

- daß das Verbrechen des Rassismus, das im heutigen Südafrika den Status eines Regierungsprogramms inne hat, nicht mehr lediglich die willkürlich vollzogene Bevorzugung bzw. Benachteiligung von Menschen in allen Lebensbereichen aufgrund unbeeinflussbarer Merkmale (in unserem Falle: der Hautfarbe) bedeutet, sondern neuerdings im Sinne der "totalen Strategie" vielmehr eine allumfassende Durchsetzung und Aufrechterhaltung ungerechtfertigter Machtansprüche des weissen Minderheitsregimes Pretorias im ganzen Bereich südlich des Äquators unter gleichzeitiger Vorbereitung und Durchführung der "Endlösung" der swaart gevaar ("schwarzen Gefahr") vorantreibt.

Zur Lage

und Entwicklungen im heutigen Südafrika

Bereits vor nunmehr zwei Jahrzehnten – als friedliche Demonstranten in Sharpeville niedergemäht waren und die Organisationen des gewaltfreien Widerstandes ANC und PAC in den Untergrund und ins Exil mußten – waren einige Beobachter darin einig, daß "der Tag des grossen Knalles" unmittelbar bevorsteht.

Mittlerweile ist ein Zeitraum von knapp über zwei Jahrzehnten verflossen.

In diesem Zeitraum erlebte Südafrika:

- die Gründung und die Aktivitäten der militärischen Flügel des ANC "Umkhonto we sizwe".
- Die Bewegung des schwarzen Bewußtseins (Black Consciousness Movement BCM)
- die Schüleraufstände und Massen-Boykottaktionen in Soweto, am Kap und in anderen Teilen des Landes, die immer noch kein Ende gefunden haben,
- massenhaftes Wegbleiben vom Arbeitsplatz und eine zunehmende Bewußtwerdung der Arbeiter um ihre Lage.
- das Erstarken nicht rassistischer unabhängiger Gewerkschaften
- aber auch die Zerschlagung des öffentlichen Protestes durch das Verbot aller Organisationen und die Bannung und Inhaftierung vieler Personen auch des gewaltfreien Widerstandes
- die Zunahme geheimdienstlicher und diplomatischer Initiativen des Apartheidregimes im Ausland zur Erzeugung eines apartheidfreundlichen Klimas.

Der Entrechtete wird heute total ausgebeutet und verknebelt:

- Im Rahmen der Bantustanpolitik hat die herrschende Weiße-Bevölkerungsmehrheit erreicht,

- die schwarze Bevölkerungsmehrheit mehr und mehr auseinanderzureissen. Hatte man Anfang der 70er Jahre das Schwarzsein wiederentdeckt und dies als Machtfaktor zu empfinden gelernt, so nimmt heute die Zahl derer zu, die sich betont als Coloured, Indian oder African, verstehen – ein auseinanderführendes Selbstverständnis, das eher den Interessen der weissen Vorherrschaft als dem Befreiungsziel dient.

- die millionenweise Ausbürgerung von Schwarzafrikanern, die nach militärisch-strategischen Gesichtspunkten erfolgt und zur Schwächung des Selbstbefreiungswillens beiträgt, nunmehr von Schwarzafrikanern selber (z.B. dem Zulu-Häuptling Gatsha Mangosuthu Buthelezi) verantwortet, gerechtfertigt und durchgeführt wird. Die Vorfälle 1981/82 in den Bantustan Venda und die diplomatischen Initiativen des Zulu-Häuptlings Buthelezi seien als Beispiele hierfür erwähnt.

- Im Zuge der "Reformpolitik" des Burenchefs Botha zeichnet die weiße Vorherrschaft erkennbare Erfolge ab, schwarz gegen schwarz für die Wahrung weiß-rassistischer Vorherrschaftsinteressen einzusetzen; dies wird entsprechend belohnt:

- Einbeziehung Schwarzer in die sog. freiwilligen Einheiten der Apartheid-Army,
- Heranbildung einer politisch zwar rechtlosen, aber besser verdienenden Elite "städtischer Schwarzer" (Urban Blacks)
- Verwirrung, Mißtrauen und Zersplitterung unter den Schwarzen zu säen durch die Schaffung von Onkel-Tom-Positionen in der Verwaltung, die zur Legitimierung der derzeitigen Weißen-Terrorherrschaft beitragen.

- Die Totale Strategie versucht mit pseudo-wissenschaftlichen Untersuchungen und Analysen, die Verunglimpfung und Unterdrückung des öffentlichen Protestes und Widerstands innerhalb des Landes durchzuführen.

Die heutige Bedeutung

der Black Theology Bewegung

Wenn wir nun herausfinden wollen, ob und inwiefern die Black Theology Bewegung im Kontext der heutigen Entwicklung (noch) von Bedeutung ist, dann haben wir vorerst in Erinnerung zu rufen:

- die südafrikanische Black Theology

versteht sich als eine Befreiungstheologie

- die südafrikanische Black Theology versteht sich als eine doing theology
- die südafrikanische Black Theology versteht sich als eine ökumenische Theologie.

Wir haben ferner zu berücksichtigen, daß BTh eine jener Bewegungen ist, die den Befreiungskampf heute dadurch mitbestimmen, daß sie – sowohl innerhalb des Landes, als auch im Exil, – an vielen entscheidenden Bemühungen allein durch die Gegenwart und die aktive Mitwirkung ihrer Träger beteiligt sind. Nicht von gefahr, heißt es in dem im Frühjahr 1982 vorgelegten Bericht der Kommission zur Untersuchung der Massenmedien, BTh besäße eine Macht, die "nicht ignoriert werden" könne, denn sie verkörpere eine "ernsthafte Bedrohung" und müsse daher "mit Entschiedenheit und fortwährender Entschlossenheit in Angriff genommen werden."

Man muß allerdings befürchten, daß in dieser Beurteilung der BTh durch die derzeitigen Machthaber möglicherweise eine bewußte Überbewertung steckt, die wiederum nützlich ist, die Anwendung staatlicher Gewalt gegen die Black Theology Bewegung zu rechtfertigen. Denn viele junge Leute fragen heute:

Wo warst Du, Black Theology, als wir in Soweto Protest erhoben und niedergemäht wurden?

Reicht es, wenn die BTh antwortete: "Wir haben für Euch gebetet; die Erschossenen haben wir christlich bestattet, den Verwundeten und Verwaisten haben wir Solidaritätsspenden vermittelt!"? Ist das alles, was eine doing theology, die sich einem Befreiungsauftrag gegenüber sieht, in dieser Lage tun kann? Alles?

Der Plantagen- und Fließbandarbeiter, der im Arbeiterlager mit tausenden anderen – weit weg von Frau und Kind – lebt und (unter großen Risiken) für einen gerechten Lohn und für menschenwürdige Arbeitsbedingungen eintritt, kann heute berechtigterweise sagen: "Black Theology? ... nie gehört!"

Die Frauen von Crossroads, Dimbaza, etc. werden sich wohl an ihren engagierten Gemeindepfarrer und an die vielen tüchtigen Mitchristen erinnern, die unüberhörbar gegen die Zwangsumsiedlung Protest erhoben und in tätiger Liebe mit ihnen umgegangen sind, aber ihre berechnete Frage wird man wohl hören müssen:

"Selig sind die da Leid tragen, denn sie sollen getröstet werden. ... Schön und gut; aber warum müssen WIR 'da Leid tragen'? ... Außer Tröstungen konnte man nichts tun? ... Ein Ende des Leidens muß doch zu finden sein? ..."

Die südafrikanische BTh wird sich fragen lassen müssen, ob sie nicht zu einer "Zuschauer-Theologie" geworden ist. Gemessen an ihrem Anspruch, eine Befreiungstheologie zu sein, wird die südafrikanische BTh sagen müssen, ob situationsgerechte Seelsorge, Nächstenliebe und humanitäre Linderung augenblicklicher Not (Samariterdienst) wohl ausreichen und ob die Nachfolge dessen, der sterben mußte, damit wir leben können, hier nicht in besonderem Maße erkennbar sein müßte. Den Abschied von der "Im-Himmel-wird-es-Euch-besser-gehen Theologie" hat die südafrikanische BTh ganz gewiß noch nicht vollzogen, wenn sie immer noch über das Entrechtet sein nachdenkt und für die Entrechteten betet, statt ihrer einer zu sein, mit unter ihnen zu leiden, mit und unter ihnen zu widerstehen und zu kämpfen. Eine Befreiungstheologie kann niemals nur Zuschauer, Nachdenker und Analytiker sein; sie muß Mitkämpferin werden!

Prekär wird die Lage aber, wenn eine kontextuelle Theologie zum Apologet des Status Quo wird. Dies haben wir bisher in jener Strömung gesehen, die wir Bantustan-Theologie nennen; die burisch-reformierte Theologie der Apartheid ist auch eine solche. Neuerdings zeichnet sich aber eine weitere Störmung ähnlicher Prägung ab, die durch die Verwirrungen um den Presidential Council ausgelöst wurde. Die Onkel-Toms und die Coloured Labour Party sind dabei, eine Theologie des Satuts Quo zu entwerfen, die — analog zur burisch-reformierten Theologie der Apartheid — dem Verbrechen der Weißen-Vorherrschaft quasi eine Legitimierung von unten liefern sollte.

Diese Verzweigungen und Auseinanderklaffen der Bewegung, der südafrikanischen BTh und die angesprochenen Unzulänglichkeiten und Widersprüche im Wesen und Wirken dieser Bewegung im herausfördernden Alltag im heutigen Südafrika führen uns zur Feststellung, die südafrikanische BTh läuft die Gefahr, situationsstabilisierend, irrelevant und unwirksam zu werden (bzw. zu bleiben), wenn — um eine lerntheoretische Begrifflichkeit zu gebrauchen — Schritte vom Wissen zum Tun nicht baldmöglichst vollzogen werden. Es gilt heute mehr denn je, nicht nur Verkündiger und Hörer, sondern vielmehr Täter des Wortes zu werden und zu sein.

Es gilt heute, den längst fälligen Übergang von bloßen Überlegungen über eventuelle "Seelsorge an die Freiheitskämpfer" zur konkreten Teilnahme am bewaffneten Befreiungskampf zu vollziehen, sonst droht die Gefahr, daß die südafrikanische BTh zu einem konsequenzlosen Pfaffengezänk verkümmert.

Die Übermacht des Irdischen

Katholische Kirche in Südafrika auf Konfrontationskurs

Hein Möllers

Im Januar dieses Jahres hat das Regime in Pretoria zwei Dokumente der südafrikanischen katholischen Bischofskonferenz gebannt: den Pastoralbrief an polnische Einwanderer und den Bericht über die Lage in Namibia (1). Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts hat die katholische Kirche in Südafrika die Schwarzen missioniert und unter den Weißen Seelsorge betrieben, hatte die "Einheit in Christo" gepredigt und sich der staatlich verordneten Rassentrennung gefügt, zu den politischen und sozialen Verhältnissen geschwiegen. Seit Ende der 50er Jahre nimmt die Bischofskonferenz in immer eindeutigeren Pastoralbriefen gegen die Apartheid Stellung. Der Zeitpunkt ist nicht zufällig. Er markiert den Beginn der Entkolonisierung in Afrika. Eine Äußerung der Kirche war überfällig, wollte sie ihre Position in Afrika über die Kolonialzeit hinaus sichern. Es ist gleichzeitig der Zeitpunkt, der das Ende des gewaltfreien Widerstands in Südafrika signalisiert. Das Gebot der Gewaltlosigkeit, dessen Wirkungslosigkeit der schwarze Widerstand in seiner langen Geschichte erfahren mußte, gehört trotz dieser Erfahrungen zu den Leitvorstellungen der katholischen Kirche Südafrikas. Auch heute noch, nach Sharpeville, Soweto, Maseru... Die Kirche distanziert sich von einem 'Wandel zu einem Typ befreiender Gesellschaft'; ihre Forderungen zielen auf 'Veränderungen innerhalb des gegenwärtigen Systems' (2). Selbst bei dieser bescheidenen Vorgabe bleiben die praktischen Folgen für das kirchliche Leben begrenzt. Es gibt zweifellos mutige Christen. In den Gemeinden aber gibt es kaum Anzeichen einer Überwindung der Apartheidstrukturen.

Etwa 1,8 Millionen Schwarze und knapp 400 000 Weiße bekennen sich in Südafrika zur katholischen Kirche. Das sind 9,2% der Gesamtbevölkerung. Eine Minderheitenkirche zwar, die aber andererseits u.a. bei der schwarzen Bevölkerung zu den am schnellsten wachsenden Kirchen zählt.

In vielerlei Hinsicht ist die katholische Kirche ein Spiegelbild der südafrikanischen Gesellschaft. Obwohl ihre Mitglieder zu 85% Schwarze sind, ist ihre Leitung fast ausschließlich weiß. Von den 25 Diözesen unterstehen nur 5 schwarzen Bischöfen. Von 1250 Priestern sind 130 schwarz.

Die Spaltung der katholischen Kirche in Südafrika in einen schwarzen und einen weißen Teil, die kaum miteinander kommunizieren, resultiert sowohl aus der Apartheid als auch — zu einem nicht unwesentlichen Teil — aus kirchlicher Strategie und Paternalismus. Dieser Paternalismus machte es der Kirche leicht, der staatlich verordneten Rassentrennung zu folgen, ohne dessen Terminologie und Ideologie zu übernehmen, was sie in Konflikt mit ihrer Doktrin der Gleichheit aller Menschen gebracht hätte. Bei den Weißen war und ist sie nach Form und Inhalt der Seelsorge eine europäische Kirche. Bei den Schwarzen ist sie auch heute noch eine Missionskirche, d.h. eine Kirche, denen "im Dunkeln das Licht zu bringen". Das belegt auch die Tatsache, daß fast 3/4 der Priester aus Übersee kommt, daß der Ausbildung eines einhei-

mischen Klerus, der aufgrund der Bevölkerungsverteilung sich notwendigerweise aus den Schwarzen hätte rekrutieren müssen, erst in jünster Zeit Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Der Mangel der Kirche an politischem und sozialem Bewußtsein wie der Verzicht, ihre anti-rassistische, exegetisch-dogmatische Lehre in ethisch-politische Praxis umzusetzen, wird deutlich im katholischen Erziehungswesen in Südafrika. Wie alle Kirchen in Diaspora und Mission hat die katholische Kirche in Südafrika überproportional in den Aufbau eines kirchlichen Schulsystems investiert. Mag man die rassische Trennung noch mit staatlicher Verordnung und die unterschiedliche materielle Ausstattung mit den unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der beiden Bevölkerungsgruppen entschuldigen, so hat die Kirche darüber hinaus es versäumt, dieses Instrument zu nutzen, um zum Verständnis und zur Versöhnung zwischen den Rassen und Bevölkerungsgruppen beizutragen. Die Ordensschwester Brigid Flanagan charakterisiert die weißen katholischen Schulen: "Daß sie Generationen von jungen Männern und Frauen entließen, die den status quo als gegeben ansahen ohne Kenntnis und Bewußtsein von der Ungerechtigkeit der Gesellschaft, in der sie leben und die sie wissentlich oder unwissentlich perpetuieren, weist darauf hin, daß diese Schulen weitgehend darin versagten, ihren Schülern ein christlich soziales Gewissen

und Bewußtsein zu vermitteln" (3). Ein Resultat, das das Versöhnungskonzept der Kirche, dessen Kernstück auf die "Umkehr" der Weißen abhebt, zum Scheitern verurteilt. Die Kirche hat sich mit der Apartheid eingerichtet und ist bis heute Teil dieser Gesellschaft. Als sie sich seit Ende der 50er Jahre immer deutlicher von der Apartheid und seinem Regime distanzierte, folgte sie weniger eigenem Antrieb, sondern trug vielmehr der politischen Entwicklung auf dem Kontinent und in Südafrika Rechnung. In Afrika erlangten die meisten Länder zumindest ihre politische Unabhängigkeit. Die Missionskirche mußte Stellung beziehen, wollte sie nicht mit den Kolonialherren identifiziert werden. In Südafrika stand der Widerstand vor der Entscheidung für eine neue Strategie, hatte doch das Regime die Formen des zivilen Ungehorsams in zynischer Repression infrage

gestellt. Eine Antwort der katholischen Kirche war überfällig, wollte sie ihrem Gewaltlosigkeits-Gebot als oberster Maxime in der politischen Auseinandersetzung überhaupt noch Geltung verschaffen. Darüber hinaus: "Über 80% der katholischen Bevölkerung ist schwarz. Wenn die Kirche das wirtschaftliche und politische Monopol der Weißen verteidigen würde, wäre eine unwiderrufliche Entfremdung der Mehrheit der Gläubigen die Folge, und die Zukunft des Christentums in ganz Südafrika käme in große Gefahr." (4)

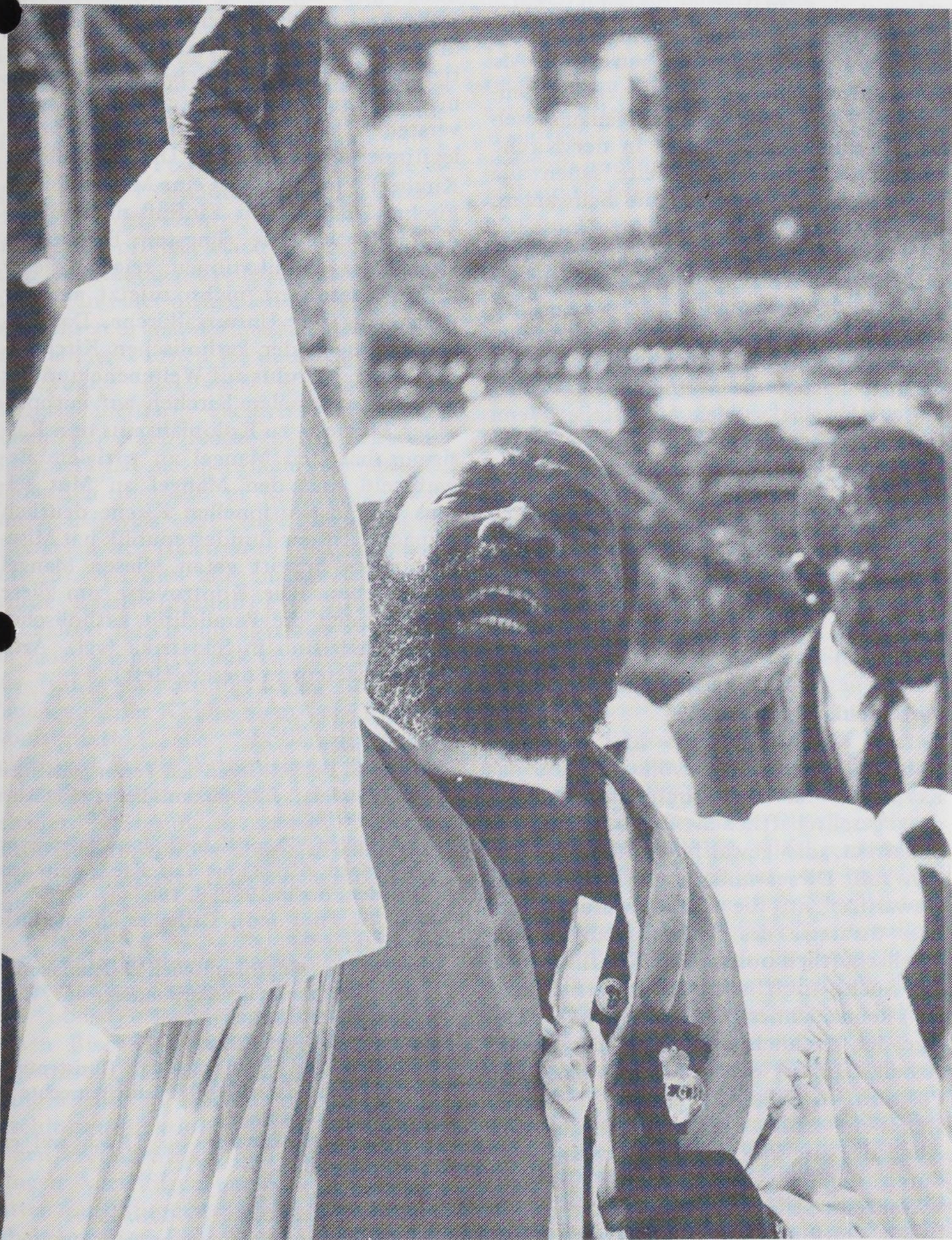
Stellungnahmen der Bischöfe...

Diese Wende erfolgte nicht bruchlos und ohne Auseinandersetzungen. Als 1964 der Erzbischof von Durban, Denis E. Hurly, in einem öffentlichen Vortrag erstmals mit unmissverständlicher Deutlich-

keit aussprach: "Die Apartheid ist eine Herausforderung an jeden Christen, der diesen Namen verdient!", konterte der Erzbischof von Bloemfontein, Whelan, die Theorie der Apartheid sei nicht unmoralisch, unmoralisch sei vielmehr der Versuch, ethnische Gruppen in einer "amorphen, kosmopolitischen Masse zusammenzumischen" (5). Whelan fand zwar keine Unterstützung im Bischofskollegium, hatte aber zahlreiche Sympathisanten unter dem ausländischen Klerus. Das Kompromißpapier, das dieser Auseinandersetzung folgte, konnte niemanden befriedigen: Die Apartheid wurde zwar verurteilt, und den Afrikanern wurde das Recht zugestanden, am öffentlichen Leben teilzunehmen, doch dieses Recht wurde von den "Fortschritten in der Erziehung" abhängig gemacht.

Schwieriger noch waren die Versuche, die Apartheid in den eigenen Reihen aufzuheben. 1976 erhielt das Priesterseminar bei Pretoria auf hartnäckiges Drängen schwarzer Kleriker erstmals einen schwarzen Leiter. Als dieser Studentenproteste unterstützte, die 'Bewegung des schwarzen Selbstbewußtseins' zuließ und sich mit widerstrebenden weißen Dozenten anlegte, wurde das Seminar geschlossen: aus Angst vor dem Verlust ihrer Herrschaft, wie die Solidaritätsgruppe schwarzer Priester der weißen Kirche vorwarf. "Die weiße Kirche hat bewußt Stellung für und mit dem unterdrückerischen System bezogen und stellt sich damit als Feind der unterdrückten Massen dar" (6).

Gleichwohl wurden die Stellungnahmen der katholischen Bischofskonferenz in Südafrika in den letzten 25 Jahren immer deutlicher und verurteilten schließlich entschieden die Apartheid. 1977 gaben die Bischöfe eine "Erklärung zur gegenwärtigen Lage" ab: "...Wir erkennen, daß Südafrika in eine kritische Phase eingetreten ist, in der die Mehrheit seiner Bevölkerung ein soziales und politisches System der Unterdrückung zurückweist, und wir stimmen gemeinsam als Führer der katholischen Kirche in diesem Land mit ein in den Ruf nach einer radikalen Veränderung des Systems. Menschen, denen die Freiheit vorenthalten wird, die der ihnen zustehenden Rechte beraubt und in ihrer persönlichen und gemeinschaftlichen Würde verletzt sind, werden keine Ruhe geben, bis ein angemessener Ausgleich an Gerechtigkeit erreicht sein wird. Wir bekräftigen, daß wir dabei auf der Seite der Unterdrückten stehen... Erneut bekennen wir unsere oft wiederholte Überzeugung, daß die einzige Lösung für unsere rassischen Spannungen in der Zuerkennung aller Bürger- und Menschenrechte an alle Personen in der Republik besteht, nicht an eine Auswahl, die mit der Hautfarbe fälschlich begründet wird, sondern auf der Grundlage der



gemeinsamen Menschlichkeit aller, die unser Herr Jesus Christus gelehrt hat..."(7). Im Brief an polnische Einwanderungswillige vom September 1982, der diese unmißverständlich davor warnt, ans Kap der guten Hoffnung auszuwandern, wird die neue Staatsdoktrin der Nationalen Sicherheit verurteilt: "Es ist bemerkenswert, wie die südafrikanische Gesetzgebung in den letzten 15 Jahren nicht mit der Apartheid, sondern mit der Sicherheit befaßt war... Die ideologische Sprache des Sicherheitsstaates wurde noch deutlicher, als P.W. Botha Premierminister wurde: 'totaler Angriff', 'totaler Krieg', 'totale Strategie', 'nationale Ziele', 'nationales Überleben' etc... Wir können aus all dem sehen, daß man die Ideologie der nationalen Sicherheit passender als "Weisse-Lager-Ideologie" bezeichnen könnte. Denn der Kampf bis zum bitteren Ende, ohne Rücksicht auf die Kosten an Menschen, ist ein Leistungsprinzip" (8).

In einer Reihe von praktischen Schritten hat die katholische Kirche in den letzten Jahren versucht, die Auswirkungen der Apartheid zu lindern und ihre eigene Apartheidstruktur zu überwinden:

- Verstärkte Ausbildung eines schwarzen Klerus
- Besetzung leitender Funktionen in der Kirche mit Schwarzen
- Berufung schwarzer Pfarrer in weiße Gemeinden
- Anpassung der Löhne schwarzer Mitarbeiter an die Gehälter der Weißen
- Öffnung der weißen Schulen entgegen den gesetzlichen Bestimmungen für alle Bevölkerungsgruppen
- Studienprogramme für benachteiligte schwarze Schüler und Studenten
- Förderung von Erwachsenenprogrammen
- Unterstützung chrsitlicher Schüler- und Studentenbewegungen und der Arbeiterjugend
- Rechtshilfe und Unterstützung für Verfolgte und Bedrängte
- Einrichtung der Kommissionen "Frieden und Versöhnung" und "Kirche und Arbeit".

... in den Gemeinden geringe Resonanz

Die katholische Kirche besitzt zweifellos mutige Christen, die gegen das Apartheidregime Widerstand leisten. Da ist der Pfarrer Smangaliso Mkhathshwa, Generalsekretär der südafrikanischen Bischofskonferenz, im Juni vergangenen Jahres für weitere drei Jahre gebannt. Da ist die Dominikanerin Schwester Dorothy, die trotz staatlicher Repressionen, Streichung sämtlicher Zuschüsse etc. ihre ursprünglich weiße Mädchenschule seit 1976 für farbige Schülerinnen offenhält, Flugblätter riefen kürzlich auf, sie zu "terrorisieren". Da ist der Erzbischof Hurly,

heute Vorsitzender der südafrikanischen Bischofskonferenz...

Das sind Einzelpersonen, die verdecken, daß in der Kirche als ganzem sich noch wenig Wandel vollzogen hat, sie selbst weiter an der "Häresie der Apartheid" krankt. Eine Studiengruppe berichtet über die katholische Kirche in Südafrika, daß häufig Gemeindearbeit nach einem überholten Missions- und Heilsverständnis betrieben wird, die unmenschliche Strukturen und Verhältnisse kaum ins eigene Tun aufgreift und keine zukunftsweisen Perspektiven hat; wo Menschen in ihrer eigenen Welt leben und die politische und gesellschaftliche Situation auszuklammern versuchen (9).

Die praktischen Erfahrungen des Oblatenpaters Jabulani Nxumalo sind für das Leben der meisten Pfarreien des Landes gültig, wo die Bevölkerungsgruppen nicht schon aufgrund der räumlichen Apartheid getrennt sind: "Ich war einige Jahre Pfarrer in Escourt... Stadt und Township sind sichtbar voneinander getrennt... Als ich in der Kirche von Escourt zum erstenmal am Altar stand, fand ich genau dieselben Trennungslinien auch in der Kirche wieder. Auf der einen Seite saßen alle Weißen, auf der anderen die Schwarzen, die Mischlinge und die Inder... Und auch außerhalb der Kirche bemerkte ich diese unsichtbaren Trennungslinien. Es war ungeheuer schwer, zum Beispiel weiße Christen und Mischlings-Christen zusammenzubringen. Mir als schwarzem Priester gegenüber hatten die Weißen viele Vorbehalte... Es gibt so viele Vorurteile. Wenn in einer Gemeinde z.B. die Zahl der Mischlings-Katholiken zunimmt, nimmt die Zahl der weißen Katholiken ab. Sie steigen in ihren Wagen und fahren zur nächsten Gemeinde... Was in der südafrikanischen Öffentlichkeit geschieht, geschieht auch in der katholischen Kirche. Die Frage ist; Wer soll wem Zeugnis geben?"(10)

Parteilichkeit gefordert

Gerade der Bewußtseins- und Haltungswandel der weißen Bevölkerung ist das Kernstück für das kirchliche Konzept der gesellschaftlichen Veränderung in Südafrika, die gewaltfrei vollzogen werden soll. Dieses unbedingte Postulat der Gewaltfreiheit, die Zurückweisung jeglicher Strategie des Kampfes zur Lösung gesellschaftlich-politischer Konflikte und die Suche nach nicht-disruptiven Strategien kennzeichnen die ideologische Grundlage der kirchlichen Stellungnahmen und Arbeit. Das ist eine ethisch lobenswerte Position, in Südafrika kommt sie wenigstens ein halbes Jahrhundert zu spät. Auch der alte Paternalismus scheint noch durch, der den Opfern ihre Erfahrungen vorschreibt. Die Aussichten einer gewaltfreien Option werden realistischer gese-

hen: "Unsere Erwartung in bezug auf eine friedliche Lösung ist nicht sehr groß", bekannte Hurly in einem Gespräch mit der Frankfurter Rundschau (10.3. 1983), doch die katholische Kirche in Südafrika und auch anderswo kann sicher mehr zur Lösung des Konflikts und zur Minimalisierung der Gewalt beitragen als "gehen wir jetzt besser und hoffen und beten" (ibid.). In Südafrika ist sie aufgefordert, im Konflikt Partei zu ergreifen. Die Katholische Kirche wächst unter der schwarzen Bevölkerung relativ schnell. Aber es mehren sich auch die Stimmen vor allem junger schwarzer Katholiken, die ihrer Kirche vorwerfen, zu sehr selbst im System der Apartheid verstrickt zu sein und mit ihrem "liberalen" Ansatz den Kampf nur halbherzig zu betreiben.

Es bleibt ein Widerspruch, wenn sie in Fragen des Kriegsdienstes die Entscheidung dem einzelnen Gewissen anheimstellt und die Entscheidung zum Kriegsdienst als moralisch vertretbar rechtfertigt, auf der anderen Seite den gewaltsamen Widerstand der Unterdrückten zwar verstehen kann, aber moralisch nicht zu legitimieren bereit ist. Die katholische Kirche ist in Südafrika eine Minderheitenkirche. Doch ist ihr Einfluß nicht unbedeutend, wie die jüngsten Bannungen kirchlicher Publikationen zeigen, dieser Einfluß resultiert nicht zuletzt aus der Bedeutung der Universalkirche. Das lange Schweigen der katholischen Kirche – des Heiligen Stuhls auf Weltebene und der großen nationalen Kirchen auf europäischer Ebene – zu Kolonialismus und Rassismus hat den Mangel an sozialem Bewußtsein und den Mangel an Mut seitens der institutionellen Kirche deutlich gemacht. In der Bundesrepublik hat Misereor einen Schritt getan, diesen Mangel zu beheben. Die Kontroverse um diese Aktion zeigt die Parallelität katholischer Kirche hier und in Südafrika (vgl. Artikel zu Misereor in diesem Heft).

Anmerkungen

1. siehe B. Decke, Gegen den Terror Südafrikas in Namibia, Informationsdienst Südliches Afrika 6 '82
2. P. Ripken, Zum Kampf der Christen im Südlichen Afrika, in: Das Kreuz mit dem Frieden, Berlin 1982, S. 158
3. in: A. Prior (ed), Catholics in apartheid society, p. 94
4. Brief der südafrikanischen Bischofskonferenz an polnische Einwanderer in: Weltkirche 8 - 9, 1982
5. pro veritat, sept. 1976
6. R. Brückner, Rassismus und Christentum, in: W. Baßmann (Hrg), Menschenrechte in Südafrika, S. 130
7. Misereor Werkmappe No 1, Ich will ein Mensch sein, S. 74
8. Weltkirche 8 - 9, 1982
9. Misereor Werkmappe Nr. 1, S. 65
10. Die Katholischen Missionen Nr. 5 1982

»Ich will ein Mensch sein«

oder: was man dagegen tun kann.

Zur Kampagne gegen die Misereor-Fastenaktion 1983 zu Südafrika.

Hans-Christoph May

Das "Bischöfliche Hilfswerk" MISEREOR hat — auf starkes Drängen der katholischen Bischöfe Südafrikas — bei der diesjährigen "Fastenaktion" Südafrika zu seinem "Informationsschwerpunkt" gewählt. Ziel war "die Frage nach der Menschenwürde und den Menschenrechten" in den Mittelpunkt zu rücken und "die kirchliche und die außerkirchliche deutsche Öffentlichkeit über die Auswirkungen von Apartheid in konkreten Lebensbereichen und in allen öffentlichen Entscheidungsprozessen zu unterrichten." In dem inhaltlich und didaktisch sehr guten Materialpaket und dem "Arbeitspapier", die im Januar an die 12 500 katholischen Pfarreien verschickt wurden, wird klar gegen die Apartheid und Bothas "Reformpolitik" Stellung genommen. Die Bedeutung der Befreiungsbewegung wird positiv anerkannt. "Der Einklang und Parteien der Bundesrepublik", wie er im "Arbeitspapier" noch beschwichtigend beschworen wird, aber auch der Konsens innerhalb der katholischen Kirche, ist damit faktisch nicht mehr gegeben. — Die Kampagne gegen Misereor beweist dies.

Die südafrikanische Botschaft:

Neben ihren üblichen Propagandaformen (verlogene Anzeigen in großen Zeitungen, Verschicken von "Informationsmaterial" an die Pfarrer u.a.) brachte sie eigens einen 15-minütigen Film ("Südafrika-Land der Kontraste") in den Verleih (1) — offensichtlich als Konkurrenz zum 20-minütigen Tonbild Misereors konzipiert. In einer offiziellen Stellungnahme wird Misereor u.a. der massiven Agitation, mangelnder Fairneß (!) und des Versuchs bezichtigt, "sich aktiv in die inneren Angelegenheiten Südafrikas einzumischen." (2) Nach Angaben des Misereor-Sprechers hat sie mehrfach versucht, die deutschen Bischöfe in Einzelgesprächen unter Hinweis auf die "berechtigten Interessen der freien Welt" zu beeinflussen (3). Als dies alles nichts fruchtete, wurde Rassistenfreund F.J. Strauß eingeschaltet: durch ihn übte der Botschafter noch einmal Druck auf die Bischöfe aus (s.u.) und drohte sogar, mit einer "auch von der Kirche nicht gewünschten Konfrontation", die "letztlich die segensreiche Arbeit der katholischen Kirche in Südafrika nicht fördert, sondern ihr schadet." (Strauß in seinem Brief an Höffner und Stimpfle über eine Äußerung des Botschafters). Das war deutlich genug.

Das "Zentralkomitee der deutschen Katholiken" (ZdK):

Das oberste Laiengremium, ansonsten seinen Bischöfen in Sachen Polen und Afghanistan hilfreich zur Seite, verzog keine Miene, als Höffner die nun einmal beschlossene Aktion gegen ihren gemeinsamen Freund Strauß und andere Anfeindungen verteidigen mußte. Schließlich hatten ZdK-Mitglieder wie der bayerische Arbeitsminister Pirkel, der Uni-Präsident

Lobkowitz und KuMi Hans Maier auf ihrem Plenum im November 1982 bzw. in eigenen Briefen an Höffner vor "Schwarz-Weiß-Malerei" und "Selbstgerechtigkeit" gewarnt und um ein "Maximum an Objektivität" gebeten (4).

Die Pfarrer:

Auch sie, die für die Umsetzung der Aktion in den verschiedenen Gemeinden verantwortlich waren, hatten ihre Schwierigkeiten mit dem Thema "Südafrika". Nach Angaben von Misereor beruhten sie aber vielfach auf pauschalen Vorurteilen, Mißverständnissen und Fehlinformationen — wen wundert's? Die regionalen Informationsveranstaltungen seien jedenfalls stärker als die in den letzten Jahren besucht gewesen (5). Dennoch wurde die Aktion von einigen Pfarrern boykottiert: In der als "progressiv" bekannten Diözese Limburg protestierten ein Drittel der Geistlichen gegen die "linkslastige" Propaganda Misereors (6).

In einigen Diözesen sollen sich Pfarrer geweigert haben, Misereor-Mitarbeiter sprechen zu lassen bzw. die Aktionsplakate aufzuhängen. Einige Pfarrer weigerten sich offensichtlich, das gespendete Geld für Misereor-Projekte zu überweisen bzw. kündigten an, ihre Spenden an einen gewissen "Speckpater" weiterzuleiten. Den Pfarrern wurde im "Schwarzen Brief" (s.u.) als Alternative ein Projekt der "Förderungsgesellschaft Afrika" empfohlen (7).

Bei diesen Ablehnungen scheint weniger eine rassistische Einstellung Pate zu stehen als vielmehr ein tief verwurzelter Antikommunismus: Ein Pfarrer aus Oberbayern schreibt an seinen Bischof:

"Vor den Karren politischer Agitation, vor Halbwahrheiten etc. lasse ich mich

nicht spannen... Wie weit die Unterwanderung auch in kirchlichen Stellen schon gediehen ist, hier haben wir es auf der Hand." Er beruft sich auf seine Schwester, die als Nonne seit 50 Jahren in Südafrika arbeitet und die das Misereor-Material als in den Grundtendenzen "mehr oder weniger" richtig, aber dennoch als "Propagandahetze gegen Südafrika" kritisiert. Sie verweist auf Angola und Mosambik ("Mord, Totschlag und Mißwirtschaft") und auf die Sowjetunion. Schließlich schlägt der blanke Rassismus noch voll durch: "der Neger ist faul und nicht mit großem Arbeitseifer gesegnet. Er will wenig arbeiten und viel Geld dabei verdienen. ...Wer hat S.A. hochgebracht, wenn nicht die Weißen? Wer hat das Land auf den Hund gebracht, wenn nicht die Schwarzen (8)?"

Dieser Brief wurde (teilweise) abgedruckt in "Der schwarze Brief" der den Pfarrern jede Woche "vertrauliche Information aus Kirche und Politik" ins Haus bringt. Sein Chefredakteur Claus Peter Claussen war früher Chefredakteur bei der stramm antikommunistischen katholischen "Bildpost" (9). Bereits im Herbst 1982 machte er in einer umfangreichen Dokumentation "Südafrikas Bischöfe auf Kollisionskurs. Zwischen Marx und Schwarz" auf den "vorwiegend politischen Charakter der Kampagne" und die "Verharmlosung des terroristischen und marxistischen Charakters der sog. 'Befreiungsbewegungen' im südlichen Afrika" aufmerksam. Das "politisch einseitige Vorgehen der südafrikanischen Bischöfe" sei "mindestens naiv, schlimmstenfalls eine gefährliche Protektion der SWAPO, des ANC und der kommunistisch gelenkten Gewerkschaft." Claussens Kronzeuge: der Präsident der "Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft" (DASG) (10), die ja für ihre "regierungsfreundliche Propaganda" hinlänglich bekannt ist.

Die "Passauer Neue Presse" (PNP):

Chefredakteur Dr. Erwin Janik ist seit Jahren für die Verteidigung der Apartheidpolitik bekannt. Er soll in Südafrika selbst Ländereien besitzen. Sein Bruder und Kampfgefährte, Emil Janik, seit 1936 Chefredakteur des Bistumsblatts, hat 1940 für Hitler "Gott um Licht und Kraft" gebeten und 1977 erneut nach dem "Arbeitsdienst" gerufen (11).

Im Vorfeld der Misereor-Aktion zieht er zunächst gegen die südafrikanischen Bischöfe vom Leder: In einem Artikel: "Die katholische Kirche Südafrikas im Zwielficht" (13./14.11.82) kritisiert "Sonderkorrespondent Robert Owen" ihren "Kollisionskurs gegenüber der nach Reformen strebenden Regierung" und ihre Parteinahme für die schwarze Mehrheit und die "vollkommen kommunistisch unterwanderten Gewerkschaften." Er

wendet sich scharf gegen den regierungskritischen "Namibia-Report" der Bischöfe (1982, inzwischen gebannt) und eine Publikation ("Marx, Money, Christ"), in der der afrikanische Sozialismus und Christus als natürliche Verbündete betrachtet würden (12). Gegenüber der PNP-Kampagne sah sich der Passauer Bischof genötigt, seine Pfarrer an den "Auftrag der Kirche" zu erinnern, "für Gerechtigkeit, Menschenrechte und Menschenwürde einzutreten" (13) und zu einem demonstrativen Gottesdienst mit Erzbischof Hurley einzuladen (14).

3 Tage nach Beginn der Fastenaktion publizierte PNP den zunächst geheimen Brief von Strauß an Höffner, in dem dieser offen gegen Misereor ins Feld zieht. (s.u.) (15)

Die "Deutsche Tagespost":

Die (einzige überregionale) "katholische Zeitung für Deutschland" unterrichtet regelmäßig über die neuesten "Erfolge" der südafrikanischen Armee gegen die "SWAPO-Terroristen". Umso erstaunlicher ist es, daß sie sich einer stärkeren direkten Kritik an den katholischen Bischöfen Südafrikas bzw. der Misereor-Aktion enthält. Die Berichterstattung über die Misereor Aktion ist neutral bis positiv; die Kommentare warnen lediglich davor, sich nicht als "Treibriemen für politische Tagesagitation" mißbrauchen zu lassen (DT 16.11.82) und rufen dazu auf, "der Agitation Paroli (zu) bieten." (DT 22.2.83). In den (um diese Zeit gehäuften) Artikeln über Südafrika wird jedoch deutlich eine Gegenposition bezogen, in den Leserbriefen der direkten Kritik an Misereor freien Lauf gelassen.

Die wohl schärfste, aber auch absurdeste Kritik kam von der "Südafrikanischen Verteidigungsliga": Sie wurde 1977 von einem katholischen, ausländischen Missionar gegründet und rekrutiert ihre Mitglieder vor allem aus weißen Einwanderern. Die Katholische Bischofskonferenz wies 1979 ausdrücklich deren Anspruch zurück, für alle Katholiken Südafrikas zu sprechen (16).

In einem ersten "Offenen Brief", der an alle bundesdeutschen Bischöfe, zahlreiche deutsche Zeitungen, Auslandskorrespondenten deutscher Medien in Südafrika geschickt wurde, werden nach einführnden Hinweisen auf DDR, Angola und Mocambique die Schilderungen der Bischofskonferenz als "nicht wahrheitsgemäß" kritisiert und "ernsthaft die Weisheit und die wirkliche Absicht" Misereors in Zweifel gezogen (17).

Nach ausgebliebener Reaktion schreibt sie einen zweiten Brief: Darin werden die deutschen Bischöfe auf ihr Versa-

gen 1933 aufmerksam gemacht und vor dem "gleichen Fehler im Interesse des Kommunismus" gewarnt, wie sie bei Allende und Mugabe bereits begangen wurden. Sie zitiert ihr Telegramm an Misereor, das in seiner Gleichsetzung von Kritikern der Apartheid mit Vertretern der rassistischen Nazi-Ideologie jegliche nachvollziehbare Logik überschreitet: "Beglückwünschen Sie zur Misereor-Agitation gegen Südafrika in bester Nazi-Tradition Stop Wir sind besonders beeindruckt von Ihrer Jugendbeeinflussung im Hitlerjugendstil Stop Südafrikaverfolgung gleicht der Judenverfolgung Stop Göbbels könnte es nicht besser gemacht haben" (18).

"Notbremse" Strauß:

Am 11. Januar erhielt Strauß Besuch vom südafrikanischen Botschafter, am 14. Januar kritisierte Strauß in einem (vertraulichen) Brief an Höffner und Stimpfle (Vorsitzender der "Bischöflichen Kommission für Misereor") die Materialien als "nachweislich falsch und ketzerisch. Sie verstößt gegen das 8. Gebot. Du sollst nicht lügen". Die Forderung 'one man — one vote' bringe, "auf das ganze Staatsgebiet gleichermaßen angewendet, weder Freiheit noch Gerechtigkeit, sondern Chaos" und einen "schrecklichen Bürgerkrieg". Höffner konterte in einem Brief (4. Februar) ungewöhnlich scharf: "Ich kann mir nicht vorstellen, daß die südafrikanischen Bischöfe Vorstellungen über ihr Land haben, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. So einfach, wie es der südafrikanische Botschafter Ihnen gegenüber offensichtlich getan hat, kann man es sich meines Erachtens nicht machen". Ein Misereor-Sprecher wies "strikt die Unterstellung zurück, unsere Partner seien Agitatoren" (19).

Bischof Stimpfle hingegen versuchte Strauß zu beschwichtigen: "Sollten sich in der Öffentlichkeitsarbeit von Misereor Tendenzen eingeschlichen haben, die Sie befürchten, ... werde ich alles Mögliche tun, um hier Abhilfe zu schaffen" (20). Schließlich gehe es um die "Verhinderung der marxistischen Ideologie in den Herzen der Schwarzen". (So in einem Brief an die Pfarrer) (21)

Inzwischen hatte sich der Papst hinter Misereor gestellt, ohne sich ausdrücklich zum Thema "Südafrika" zu äußern (22). Er habe aber bereits persönliches Interesse an einer Reise nach Südafrika gegen Ende dieses Jahres gezeigt (23).

Doch Strauß blieb hartnäckig: noch am 1. März kritisierte er Misereor, die zwar eine "verdiente Einrichtung" sei, aber in bestimmten Punkten "ein gespanntes Verhältnis zur Wahrheit" habe. Und der Bundestags-Wahltag rückte näher. Beide, Strauß und Höffner, befürchteten

wohl von dem offenen und öffentlichen Dissens einen nachteiligen Einfluß auf das Wahlverhalten der Katholiken, zumal SPD und FDP die Kontroverse wahlkampfaktisch ausschachten wollten. Zwei Tage vor der Wahl gaben sie ein gemeinsames Kommuniqué heraus, in dem sie um Unterstützung der Misereor-Kollekte bitten (die zu keinem Zeitpunkt ein Streitpunkt war) und vereinbaren, über alle mit den "sehr schwierigen und sehr differenzierten politischen Problemen" zusammenhängenden Fragen "demnächst ein ausführliches Gespräch" zu führen (24).

Hoffentlich bedeutet dieser nichtssagende Kompromiß nicht, daß die Bischöfe zum Thema Südafrika zwar mutig "A" gesagt haben, aber nun nicht "B" sagen, sondern wieder in den alten "C-Einklang" zurückstimmen wollen.

Anmerkungen:

1. Die Welt, 18.3.83
2. "Südafrika informiert" Nr. 9/83, hg. v. der Südafrikanischen Botschaft, Bonn
3. Johannes Hermanns, Gefahr für den "freien Westen"?, in: Publik Forum 4.2.83, S. 3
4. Deutsche Tagespost, 16.11.82
5. Mündliche Information von Misereor
6. Tageszeitung (taz), 28.3.83
7. "Der Schwarze Brief", 24.2.83, S. 3, hg. von Claus Peter Claussen, Lippstadt
8. Sr. M. Eusebia, "Kommentar zur Werkmappe Misereor 1983", unv. Manuskript
9. Süddeutsche Zeitung, 25.3.83
10. "Der Schwarze Brief", 24.2.83, S. 1
11. Tageszeitung (taz), 2.3.83
12. Passauer Neue Presse, 13./14.11.82
13. Bischof von Passau, Brief "An die Mitbrüder im priesterlichen Amt und alle Mitarbeiter in der Seelsorge der Diözese Passau" v. 24.1.83, unv. Manuskript
14. Thomas Seiterich, Weißer Riese gegen Kirchenmaus, in: Publik Forum 4.2.83, S. 4
15. Passauer Neue Presse, 24.2.83
16. Auszug aus der Stellungnahme von Bischof Bucher, Bethlehem (Südafrika) zum Artikel "Die katholische Kirche im Zwielicht" in der Passauer Neuen Presse, Ausgabe 13./14.11.82, (gehalten vor dem Ausschuß für Mission, Entwicklung und Frieden des Diözesanrates Passau am 7.12.82), unv. Manuskript
17. "Öffentlicher Brief der Südafrikanischen Katholiken an ihre Brüder und Schwestern in der Bundesrepublik Deutschland, Sonntag Quingagesima 1983", unv. Manuskript
18. "Offener Brief der Südafrikanischen Katholiken an Ihre Brüder und Schwestern in der Bundesrepublik Deutschland", Ostern 1983, in: Frankfurter Rundschau, 18.4.83
19. Frankfurter Rundschau, 2.3.83
20. Passauer Neue Presse, 24.2.83
21. Stimpfles Brief "An die Hochwürdigen Herren Pfarrer", März 1983, unv.
22. Johannes Paul II. Brief an Kardinal Höffner, 22.2.83, unv.
23. laut Erzbischof Butelezi, s. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 17.3.83
24. Frankfurter Rundschau, 5.3.83

Kirche kontra Klassenkampf

Zur Situation der Kirche in Angola und Mosambik

Godehard Czernik

In den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika, Ländern mit damals christlicher, genauer katholischer Staatsdoktrin, haben sich nach der Unabhängigkeit Regierungen etabliert, die ein explizit sozialistisches Selbstverständnis propagieren. Teils aufgrund der Erfahrungen während des Befreiungskampfes, teils unter Berufung auf die Erfahrungen mit christlicher Politik während der Kolonialzeit.

Dieser postkoloniale Anspruch traf auf ein traditionelles christliches Selbstverständnis eines großen Teils der afrikanischen Eliten, bedingt durch deren kolonial-religiös bestimmte Sozialisation im kirchlichen (sowohl protestantischen wie katholischen) Bildungssystem, das die Portugiesen etabliert hatten. Es traf allerdings auch auf eine stark portugalfreundliche Religiosität bei den armen weißen Einwanderern zwischen 1960 und 1975, die in der Stabilität einer engen Verbindung von Staat und Kirche eine reale Aufstiegschance sahen, verglichen mit ihren minimalen Möglichkeiten im portugiesischen Mutterland.

Gerade am Beispiel Angola läßt sich mehreres demonstrieren, wobei innen- und außenpolitische Faktoren unlösbar verbunden sind. Da ist zunächst die Dominanz des Problems Südafrika für den gesamten südafrikanischen Raum. Die weiß dominierte Union ist das Symbol für die Bandbreite der Beeinflussung unabhängig gewordener Staaten von der imperialen Situation transportierenden und diese vermittelnden Ideologie: nämlich den zahlreichen Spielarten christlicher (oder christlich legitimierter) Konquista, einschließlich ihrer modernen säkularisierten Varianten vom calvinistischen Nestle-Gewerbefleiß bis zum verwaschenen Begriffshorizont 'westlicher' Demokratietheorie beziehungsweise 'abendländischer' Kultur. Dabei kann nicht überraschen, daß die Reflexion der Bedingungen katholischer Präsenz in Angola und Mosambik außergewöhnlich rudimentär ist. So gibt es zwar mittlerweile einige Studien zur Soziologie der Befreiungsbewegungen, Untersuchungen der Herkunft, sozialen Auswirkungen und des Umfangs kirchlicher Aktivitäten im Prozeß der Dekolonisierung stehen noch aus. Dies trotz der überragenden Bedeutung der katholischen Kirche für portugiesische Anwesenheit in Afrika.

Andererseits zeigt gerade der Fall des

rohstoffreichen Angola das mögliche Ausmaß von Deformation, das die politische Programmatik der Befreiungsbewegungen an der Macht erleidet. Die innenpolitische Entwicklung wird durch das Konglomerat von Interessen der ehemaligen Kolonialmacht Portugal und den Absichten der Hegemonialmächte bestimmt. Zusätzlich war im Prozeß der Stabilisierung der MPLA-Regierung durch die weltpolitischen Determinanten des Dekolonisierungsprozesses, die geostrategische Lage Angolas und Mosambiks an den Flügeln der Frontstaatenkette gegen Südafrika, an wichtigen Welthandelswegen gelegen, in einer Phase zunehmender Verschärfung des Ost-West Gegensatzes, wenig Spielraum für innenpolitische Experimente mit den Überresten des Kolonialismus: kirchlichem Anti-Marxismus, der profitorientierten Mentalität der weisen Petty-Bourgeoisie, oder den Träumen der vom Lusotropicalismus (Theorie der portugiesisch-vielrassischen Gesellschaft in den Tropen) affizierten Afrikaner.

Diese Rahmenbedingungen allein erklären aber die heute überaus gespannten Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Angola oder Mosambik noch nicht. Einige zusätzliche Faktoren sollen hier angeführt werden. Die von den Portugiesen behauptete Identität von portugiesischer und christlicher Kultur und Zivilisation hat eine lange Tradition. Schon zur Zeit der Kongokonferenz 1885 benutzten die Portugiesen, ihrer ökonomischen Unterlegenheit wegen, säkularisierte Ideen der Konquista des 'Goldenen Zeitalters' zur Legitimierung ihrer kolonialen, d.h. wirtschaftlich motivierten Expansion. Sie konnten sich dabei auf die Zustimmung der katholischen Hierarchie stützen. Noch für die 50er Jahre ist es daher gerechtfertigt, von der Identität der wechselseitigen Bezogenheit von staatlichem und kirchlichem Anliegen zu sprechen, das noch einen zusätzlichen Konvergenzpunkt in der Theorie des Lusotropicalismus Gilbertos Freyres erhielt.

Diese Gleichsetzung von Kirche und Kolonialismus erlitt allerdings schon in den 60er Jahren einen differenzierten Auflösungsprozeß. Der Staat begrenzte den kirchlichen Einfluß auf die Kontrolle des Schulwesens, um eine allzu direkte Überprüfung seiner Kolonialpraxis zur Rettung des Abendlandes durch kritische Christen zu vermeiden. Da immer mehr ausländische Missionare vor allem

in ländlichen Gebieten tätig wurden, kam es sogar zu zunehmender Bekämpfung des kirchlichen Einflusses durch den Staat, einmal wegen der Beteiligung von Christen an den Aufständen von 1961, dann auch wegen der wachsenden Bildungsmöglichkeiten für Afrikaner in ländlichen Gebieten, die traditionell Zonen minderen portugiesischen Einflusses waren. Die Folgen dieser Entwicklung und der Ergebnisse des Konzils von 1965 waren eine stärkere Einbindung der katholischen Hierarchie und Teilen des aus Portugal stammenden Klerus ins Kolonialsystem und eine verstärkte Bewegung der innerkirchlichen Opposition in Richtung Befreiungsbewegungen. Im Hinterland machten die ausgebeuteten Afrikaner die Erfahrung praktischer Solidarität der Missionen und wachsender Solidaritätsarbeit in Europa.

Die Mitglieder der Führungskader der Befreiungsbewegungen stammen entweder aus protestantischen Missionsschulen oder aus katholischen Studentenzirkeln in Europa. Sie haben eine starke religiöse Prägung erfahren und daher als Mitglieder von Befreiungsbewegungen auch eine entsprechend starke Tendenz, sich von dieser Prägung weg zu profilieren. Sie lebten daher in dem Widerspruch einer spezifisch fundamentalistischen Marx-Rezeption verbunden mit einer starken Anlehnung an den religiös motivierten Widerstand. Die beobachtbare Folge waren sporadische Aktionsbündnisse mit den Kirchen, jedoch keine Entwicklung einer postkolonialen Strategie. Das zu einfache Kirchenbild der Befreiungsbewegungen, geprägt von der Zielvorstellung: objektiv muß religiöses Bewußtsein überwunden werden, führte auch zu falscher Einschätzung der Erscheinungsformen kirchlicher Präsenz. So wurden z.B. im Hochland von Bie die Bauern durch ihre Einbindung in die kirchlichen Sozialstrukturen auch objektiv dem Kolonialsystem einverleibt, während die gleiche Kirche in den Aufständen von 1961 in der Baixa de Cassange durch die Aufklärungsarbeit der Missionare und deren logistische Unterstützung der 'Rebellen' Widerstand erst objektiv möglich machte. Die Befreiungsbewegungen, und besonders die MPLA, reflektierten diese Unterschiede im Hinblick auf eine postkoloniale Strategie zu wenig. Dies ist ihnen allerdings nur zum Teil anzulasten, da sie sich — ähnlich wie die radikal-reformistischen Teile der Gemeinden — der massiven konservativen Kritik des kirchlichen Internationalismus ausgesetzt sahen. Gestützt wird das Bild der Kirche als Klassenfeind noch dadurch, daß sich die offizielle katholische Kirche nach der Befreiung der Kolonien nicht zu einer Verurteilung des salazaristischen

Christen –
nennen sie sich,
sonntags in Schwarz und Grau gekleidet,
füllen sie die Kirchenbänke.
Gesichter zum Himmel erhoben,
loben sie ihren Gott für die ihnen gewährte Aufgabe:
Herren des Landes, die Auserwählten.

Christen –
ihre Knechte sitzen in einer anderen Kirche,
in der ihnen gelehrt wird, ohne Widerspruch
den Forderungen ihrer Herren zu gehorchen.

Christen –
selbstgerecht sitzen sie und planen,
teilen Gottes Küsten und sein Land,
sichern sich den besten Teil.
Das Bißchen, was bleibt,
wird aufgeteilt unter die vielen,
die nichts zu sagen haben und gezwungen sind,
verzweifelt ihr Schicksal hinzunehmen.

Christen –
unbekümmert über jene, die verrecken,
deren Früchte, wie sie selbst, in dürre Erde sterben,
und andere, vertrieben vom Land, das sie lieben.

Christen –
wie würden sie Gottes Sohn empfangen?
Müßte er sich melden beim Büro für Rassenbestimmung?
Müßte im Ausweis seine Rasse vermerkt werden?
Dann, an seinen Platz verwiesen,
würde er gebannt wegen seiner Botschaft,
daß Liebe keine Trennung nach Farben kennt,
weil die Bruderschaft der Menschen allumfassend ist?

Christen –
die Priester ausweisen, weil sie Gottes Werk verrichten,
werden sich nicht scheuen, ein Gesetz zu erlassen,
das Gottes Sohn zum Aufwiegler erklärt.

James Matthews

Faschismus und zu einer Selbstkritik ihrer unheilvollen Rolle zur Stützung dieses Systems hat durchringen können. Sie hat darin genauso versagt wie die Kirche in Deutschland nach der Zeit des Nationalsozialismus. Nach dem theologischen Aufbruch von 1972 nahm die katholische Kirche in Angola und Mosambik ihre reformistischen Ansätze wieder zurück, Nationalismus und Privilegienerhalt scheinen die Leit motive kirchlichen Handelns zu werden. Diese Einschätzung wird durch die Verhaltensweise des kirchlichen Internationalismus noch gestärkt: Die Kirche soll dem Staat im sozialen und Gesundheitssektor Konkurrenz bleiben, wohl um die Überlegenheit der christlichen Lehre zu erweisen; die vermutete marxistische Staatsdoktrin soll durch Volksfrömmigkeit immunisiert werden, was sich in der wachsenden Zahl konservativer Laiengruppen ausdrückt, die eine Verbindung von Evangelium und gesellschaftlicher Praxis ablehnen; die Unita wird als 'christliche' (meint: pro-westliche) Befreiungsbewegung von christlichen Staaten propagandistisch und militärisch gestützt, um den Einfluß der MPLA-PT zurückzudrängen; christliche Staaten fördern ebenfalls im Namen der Menschenrechte die permanente Destabilisierung der Regierungen in Angola und Mosambik auf dem Umweg über die Unterstützung, Duldung und Förderung der Regierung der RSA. Protestanten und Katholiken fördern wieder die während des Befreiungskampfes teilweise und zeitweise überwundene Spaltung des Menschen in Gläubige und Bürger; die Kritik der angolanischen und mosambikanischen Kirche an Mißständen der unabhängigen Entwicklung in beiden Ländern wird in Europa verzerrend verstärkt, um zu vermeiden, daß Kooperationsmodelle zwischen Christen und Marxisten in einem weltanschaulich neutralen Staat entstehen, die den Mythos vom unüberwindlichen Ost-West Gegensatz auf der Nord-

halbkugel zerstören könnten. Ebenso wie die gezielt unterlassene Kooperation mit den beiden Staaten setzt auch die anti-kommunistische Solidarität mit den beiden Nationalkirchen das neo-koloniale Verhältnis fort.

Welche Folgerungen ergeben sich aus dieser Sachlage für die Solidaritätsarbeit? Folgende Gesichtspunkte sollten in Zukunft bei der Einschätzung der Information und bei der Durchführung von Aktionen, auch beim Ansatz von Kritik berücksichtigt werden:

1. Die theologische und organisatorische eigenkirchliche Entwicklung mit dem Ziel einer angolanischen und mosambikanischen Mentalität hat versagt. Der von den Kirchen in Europa geförderte Nationalismus, bzw. heute genauer Partikularismus, bedeutet objektiv Rückschrittlichkeit. Übergriffe der MPLA-PT auf ideologische und materielle Substanz vor allem der katholischen Kirche ist vor diesem Hintergrund zu bewerten.
2. Die MPLA-PT hat in der Einschätzung der Kirchen als Bündnispartner versagt. Radikal-reformistische Ansätze sind für eigenständige Entwicklung brauchbar, wie die Erfahrungen in Lateinamerika zeigen. Besonders an der Entwicklung in Mosambik, wo die Frelimo der katholischen Kirche weitreichende Kooperationsangebote gemacht hatte, zeigt sich allerdings, wie exponiert solche Entwicklungen dem massiven politischen und auch theologischen Druck zum Opfer fallen, der wirklich eigenständige Entwicklung verhindern will.
3. Kirche jeder Provenienz muß 'einheimisch' werden. Alle Formen von Abhängigkeit, von Finanzaufwendungen bis zu subtiler theologischer Beeinflussung setzt koloniale und neokoloniale Strukturen fort. Die gesellschaftliche Praxis der katholischen Kirche seit der Unabhängigkeit erweckt allerdings

den Eindruck, als ob es ihr nur um das Wohl der Christen, nicht aller Angolaner und Mosambikaner gehe.

4. Die durch die kirchlichen Aktivitäten seit der Unabhängigkeit geförderte Konkurrenz mit den Parteien läßt in der Praxis allerdings die Spaltung des individuellen und öffentlichen Lebens in einem säkularen und religiösen Bereich (im Kopf und in der gesellschaftlichen Wirklichkeit) entstehen, den MPLA und Frelimo in der Überwindung des Religiösen als notwendigem Durchgangsstadium der Emanzipation programmatisch gerade zu beseitigen streben. Auf der anderen Seite sind die derzeitigen Kirchenführer offensichtlich damit überfordert, gleichzeitig Christen und Afrikaner zu sein.
5. Parteien und Kirchenleitungen müssen lernen, zwischen konkret zufälligen und historisch notwendigen Anlässen und Formen der Auseinandersetzung zu unterscheiden. Anpassungsschwierigkeiten sind kein geschichtliches Gesetz. Für beide Gruppen ist eine Korrektur ihrer Einschätzung der traditionellen afrikanischen Weltansicht und religiösen Verhaltensweisen überfällig. Die Frage der Integration dieser Bevölkerungsteile, etwa zwei Drittel, in den Staat und die nach den Merkmalen dieses Integrationsprozesses ist vollkommen in den Hintergrund gedrängt.
6. Individuelle Probleme sind nicht notwendig, dürfen für die Kirchen also auch keinen Vorwand liefern, anti-kommunistische Solidarität zu mobilisieren – weder national, noch auf internationaler Ebene. Genauso problematisch ist die Einschätzung der Kirchen als anti-revolutionäre Kraft, die die Parteien darin hindert, die Frage des Aktionsbündnisses unvoreingenommen zu überprüfen. Da die Kirchen unter starkem internationalen Druck stehen, muß vor allem gegen eine Informations- und Pressepolitik angegangen werden, die den Europäern immer noch suggerieren will, die aktuellen Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus in Angola und Mosambik, die von eben diesen Europäern ja erst verursacht worden sind, seien der notwendige Ausdruck der Unmöglichkeit der friedlichen Kooperation von Menschen unterschiedlicher Weltauffassungen und unterschiedlicher politischer Einstellungen zur Überwindung ihrer bisherigen Fehlentwicklung, und die damit vergessen machen will, daß dadurch auf der politischen Ebene Christentum als Form rückständigen Bewußtseins erscheint, das der Selbsteinschätzung der Christen während des Befreiungskampfes als politischer Avantgarde widerspricht.

mosambik

Mehr Unterstützung für die Kleinbauern!

Kurskorrektur in der Landwirtschaftspolitik Mosambiks

Ursula Semin-Panzer

Die jetzige landwirtschaftliche Produktionskampagne 1982/83 war besonders im Süden und Zentrum des Landes von der schlimmsten Dürrekatastrophe der letzten 50 Jahre begleitet. Anfang des Jahres waren schon 1,3 Millionen Tonnen Getreide und Maniok der ersten Ernte verloren gegangen. Dagegen leiden die nördlichen Provinzen in diesen Monaten unter zu heftigen Regenfällen. Verschärft durch die militärische Bedrohung der von Südafrika gesteuerten RNM (1), die außer der Sabotage der Transportwege nach Zimbabwe schon zahlreiche Kooperativen, Gemeinschaftsdörfer und Staatsfarmen mit den Ernten zerstört haben und den Transport von Nahrungsmitteln aus dem Norden erschweren, hat sich die Versorgungslage großer Teile der Bevölkerung derart verschlechtert, daß man sich nun im Landwirtschaftsministerium offiziell zur Kurskorrektur bekannt hat. Auf der diesjährigen Sitzung des Conselho Consultativo Alargado, (Jan/Febr. 83), ein beratendes Gremium des Landwirtschaftsministeriums, gab Sergiu Vieira die Durchführung einer sofortigen landesweiten Unterstützungsaktion für den Familiensektor, d.h. die Kleinbauern bekannt. 31 Distrikte und die Zonas Verdes, die Grüngürtel um Maputo herum, werden mit Saatgut, Geräten, Konsumgütern und Technikern von Maputo versorgt. "Die Anstrengungen, die im staatlichen, kooperativen und privaten Sektor gemacht werden können, sind weit von entfernt, die momentanen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Antwort liegt in der riesigen Reserve, die in dieser Dekade der Familiensektor darstellt: die mehreren Millionen von Bauern, die die Hauptkraft der mosambikanischen Landwirtschaft sind" (2). So der Landwirtschaftsminister bei der Verkündung der neuen Politik. Allerdings hat sich diese Umorientierung der Ressourcen zum Vorteil der großen Masse der Kleinbauern schon seit 1981 verschiedentlich bemerkbar gemacht und ist in der 5. These zum IV. Parteikongress der FRELIMO mit der Betonung der Notwendigkeit 'kleiner Projekte' bereits angedeutet worden. Gleichzeitig mit der materiellen und technischen Unterstützung von Bauern in den von Dürre und Krieg am schlimmsten betroffenen Regionen sollen Zusammenschlüsse von Bauern als Vorstufe zu Genossenschaften angestrebt werden. Im Ganzen ist es aber klar, und dies ist etwas Neues in der mosambikanischen Politik, soll zunächst den Kleinbauern in ihrer prekären Lage geholfen werden, unabhängig davon, ob sie sich bereit zeigen, einer Kooperative beizutreten. Bevor ich ein paar Beispiele für die größere Zuwendung an die Kleinbauern nenne, die mir auf meiner Reise nach Mosambik im Oktober 1982 aufgefallen sind, möchte ich kurz auf den Hintergrund dieser Lernprozesse in der Landwirtschaftspolitik eingehen (3).

Mit dem Regierungsantritt der FRELIMO 1975 war die Hoffnung verbunden, die Agrarfrage relativ reibungslos und erfolgreicher als z.B. in Tansania zu lösen. Die eigene praktische Erfahrung der Befreiungsbewegung beruhte auf der Organisation landwirtschaftlicher Produktion in den befreiten Gebieten im Norden, wo sich weder das Problem der Ernährung über Städte noch der Leitung mechanisierter Großfarmen stellt. Zudem war die Bereitschaft der Bauern, ein zusätzliches Mehrprodukt zu stellen, eine Konsequenz der Mobilisierung gegen den gemeinsamen Feind. Die Tatsache, daß die wirtschaftlich entwickelteren Gebiete Mosambiks vor 1975 keine Erfahrung mit alternativen politischen und ökonomischen Strukturen sammeln konnten, stellte die FRELIMO vor neue Probleme der politischen Mobilisierung in diesen sogenannten 'kalten befreiten Zonen'. Zudem war der politische Umschwung von einer verheerenden ökonomischen Krise begleitet — Exodus der Fachkräfte, Wirtschaftssabotage etc. — die zunächst einmal den Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft als vorrangige Aufgabe stellte. In der Landwirtschaft bedeutete dies die Weiterführung der verlassenen Siedlerfarmen und Plantagen, die neben wichtigen Exportprodukten vor allem die

Ernährung der Stadtbevölkerung sicherten und darüber hinaus den so dringend benötigten investierbaren Überschuß produzieren sollten. So zielte die staatliche Intervention in der ersten Zeit nach 75 ganz auf die Probleme und Bedürfnisse des Staatsfarmsektors ab. Die Millionen Bauern (4) hatten ja, so war die Annahme, die Möglichkeit, sich auf ihre Familienfelder zurückzuziehen, das eigene Saatgut zu produzieren und sich selbst zu ernähren. Der neuen Parteiführung war auch klar, daß sich die notwendige Sozialisierung der Landwirtschaft nur auf freiwilliger Basis und in einem langwierigen Prozeß zu erreichen sei. Diese positive Einsicht in gesellschaftliche Transformationsprozesse zeigte sich in der praktischen Landwirtschaftspolitik allerdings als Vernachlässigung der Belange der Kleinbauern. Die folgende Krise der kleinbäuerlichen Produktion, die sich zwar regional unterschiedlich äußerte, aber überall in einem Rückzug von der Marktproduktion mündete, gekoppelt mit einem sehr kostspieligen und oft sehr unproduktiven Staatsfarmsektor hatten vor dem Hintergrund des seit 1979 offen zutage tretenden Devisenengpass zu ernsthafteren Auseinandersetzung mit dem 'Problem der Bauern' geführt. Die klassische Agrarfrage in der sozialistischen

Transformation, nämlich das hartnäckige Weiterbestehen nicht-kapitalistischer (vorkapitalistischer) Produktionsformen auf dem Lande, deren Überführung in kollektive Formen weder naturwüchsig noch einfach voranschreitet, äußert sich in einem Land wie Mosambik mit viel größerer Schärfe als bei den 'klassischen' Vorbildern.

Die Tatsache, daß nach der Befreiung zunächst in allen Teilen des Landes, besonders aber in befreiten Gebieten, die Gründung von Gemeinschaftsfeldern mit großem Enthusiasmus verfolgt wurde und sich Gemeinschaftsdörfer und auch Produktionskooperativen recht schnell gründen ließen (5), hat sicherlich auch zur Fehleinschätzung der Problemlage der Bauern geführt. Zudem waren auch die vorhandenen Mittel nicht ausreichend für die Sanierung und Weiterführung der Großfarmen und einer parallelen, großflächigen Unterstützungsaktion für den Familiensektor.

Die Folge war die Ausblendung der Reproduktionsbedingungen der bäuerlichen Haushalte, die ja nicht mehr reine Subsistenzbauern waren, sondern deren Einkommensquellen von der Arbeit als saisonale Landarbeiter, von der Wanderarbeit in Südafrika oder vom Verkauf von cash crop abhingen. Der teilweise



Ein neues Aldeia Comunal bei Meserepane in der Entstehung

Rückzug der mosambikanischen Bauern ist also kein Zeichen einer bestehenden echten Alternative des 'Aussteigens', sondern die rationale Reaktion auf fehlende Bedarfsgüter zum Austausch für ihre Produkte, auf fehlende Transportmöglichkeiten und z.T. auch auf die saisonale Priorität der Nahrungsmittelproduktion und auch die schlechte Versorgungslage der Landarbeiter auf den Staatsfarmen (6).

Obwohl 1978 die Staatsfarmpolitik einer heftigen Kritik unterzogen wurde und seit 1979 eine eigene Abteilung für Kooperativen (GODCA) eingerichtet wurde, gab es zunächst keine Reorientierung bezüglich des Familiensektors. Anfang 82 wurden nun Produzentenpreise erhöht, für Hauptnahrungsmittel wie Mais, Hirse und Maniok um 50%, weiterhin wurde eine Umverteilung vorhandener Konsumgüter zugunsten der ländlichen Konsumgenossenschaften vorgenommen (7). Trotz der verstärkten Bemühungen, die vermarktete Nahrungsmittelproduktion anzukurbeln, konnten 1982 nur etwa 15 - 20% des Bedarfs an Getreideprodukten aus der lokalen vermarkteten Produktion gedeckt werden. Trotz Importen und Nahrungsmittelhilfen gelang es im Ganzen nur 50% des Gesamtbedarfs an Marktproduktion bereitzustellen (8). Der Familiensektor, der rund 80% der Agrarproduktion (Eigenbedarf und Markt) stellt, vermarktete 1982 nur 10% seiner Produktion (9).

Die Krise des kleinbäuerlichen Sektors machte sich ebenso in der Verlangsamung der kollektiven Produktion auf Gemeinschaftsfeldern und Kooperativen bemerkbar. 1982 existierten 275 staatlich registrierte Kooperativen, mit einer Mitgliederzahl von rund 37 000 Bauern und einer Fläche von nur 0,7 ha pro Produ-

zent (10). Da bei der leicht steigenden Zahl von Kooperativmitgliedern pro Jahr (etwa 2000) sich die im Endeffekt wirklich bearbeitete Fläche reduziert, muß hier mit größerer Fluktuation und Rotation der in der Genossenschaft arbeitenden Bauern gerechnet werden, die ihre Hauptkraft der eigenen Familienproduktion zuwenden. Auf der 5. erweiterten Sitzung des Ministerrates im April 1982 waren die Kooperativenpolitik, besonders die Fehler des Staatsapparates einer schonungslosen Kritik ausgesetzt worden. Vor allem die staatliche Bevormundung der Genossenschaftsbauern, die fehlende Mitgestaltung der Kooperativisten bei der Planung, die dann dementsprechend unrealistisch waren, und die ungenügende Unterstützung dieser Produktionsform sind angeprangert worden (11). Ganz offensichtlich werden die Ziele des PPI (Perspektivplan bis 1990) auf diesem Sektor nicht annähernd zu erreichen sein. In der gegenwärtigen Situation ist es viel wichtiger, ob es Neuansätze gibt, die auf eine qualitative Änderung staatlicher Politik auf dem kooperativen und vor allem dem Familiensektor weisen. Die gibt es. Allerdings benötigen sie viel Zeit, die man eigentlich nicht mehr hat, und sie verlangen eine größere nationale Koordination der verschiedenen Projekte zur Mobilisierung kleinbäuerlicher Produktion.

Die 'Centros de Apoio ao Desenvolvimento Cooperativo e Regional' des Landwirtschaftsministeriums z.B. wurden eingerichtet, um vorort die Kooperativen in der Planung und Durchführung ihrer Produktion zu unterstützen und den politischen Kadern die notwendige Kenntnis kollektiver landwirtschaftlicher Produk-

tion zu vermitteln. Durch die Analyse lokaler Probleme zusammen mit den Genossenschaftsbauern wird hier ein Ausbildungsprozeß in Gang gesetzt, der der bäuerlichen Praxis verhaftet bleibt und eine 'auto-formação' der Bauern ermöglichen soll. Bisher gibt es erst 7 solcher Zentren mit 40 Kadern, langsam sollen sie sich auf alle Provinzen ausdehnen.

Ein anderes Projekt, von dem Agronomie-Institut des Landwirtschaftsministerium ausgehend (NIA), verfolgt ein ähnliches Konzept, das sich aber nicht nur auf Kooperativen beschränkt. Die Centros Regionais de Desenvolvimento e Experimentação (CRDE), Teil des Kooperationsprogramms mit den skandinavischen Ländern der FAO, verstehen sich als ein Pfeiler des Sozialisierungsprogramms auf dem Land. Ende Oktober 82 bestanden 3 dieser Zentren, deren Zahl sich stetig erweitern wird. Sie sind räumlich Staatsfarmen angegliedert, um so von der Infrastruktur zu profitieren, konzeptionell liegt das Programm aber auf einer anderen Ebene (12). Das Ziel ist, allmählich in verschiedenen Teilen des Landes Innovationsfelder zu schaffen, aus denen heraus sich dann eine eigenständige, den örtlichen und nationalen Bedingungen angepaßte Technologie (im weitesten Sinne) der Bauern entwickeln kann. In zeitlicher Begleitung des landwirtschaftlichen



'Zonas Verdes' bei Maputo ...

Produktionszyklusses werden zusammen mit den Bauern bestehende Methoden und Verbesserungen besprochen, neue Techniken ausgearbeitet, die dann auf den Experimentierfeldern der Zentren ausprobiert werden können. Wirkliche Fortschritte können so von allen nachvollzogen und selbst praktiziert werden, eventuelle Fehlschläge belasten aber nicht die ohnehin schwache Basis der Bauern, sondern müssen vom Staat getragen werden. Mit 4 unterschiedlichen Arten der (tierischen bis zur mechanischen) Zugkraft zum Pflügen werden deren Auswirkungen auf den gesamten Produktionsprozeß inklusive seiner Wirtschaftlichkeit für den Bauern getestet. Angesprochen werden Genossenschaftsbauern wie individuelle Produzenten im jeweiligen Distrikt. Vor Beginn der neuen Saison werden Seminare abgehalten, um die Mitarbeit der Landbevölkerung zu gewinnen. Aus dieser Bevölkerung sollen dann die zukünftigen 'enquadradores' (Monitoren) ausgebildet werden, deren Aufgabe es ist, die neuen Methoden zu verbreiten. Die politische Komponente, nämlich die kollektive Produktionsweise, spielt selbstverständlich eine große Rolle beim Experimentieren mit neuen Anbaumethoden. Ziel ist es nicht, einzelne 'fortschrittliche Bauern' heranzuziehen, sondern dem politischen Programm der Sozialisierung der Landwirtschaft eine reale wirt-

schaftliche Basis zu verleihen. Eine einfache Kollektivisierung ohne Verbesserung von Anbaumethoden und ohne die Kapazität, die neue Organisation der Produktion selbst zu kontrollieren, ist für die Bauern in Mosambik ohne Anreiz, da es, abgesehen von einigen sehr fruchtbaren Gegenden, keine Landknappheit gibt, sondern das Problem in der sehr niedrigen Produktivität des Kleinbauernsektors liegt. Um aber der technischen Innovation die notwendige soziale Kontrolle zur Seite zu stellen, wird sich das CRDE-Programm auf alle gesellschaftlichen Bereiche, besonders dem der Erziehung, ausdehnen und sich mit anderen Ministerien koordinieren. Zunächst geht es aber darum, Schritt für Schritt sozioökonomische Lernprozesse anzuwerfen, die sowohl die direkten Produzenten aber genauso politische und technische Kader betreffen.

Bei beiden oben genannten Programmen handelt es sich um langfristig angelegte Mobilisierungsprozesse, die gerade immer wieder durch Aktionen der RNM gestört oder unterbrochen werden, sogar die 'bandidos armados' haben begriffen, daß solche Projekte der Kern des sozialistischen Experiments in Mosambik und als solche unbedingt zu verhindern sind.

Es gibt einen weiteren Bereich, von dem positive Entwicklungen zu berichten sind, dem Baumwollsektor, den ich durch mei-



Kooperative-Werkstatt von Meserepane

ne eigene Arbeit am besten kenne. Baumwolle war in Mosambik Inbegriff kolonialer Gewaltverhältnisse. Der Rückgang der Produktion nach der Unabhängigkeit beruhte auf den schon bekannten Faktoren, die die gesamte Agrarproduktion be-



einflußten. 1978/79 war die Baumwollproduktion auf 25% der Produktion von 1973 gesunken. Der Raubbau kolonialer Anbaumethoden hatte den Boden völlig ausgelaugt, was neue Investitionen und eine Reorganisierung verlangte (13). 1979 wurde das Staatssekretariat für Baumwolle gegründet, das sich sowohl an die verschiedenen Produktionsformen als auch für Vermarktung, Qualitätskontrolle und Forschung auf dem Gebiet kümmern sollte.

Die Erfolge, die diese Institution unter Leitung von Joao Ferreira in den letzten zwei Jahren vorzuzeigen hat, sind für mosambikanische Verhältnisse beachtlich, gerade da der Baumwollsektor mehr als andere Produktionsbereiche von der Flucht und Sabotage der Siedler nach 1975 betroffen war.

In Nampula, wichtigste Baumwollprovinz, ist im Staatsfarmsektor nun endlich mit der Diversifizierung der Produktion begonnen worden, um die Ernährungsbasis der Landarbeit zu verbessern und um den Bedarf an Arbeitskraft während des ganzen Jahres etwas mehr auszugleichen. Immer noch besteht ein hoher Bedarf an Kurzarbeit für die Erntezeit, wobei hauptsächlich Frauen und auch Kinder mobilisiert werden. Aber die restliche Saisonarbeit bietet schon eine weit stabilere Einnahmequelle für die bäuerlichen Familien in der Region (14).

Bessere Versorgung der Farmarbeiter mit Grundbedarfsgütern war auch deutlich zu sehen – in Meserepane U.P., einer Staatsfarm bei Namialo (Nampula), haben sich einige Landarbeiter zu einer Werkstattkooperative zusammengeschlossen, um Schuhe, Hängematten und Möbel für ihre Kollegen und die Umgegend herzustellen. Die Rohstoffe stammen von der Farm (Sisal und Baumwolle), bzw. sind in verarbeiteter Form wieder zurückgekehrt. Ein paar Leinenschuhe kosten den Lohn von eineinhalb Arbeitstagen (100 MT = ca. 7 DM). Andere Kooperativen, z.B. in Metucheria UP, bauen Häuser für Landarbeiter, Genossenschaftsbauern und Einzelbauern auf deren Wunsch und nach deren Vorstellungen von Lebensqualität. Eine alte Kalkmine wurde bei Metucheria wieder eröffnet, das andere Material, außer Holzteilen, ist lokal vorfindbar. Auf diese Weise soll das Programm der 'Aldeias Comunas' in anderer Form durch mehr Partizipation der Betroffenen wieder belebt werden. Die neuen Kommunaldörfer, die oft alte, schlecht situierte ersetzen, sollen sich organisch nach den Produktionsbedingungen der Bevölkerung entwickeln, wo sich die Größe und Form nicht nach administrativen Schemata sondern nach Über-schaubarkeit für die Bauern und nach ihrer täglichen Wegstrecke zu Fuß richtet (15).

Die Baumwollproduktion des Familien-sektors in Nampula hat sich seit der Reorganisierung auf nationaler Ebene, gegenüber 1978/79, dem schlechtesten Jahr, mehr als verdoppelt (18 000 t 1982) und sogar Planvorgaben weit übertroffen. Seitdem sich das Staatssekretariat wieder um die kleinbäuerliche Produktion kümmert und die Bauern wieder mit besserem Saatgut für Baumwolle aber auch mit Nahrungsmitteln (Reis) versorgt, mehr Konsumgüter und Beratung bereitstellt, zeigen sich die Bauern sofort bereit, wieder für den Markt zu produzieren. Die Preise für Baumwolle sind durchaus attraktiv für den mosambikanischen Bauern.

Besonders beeindruckend waren für mich die Bemühungen des 'Kommunikations-sektors' des Staatssekretariats für Baumwolle, die Produktion des bäuerlichen Sektors und der Kooperativen anzukurbeln. In Nampula sind bisher mehrere hundert 'monitores' ausgebildet worden, die anders als die alten Technokraten aus der Stadt selbst auf dem Land leben, unter gleichen Bedingungen wie ihre Ansprechpartner. Sie versuchen, in kontinuierlichem Dialog mit den Bauern, alle Probleme des gesellschaftlichen Lebens zu erörtern. Ein mobiles Puppenspieltheater (das jetzt auch in den Zonas Verdes von Maputo benutzt wird) unterstützt sie dabei, die verschiedenen täglichen Probleme, auch den Ärger mit der Verwaltung zur Sprache zu bringen. Kommunikationsmittel ist Makua, die lokale Sprache in Nampula, nicht Portugiesisch, dementsprechend spontan und lebendig ist auch die Beteiligung der Landbevölkerung. Von der zentralen Equipe in Maputo – allesamt sehr engagierte, politisch sensible unbürokratische Genossen – werden zwar allgemeine politisch- und technische Richtlinien gesetzt, aber die Form der Ausführung ist Sache des lokalen Monitors. Im Oktober 1982 hatten sich bereits 100 000 Bauern zu diesen Veranstaltungen begeben (16).

Es gibt sicherlich noch tausend Schwierigkeiten, mit denen dieser landwirtschaftliche Sektor wie alle anderen täglich zu kämpfen hat, wobei fehlendes Material, fehlender Transport etc. immer wieder Anstrengungen zunichte machen. Die offizielle Erkenntnis, daß der Familien-sektor dringend staatlicher Hilfe bedarf, deren Kriterien sich nicht an bürokratischer Bevormundung bemessen dürfen, scheint dem Betrachter sicherlich selbstverständlich. Aber in der politischen Auseinandersetzung, die solch einen Versuch gesellschaftlicher Veränderungen unter Mangelbedingungen begleiten müssen und der realen Schwierigkeiten, eine Volkswirtschaft in Gang zu halten und gleichzeitig zu verändern, ist jeder kleine Lernprozeß durch eigene Fehler – im Gegensatz

zur besten Analyse – wirklicher gesellschaftlicher Fortschritt.

Anmerkungen:

1. die RNM – die englische Abkürzung ist MNR – war ursprünglich Teil der rhodesischen militärischen Aktionen gegen Mosambik, d.h. Teil des rhodesischen Geheimdienstes unter Ken Flower. Die RNM floh 1980 nicht, wie Meinardus berichtet (3/81), nach Südafrika, sondern wurde vom dann schon zimbabwischen Geheimdienst dem südafrikanischen Militär übergeben – etwa 100 Mann als Kerntruppe. Die Südafrikaner hatte sich schon lang darum bemüht, die RNM unter ihrer Kontrolle zu bringen. Die letzten Aktionen im Februar 1983 in Gaza gegen die RNM waren erfolgreich, cf. Tempo, Nr. 646, was durch die Verlautbarung des RNM-Radios bestätigt worden ist.
2. 'Concentrar Recursos no Sector Familiar, Noticias (Maputo), 1.2.83
3. einen sehr guten Überblick zum Agrarsystem gibt Teres Adam, info-dienst 1982
4. nach den ersten Zensurauswertungen gibt es 2 703 937 Familieneinheiten, mit 4,3 Personen im Durchschnitt, mit 2,1 wirtschaftlich aktiven. 83% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung lebt auf dem Land, davon 93% im Familiensektor. Die Analphabetenrate beträgt 75,1% cf. Noticias, 26.9.82
5. Es gibt 1068 Aldeias Comunas, mit 1,3 Millionen Bewohnern, aber nur weniger als die Hälfte weisen eine Form von kollektiver Produktion auf, cf. Primeira Reunião Nacional das Aldeias Comunas Gaza 1980.
6. Hierzu hat das Centro Estudos Africanos in Maputo mehrere z.T. nicht öffentliche Studien angefertigt.
7. vgl. Agencia de Informação Mocambique (AIM) 1982, die Produktion einiger wichtiger industriell hergestellter Konsumgüter wie Öl, Seife, Textilien sind schon beträchtlich gestiegen, vgl. Mosambik: Informação Estatística, 1980/81, Maputo 1982.
8. Assistance to Mozambique, UN/GA/SC, 17.8.82
9. Information vom Landwirtschaftsministerium, Nov. 1982
10. die 0,7 ha beziehen sich auf geplante oder ausgesäte Flächen, bei der Ernte reduziert sich die Relation auf 0,4 ha pro Person, vgl. auch T. Adam, die einige Kooperativenprobleme anspricht.
11. Síntese de Reunião sobre Cooperativização da 5a Sessão Alargada do Conselho de Ministros, Maputo 27.4.82
12. Information von Orlando Henao, einer der Leiter des Projekts, Okt. 82
13. Vgl. Cotton Production in Mozambique, CEA, Maputo 1981, ebenfalls meine Studie zur Baumwollproduktion als Teil der Agrarpolitik, die Teil der CEA Untersuchung war. Wird 1983 erscheinen.
14. Informationsreise vorort von Joao Ferreira, Staatssekretär für Baumwolle, Okt. 82
15. Secção Aldeias Comunas, Antonio Yachan, Informationsgespräche Okt. 82
16. Secção da Comunicação Social des Secretariado do Estado de Algodão, Maputo, Okt. 82.

Frontstaaten im Visier

Solidaritätskonferenz am 25. - 27.3.83 in Lissabon

Es sei fast schon normal, so der angolanische Außenminister Paulo Jorge während der Eröffnungsveranstaltung im Teatro Sao Lucia, daß die Volksrepublik Angola vom Pretoria-Regime angegriffen wird. Und diese Normalität verfestige sich noch durch die Angriffe gegen die Volksrepublik Mosambik, gegen Zimbabwe, Sambia und Lesotho. Die internationale Gemeinschaft reagiere mit einer gewissen Passivität und Gleichgültigkeit. Im Kampf gegen diese Passivität und Gleichgültigkeit stellte die "Internationale Konferenz der Solidarität mit den Frontstaaten", die vom 25. - 27.3.83 in der portugiesischen Hauptstadt stattfand und in der "Internationalen Komitee gegen Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika" (ICSA) organisiert wurde, einen bedeutenden Schritt dar. In wie weit ihre Ziele weiterverfolgt werden, hängt von der Initiative der ca. 300 Teilnehmer ab. Die Konferenz lieferte in Wort und Schrift zahllose Beispiele für die verheerende Kriegsführung des Apartheidregimes im Südlichen Afrika und die Verantwortung der westlichen Staaten. Paulo Jorge forderte auch nicht nur den Ausdruck politischer Erklärungen und Bekundungen der Solidarität, sondern ganz konkrete, massive finanzielle und materielle Unterstützung. Seit 1975 hätten 10.000 Angolaner durch die kriegsgerischen Aktivitäten Südafrikas ihr Leben verloren, und der finanzielle Schaden für den angolanischen Staat belaufe sich inzwischen auf 7,5 Mrd Dollar. Eine Antwort darauf, warum der Kampf gegen die zerstörerische Aggressionspolitik Südafrikas gegen die Staaten im Südlichen Afrika so schwierig ist, gab der angolanische Außenminister in seiner Eröffnungsrede selbst: "... der Kampf in unserer Region richtet sich nicht einzig und allein gegen das Regime von Pretoria, sondern gegen die Globalstrategie der USA".

Schon das Zustandekommen dieser Konferenz war von außerordentlichen Schwierigkeiten gekennzeichnet. Seit 1980, als der Entschluß zur Abhaltung einer Frontstaatenkonferenz gefaßt wurde, hat sich durch die offen apartheidfreundliche Haltung der US-Regierung unter Reagan der Anti-Apartheid-Kampf weltweit außerordentlich verschärft. Die Reagan-Politik wurde von manchen Verbündeten nicht nur geduldet, sondern aktiv unterstützt. Die schon für 1982 geplante Konferenz war kurzfristig verschoben worden, weil eine stärkere und breitere Teilnahme angestrebt wurde. Der Vor-

sitzende der portugiesischen Sozialistischen Partei (= SP), Mario Soares, hatte sich kurz vor dem geplanten Konferenzbeginn 1982 von ihr distanziert, da er in ihr den Pluralismus von Meinungen nicht gewährleistet sah. Dasselbe Manöver, nur weit aggressiver, startete er erneut wenige Tage vor der Konferenz im März 1983: "Das Lissaboner Treffen stellt einen weiteren Teil der großangelegten Diplomatie- und Propaganda-Anstrengungen der Sowjetunion dar. Daher hat unsere Partei von einer Teilnahme an der Konferenz abgesehen und diejenigen Mitglieder kritisiert, die sie persönlich unterstützen. Die Sozialistische Internationale hat dazu auch eine klare Haltung

eingenommen, da sie ihre Pläne einer eigenen Konferenz in Tansania wahrscheinlich im Juli vorantreiben will." (Newsweek 21.3.83). Trotz weiterer Versuche der Sabotage — z.B. der öffentlichen Aufforderung von Prominenten an Staatspräsident Eanes, von der Schirmherrschaft über die Konferenz zurückzutreten — fand die Konferenz statt. Die Teilnehmer aus Portugal umfaßten einige SP-Abgeordnete, die frühere Staatspräsidentin Pintasalgo als Vertreterin für Eanes, den früheren Sprecher des Revolutionsrates und Berater von Eanes, Oberstleutnant Vitor Alves, als Präsident der Konferenz, sowie eine Vielzahl von Vertretern von Berufsgruppen und Organisationen. Unter den 27 Regierungsvertretern — davon die Außenminister von Tansania, Mosambik, Angola und der Volksrepublik Kongo — fehlten vollständig die aus Westeuropa und den USA. Ja, aus diesen Ländern wurde diese

Auszug aus einem Interview mit dem ANC-Präsidenten O.R.Tambo

Frage: Sie vertreten eine Befreiungsbewegung mit einer breiten und starken Organisation. Wir in Europa sehen den Kampf in Südafrika, in der Karibik, in Nicaragua, in El Salvador, im Mittleren Osten, wo die PLO kämpft. Gleichzeitig sehen wir in Europa eine sehr große Friedensbewegung, die sich jetzt mehr und mehr mit der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung zusammenschließt. Existiert Ihrer Meinung nach eine Verbindung zwischen all diesen Aktivitäten? Gibt es eine logische Verbindung zwischen den Kämpfen in Südafrika, in der Karibik, im Nahen Osten, und dem Kampf in Westeuropa gegen die neuen atomaren Mittelstreckenraketen? Könnten sie uns eine solche Verbindung erklären?

Antwort: Ja, das ist ein antiimperialistischer Kampf, der von den Völkern der Welt gekämpft wird, ein Kampf, der ihnen aufgezwungen worden ist durch die Aggressivität der imperialistischen Kräfte, die die Weltherrschaft suchen, die Eroberung und Vorherrschaft wollen. Und so haben wir heute die zugespitzte Situation in Mittelamerika und in der Karibik, in Südafrika, im Nahen Osten. Diese zugespitzten Situationen sind jeweils durch den US-Imperialismus hervorgerufen worden! Es gibt dort Außenposten des US-Imperialismus, die die imperialistische Welt verteidigen wollen. Der Imperialismus wird in allen diesen Regionen durch lokale Vertreter repräsentiert, wie Israel, Südafrika mit seinem Botha-Regime, die faschistischen Regimes in Mittelamerika. Man macht Aggression, man führt Krieg, so durch Israel, durch das Botha-Regime, durch den CIA, der die Aktionen in Mittelamerika koordiniert. Der Imperialismus versucht durch Krieg, verlorenen Grund wiederzugewinnen. Der Imperialismus hat einen Hang zum Krieg. Warum? Er verliert Grund und versucht, in eine Gegenoffensive zu kommen. So versucht er Kräfte für einen Krieg zu organisieren. Jedoch, die Friedensbewegung, die in Europa mächtig ist, ist eine Bewegung, die versucht, die Ziele des Imperialismus zu bekämpfen. Deshalb ist sie ein Teil der antifaschistischen, antikolonialistischen, antirassistischen, Anti-Apartheid-Kräfte. Sie wird zu einem Teil unseres Kampfes. Zuerst muß ein Global-Krieg verhindert werden, um so auch die Bedingungen zu schaffen, die es den fortschrittlichen Kräften der Welt ermöglichen, sich in Frieden auf diejenigen Gebiete konzentrieren zu können, wo die Vertreter des Imperialismus noch operieren und existieren. Unter den Bedingungen des Friedens kann man in diesen einzelnen Bereichen die Solidarität verstärken. Noch mehr Aufmerksamkeit, noch mehr Kräfte können dann organisiert werden, sich mit den Bereichen zu beschäftigen, wo noch kolonialistische Kämpfe ausgefochten werden. Deshalb meine ich, daß eine grundsätzliche Einheit des Kampfes besteht, die daraus erfolgt, daß alle diese Kräfte, in Europa und überall sonst in den Bereichen, die ich schon aufgezeigt habe, letztlich Kräfte sind, die gegen den Imperialismus kämpfen.

Das Interview führte am 26.3.83 in Lissabon Dirk Krüger, Vertreter der Internationalen Abteilung der DKP

Konferenz sogar weitgehend von sozialdemokratischen, sozialistischen und konservativen Parteien boykottiert. (Die SPD schickte immerhin ein Unterstützungstelex!)

Aus der BRD nahmen teil: als Ehrenpräsidenten Prof. M.D. Hinz/Bremen und Pfarrer Reinhard Brückner, letzterer auch als Vertreter der "GRÜNEN", weiterhin Vertreter der AAB, des ASK und der DKP. Tatsächlich war schon im Vorfeld der Konferenz deutlich geworden, daß diese von den Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale als ein Konkurrenzunternehmen angesehen wurde. Doch der hohe Stellenwert dieser Konferenz für die Betroffenen der Region und für die internationale Gemeinschaft läßt sich an der hochrangigen Teilnahme von Vertretern von Regierungen, Parteien und Befreiungsbewegungen aus Afrika und von internationalen Organisationen ablesen. Die Präsidenten des ANC und der SWAPO wurden bei den

öffentlichen Veranstaltungen ebenso stürmisch begrüßt wie die Vertreter der Frontstaaten. Die Nichtteilnahme westlicher Regierungs- und Parteienvertreter wurden als Kollaboration mit Apartheid verurteilt.

Viele Redner und Teilnehmer waren sich einig in der Einschätzung, daß für das Gastgeberland Portugal diese Konferenz eine große Herausforderung darstellte. Denn heute kämpfen die Völker in Südafrika, Namibia und die Regierungen und Völker der Frontstaaten im Südlichen Afrika gegen ein System, wie es in Portugal am 25.4.74 vom portugiesischen Volk hinweggefegt worden ist. Der Ausdruck dieser Solidarität wurde noch bewegend durch die Erinnerung daran, daß es die ehemalige Kolonialmacht Portugal war, die die Völker von Angola, Mosambik und Guinea-Bissau, deren Sprecher an der Konferenz teilnahmen, bis 1974 geknechtet hatte. Der mosambikanische Außenminister Chissano verglich das Apartheid-

system mit dem Nazifaschismus, das gleich diesem geächtet und bestraft werden muß. Denn gleich diesem überfällt es Nachbarvölker und unabhängige Staaten, brandschatzt und mordet, richtet Zerstörung an und terrorisiert die eigene Bevölkerung. Südafrikas Überfälle auf wehrlose Flüchtlinge außerhalb seiner Grenzen könnten niemals den Nerv des Widerstand treffen, denn dieser sei dort zu suchen, wo Apartheid herrscht, in Südafrika und im illegal besetzten Namibia.

Die westliche Kollaboration mit dem Apartheidregime wurde besonders auf militärisch nuklearem Gebiet in zahlreichen Stellungnahmen detailliert aufgezeigt und angegriffen (siehe hierzu besonders die Auszüge aus der Abschlußdeklaration). Wie sehr westliche Staaten nicht nur durch die Aufrüstung Pretorias in Form von Militärlieferungen an dessen Destabilisierungspolitik im Südlichen Afrika beteiligt sind, sondern auch durch die Förderung von konterrevolutionären Gruppen in diesen Ländern, wurde besonders seit dem Amtsantritt von US-Präsident Reagan deutlich. UNITA-Vertreter reisen in die USA ein und aus, sie veranstalten Pressekonferenzen in Lissabon und auch in Bonn. Letzteres geschehen im April 1983.

Von der neuen Bundesregierung kann noch weniger als von der vorhergehenden erwartet werden, daß diesen Aktivitäten Einhalt geboten wird. Die Anti-Apartheid-Kräfte in der Bundesrepublik müssen sich heute verstärkt überlegen, wie der sich zuspitzenden Situation im Südlichen Afrika hier begegnet werden kann. Der Aufruf der Frontstaatenvertreter nach materieller Unterstützung, des ANC-Präsidenten O.R. Tambo nach einer umfassenderen Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik, des SWAPO-Präsidenten Sam Nujoma nach einer Verhinderung der offiziellen Unterstützung von Projekten innerhalb Namibias unter der illegalen Besatzungsmacht — diese und viele weiteren konkreten Forderungen müssen von uns bekanntgemacht und umgesetzt werden. Eine auf der Lissaboner Frontstaatsolidaritätskonferenz verteilte Dokumentation über ein Projekt des "Medizinischen Komitees Angola" aus Amsterdam war höchst beeindruckend und beispielhaft: mit der Unterstützung von rund 10 000 Förderern in den Niederlanden wird dieses Komitee in den nächsten Monaten dem ANC in Tansania ein voll ausgestattetes Krankenhaus einschließlich des gesamten Personals zur Verfügung stellen!

Ingeborg Wick

Die Konferenzpapiere können im AAB-Büro gegen ein Entgelt angefordert werden.

Deklaration

(Auszug)

Die Konferenz nahm mit großer Bestürzung Südafrikas Strategie der Einschüchterung, der Subversion und Aggression gegen die Frontstaaten zur Kenntnis, die auf eine Verfestigung des Apartheidsystems abzielt, das als ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verurteilt worden ist. So nimmt Südafrika gegenüber Staaten, die eine unabhängige wirtschaftliche und soziale Politik verfolgen, eine feindliche und aggressive Haltung ein.

Wenn die Frontstaaten Angola, Botswana, Mosambik, Tansania, Sambia, Zimbabwe zusammen mit Lesotho gemäß der Charta der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ihre Pflichten erfüllen, so haben sie damit die Verantwortung übernommen, Teil der Vorhut des internationalen Kampfes gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus zu sein. Die Frontstaaten und Lesotho bieten dem Staatsterrorismus und der Subversion Südafrikas tapfer die Stirn. Sie tun dies im Namen der internationalen Gemeinschaft, denn Frieden und Stabilität in der Welt, und insbesondere im Südlichen Afrika, hängen von der vollständigen Ausmerzung von Rassismus und Kolonialismus ab.

Da die Frontstaaten der vollständigen Befreiung des Kontinents verpflichtet sind, unterstützen sie die SWAPO von Namibia und den ANC von Südafrika, damit diese ihren Kampf gegen das Rassistenregime verstärken können — ein Kampf, in dessen Verlauf sie während der letzten Monate der Apartheid-Kriegsmaschinerie entscheidende Schläge versetzt haben.

Die Konferenz verurteilt auf das schärfste die Kollaboration einiger NATO-Staaten mit dem Apartheidregime, durch die es seine Politik der Aggression, der Destabilisierung und des Wirtschaftskrieges gegen die Frontstaaten und gegen Lesotho durchführen kann. Die Politik des "konstruktiven Engagements" der Reagan-Administration hat die Unnachgiebigkeit des südafrikanischen Regimes verstärkt und verletzt internationale Normen. Dies gilt auch für die militärische, nukleare, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit einer Reihe von westlichen Ländern, insbesondere der USA, der Bundesrepublik Deutschland und von Israel in Verletzung von UNO-Resolutionen und gültiger Gesetze des Völkerrechts.

Außer der Aggression gegen eine Reihe von Frontstaaten in Verletzung grundlegender Gesetze des Völkerrechts hat das südafrikanische Regime Gruppen bewaffneter Banditen in die Frontstaaten und Lesotho infiltriert und sie finanziert und ausgebildet, damit diese Sabotage, Mord und Terrorakte begehen können. Hinzu kommt der Einsatz von Söldnern aus verschiedenen westlichen Ländern in Staaten weit jenseits der Grenzen Südafrikas, wie z.B. auf den Seychellen."

aktionen

Tourismusdebatte

AL fordert Südafrikaboykott im Berliner Senat

Helmut Lorscheid

Erstmals wurde in einem, den Länderparlamenten vergleichbaren Gremium, über Südafrika diskutiert. Die Alternative Liste in West-Berlin hatte einen Antrag in das Abgeordnetenhaus von Berlin eingebracht, dessen Ziel es war, daß "zukünftig eine Repräsentation Südafrikas auf solchen (wie die damals im Februar aktuelle Grüne Woche und die Internationalen Tourismusbörse) oder ähnlichen Veranstaltungen ausgeschlossen wird."

Die SPD-Fraktion mochte sich lediglich dazu durchringen, die "Teilnahme der Republik Südafrika an der Grünen Woche 1983 und der Internationalen Tourismusbörse 1983 zum Anlaß zu nehmen, die Öffentlichkeit auf die Unmenschlichkeit der südafrikanischen Apartheid-Politik und auf die sich verschärfenden Aggressionsakte Südafrikas gegenüber seiner Nachbarstaaten aufmerksam zu machen..." Das Abgeordnetenhaus sollte weiterhin "den Senat auffordern, auf die Westberliner AMK (Ausstellungs-, Messe- und Kongress-Gesellschaft) dahingehend einzuwirken, daß der Organisation amnesty international Gelegenheit gegeben wird, die Besucher der Tourismusbörse über Verstöße gegen Menschenrechte in der Welt zu informieren." Die Alternativen waren bereit, auch diesen Antrag mitzutragen, selbst dieser schwache Änderungsantrag der SPD scheiterte jedoch an der CDU/FDP-Mehrheit im Westberliner Ratshaus Schöneberg.

In der Debatte erwies sich der AL-Abgeordnete Michael Wendt als Verfechter von ANC-Positionen.

Zur Frage des von ihm befürworteten Boykott Südafrikas verwies Wendt auf "den südafrikanischen Nobelpreisträger Albert Luthuli, der bereits vor zwanzig Jahren folgendes formuliert hat: Ich möchte dringend bitten, daß Sie sich nicht vom Handeln abschrecken lassen, durch den von unseren Unterdrückern oft geäußerten Vorwand, Boykotte und Sanktionen werden über uns Schwarze mehr Leiden bringen als über die weißen Südafrikaner. Wir sind bereit zum Leiden, das uns zur Befreiung führt, wie es das Schicksal aller Unterdrückten seit eh und je war! Was wir entschlossen sind, nicht zu tun, koste es, was es wolle, ist einzubilligen in einen

Status quo, der uns zu Halbsklaven im eigenen Land macht... Den Boykottklärungen der Vereinten Nationen geht es nicht in erster Linie darum, die Unterdrückung zu boykottieren, sondern um die spezifische Form der Unterdrückung durch Rassentrennung, die von allen Ideologien in West und Ost gleichmäßig verurteilt wird. Und diese Einheit der politischen Auffassungen in der gesamten Welt zum Ausdruck zu bringen, ist m.E. eine positive Erklärung der Vereinten Nationen..."

Im Weiteren sprach sich Michael Wendt dafür aus, den AL-Antrag und den Antrag der SPD nacheinander, statt alternativ abzustimmen, weil sie sich nach Auffassung der AL gegenseitig ergänzten. Dem widersprach die SPD energisch: Ihr Sprecher Spiller erklärte: "Das Meswesen ist ein untrennbarer Bestandteil des Güteraustauschs; mit einem Land Handelsbeziehungen zu unterhalten, es aber aus politischen Gründen von Messen und Ausstellungen auszuschließen, wäre eine doppelzüngige Politik.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Wer einem Land die Teilnahme an Messenveranstaltungen verweigern will, müßte deshalb konsequenterweise dafür eintreten, die Wirtschaftsbeziehungen zu diesem Land abubrechen.

(Beifall bei AL und SPD)

Es mag sein, daß die AL-Fraktion bereit wäre, diese Konsequenzen im Falle Südafrikas zu ziehen.

(Frau Kantemir (AL): "Jawohl")

Wir Sozialdemokraten warnen davor, einen solchen Weg zu beschreiten. Wir scheuen uns nicht, die Rassenpolitik der Republik Südafrika für jedermann vernehmlich zu verurteilen; in dieser Verurteilung wissen wir uns einig mit den Kirchen und mit der breiten Mehrheit dieses Hauses. Doch wir sind nicht blind gegenüber dem Unrecht, das anderswo in der Welt geschieht...

Das wirtschaftliche Sanktionen ein wirksames Mittel wären, um die Regierung, gegen die sie sich richten, von weiteren Menschenrechtsverletzungen abzuhalten, müssen wir im übrigen bezweifeln; die Erfahrungen sprechen dagegen. Von bloßen Nadelstichen, wie dem Ausschluß von Messenveranstaltungen, erwarten wir solche heilsamen Wirkungen noch weniger. Zu einer Politisierung von Handels-

messen können wir uns deshalb ebenso wenig entschließen, wie zu einer Politisierung des Handels. Doch daraus folgt nach Auffassung der SPD-Fraktion nicht, daß die AMK bei sämtlichen ihrer Veranstaltungen über Menschenrechtsverletzungen den Mantel höflichen Schweigens breiten müßte..."

Die CDU sprach sich gegen einen "grundsätzlichen Einstieg in die Politisierung von Messen und Veranstaltungen in Berlin" aus. ...

Ihr Abgeordneter Dr. Neuling erklärte weiter: "...Messen und Veranstaltungen leben von der Offenheit von Ost nach West, von Süd nach Nord, sie sind Gelegenheit, daß man kritisch-positiv sich informieren kann..." Es sei außerdem "Sache der AMK GmbH, amnesty international die Möglichkeit zu geben, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Menschenrechte zu werben..."

Zur SPD gewandt, fuhr Dr. Neuling fort: "...Nur, sie müssen doch sehen — wenn sie an diesen Antrag der Alternativen Liste, von der man nichts anderes erwarten konnte, anhängen, dann haben Sie die grundsätzliche politische Diskussion über Messen... und damit haben Sie grundsätzlich die Gefährdung der Messestadt Berlin überhaupt, und Sie schaffen damit auch keinen politischen Vorteil."

Von der FDP stimmte lediglich Dr. Kunze "dem Antrag der SPD-Fraktion zu".

Mit den Stimmen der CDU und FDP-Mehrheit wurde der SPD-Antrag abgelehnt. Für den Antrag der AL stimmte lediglich die AL-Fraktion. Sie hatte die SPD zuvor bei ihrem Antrag jedoch auch unterstützt.

Vielleicht werden Beispiele in anderen Messestädten — und Bundesländern mit CDU/SPD/Grünen im Parlament folgen.

Anmerkungen:

Alle Zitate nach : Abgeordnetenhaus von Berlin 9. Wahlperiode, 38. Sitzung vom 10. Februar 1983

AL Antrag Drucksache 9/976 v. 4.2.83

Hinweis:

Auszugsweise wiedergegeben hat die epd-Redaktion Entwicklungspolitik/Dritte Welt ein Memorandum kirchlicher Persönlichkeiten in der Bundesrepublik zu Südafrika: *Südafrika: Bekenntnis und Widerstand. Ein Memorandum zur gewaltfreien Notwehr.*

epd-Dritte Welt Information 2/3/83

Fragen der AAB an politische Parteien zum SPD

1. UNO-Konvention von 1973

1973 verabschiedete die UNO-Vollversammlung eine Konvention, in der Apartheid als ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verurteilt wird. Die Bundesrepublik Deutschland hat bisher diese Konvention nicht ratifiziert.

Wie stellen Sie sich zu dieser Tatsache und welche Schritte zur Ratifizierung dieser Konvention wollen Sie gegebenenfalls unternehmen?

2. Politische Gefangene

Südafrika ist eines der Länder mit der höchsten Hinrichtungsrate der Welt. Zunehmend "verschwinden" Menschen in Namibia und Südafrika, ohne daß man je wieder etwas von ihnen hört. Augenblicklich sind in den Gefängnissen des rassistischen Apartheidregimes 6 Mitglieder der Befreiungsbewegung African National Congress (ANC) von der Vollstreckung der gegen sie verhängten Todesurteile bedroht. ANC- bzw. SWAPO-Führer wie Nelson Mandela, Walter Sisulu und Toivo ja Toivo sind zu lebenslanger Haft auf der berüchtigten Gefangeneninsel Robben Island verurteilt worden; Gewerkschaftsführer wie Oscar Mpetha sind inhaftiert.

Was werden Sie zur Freilassung dieser und aller anderen politischen Gefangenen in Südafrika unternehmen?

3. Namibia

Namibia wird vom rassistischen Apartheidregime Südafrikas illegal besetzt gehalten und als Sprungbrett für kriegsartige Angriffe insbesondere gegen Angola benutzt. Entgegen zahlreichen UNO-Resolutionen unterhält die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen mit Namibia – mit Wissen der Bundesregierung. Als Mitglied der Namibia-Kontaktgruppe hat die Bundesregierung mit dazu beigetragen, daß die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung Namibias weiter verzögert wurde und wird.

Welche Maßnahmen zur schnellstmöglichen Durchsetzung der UNO-Resolution 435 zur Unabhängigkeit Namibias sollen Ihrer Meinung nach eingeleitet werden?

4. Kulturabkommen

Bundesrepublik Deutschland-Südafrika

Die Bundesrepublik Deutschland ist das einzig übrig gebliebene Land der Welt, das ein Kulturabkommen mit Südafrika aufrechterhält und verteidigt. Durch das Kulturabkommen wird vor allem auch technologisches und militärwissenschaftliches Know-How an den Rassistenstaat vermittelt.

Sind Sie für eine Kündigung oder Beibehaltung des Kulturabkommens und warum?

5. Militär/Atommacht Südafrikas

Das Apartheidregime ist heute im Besitz von Atomwaffen. Im September 1979 wurde die erste Atombombe Südafrikas gezündet. Wiederholt haben südafrikanische Regierungsvertreter mit dem Einsatz von Atombomben gedroht. Einen entscheidenden Beitrag zur Erlangung der Atombombenkapazität Südafrikas hat die Bundesrepublik Deutschland geleistet, und zwar über die Lieferung von Nukleartechnologie und die Weitergabe von Know-How – mit Wissen und Billigung der Bundesregierung. Außerdem trugen und tragen bundesdeutsche Rüstungs-

Die Ratifizierung der von Ihnen zitierten UN-Konvention von 1973 ist deshalb nicht erfolgt, weil in ihr rechtliche Widersprüche zu auch bei uns geltenden Rechtsgrundsätzen enthalten waren. Die originären Ziele der Konvention wurden geteilt. Ziel müßte es sein, eine Konvention abzuschließen, die von allen Staaten der Welt getragen wird, also auch von allen EG-Staaten, die damals in der Vollversammlung auch aus Gründen der eben erwähnten Rechtsgrundlagen gegen die Konvention gestimmt haben.

Die SPD kämpft gemeinsam mit allen Parteien der Sozialistischen Internationale um Freilassung und Befreiung der politischen Häftlinge in der Republik Südafrika.

Die SPD hat sich immer für die sofortige Unabhängigkeit Namibias eingesetzt. Ihre enge Verbindung zur SWAPO ist hierfür ein wichtiges Instrument. Der Feststellung der Anti-Apartheid-Bewegung, die damalige Bundesregierung habe durch ihre Mitarbeit in der Kontaktgruppe der Fünf die Unabhängigkeit Namibias verzögert, muß ich widersprechen. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Wenn hier Schuldzuweisungen vorgenommen werden, so treffen diese nicht die damalige Bundesregierung.

Auch fortschrittliche Experten unterstützen die Beibehaltung des Kulturabkommens zwischen Bonn und Pretoria, weil dadurch wenige Möglichkeiten offengehalten werden, im Rahmen von Ausbildungsmaßnahmen schwarzafrikanischen Kolleginnen und Kollegen (so z.B. bei der Lehrerausbildung und im Gewerkschaftsbereich) zu helfen. Ich bin mir bewußt, daß diese auch von mir geteilte Auffassung auf Kritik von engagierten Anti-Apartheid-Freunden treffen kann und treffen wird, doch muß oft im politisch-operativen Bereich abgewogen werden, was nützlich ist, um den Betroffenen im Innern des Landes zu helfen.

Es hat in der Zeit der damaligen Bundesregierung keine militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika gegeben. Es ist allerdings aufgrund unserer Rechtslage nicht möglich, Aktivitäten von Privatpersonen, die u.U. im Wissenschaftsbereich know how weitergeben, zu stoppen.

südlichen Afrika zur Bundestagswahl 6.3.83

Die Grünen

Die seit zehn Jahren bestehende Weigerung der Bundesregierung, die UNO-Resolution zur Apartheid als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zu ratifizieren, ist ein Skandal von unerhörtem Ausmaß. Sie beweist, wie einflußreich das Denken der dreißiger und vierziger Jahre noch immer unter uns ist. Die GRÜNEN wollen die Ratifizierung als Zeichen eines sich verändernden Bewußtseins und entsprechenden Handelns.

Die GRÜNEN fordern die Freilassung aller aus politischen Gründen in Südafrika und Namibia Inhaftierten. Sie wollen die Beseitigung des dortigen Unrechtsystems, das derartige Festnahmen und Urteile ermöglicht. Mit dieser Zielsetzung arbeiten sie mit gleichgesinnten Personen und Gruppen zusammen.

Die Unabhängigkeit Namibias, ehemals Kolonie des Deutschen Kaiserreiches zu fördern, gehört zur historischen Verpflichtung der Deutschen. Entsprechende Maßnahmen der Bundesrepublik sind mit der SWAPO abzusprechen. Die SWAPO ist als Repräsentantin des namibischen Volkes von der UNO, der Organisation für Afrikanische Einheit und vielen Ländern anerkannt und seit Dezember 1982 offiziell in Bonn vertreten. Die Durchsetzung der UNO-Resolution 435 oder der Abbruch aller wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen mit der südafrikanischen Besatzungsmacht müssen im Einvernehmen mit der SWAPO geschehen.

Das Kulturabkommen wurde zur massiv einseitigen Förderung der Interessen der weißen Minderheit abgeschlossen und bis heute gehandhabt. Seine Kündigung ist überfällig, spätestens seit der Tötung von Hunderten schwarzer Jugendlicher 1976 und dem Verbot der Schwarzen Bewußtseinsbewegung 1977.

Die Übermittlung von militärischem Know-How und Waffen, auch nach dem UNO-Waffenembargo von 1977, durch bundesdeutsche Firmen und mit Zulassung der Bundesregierung ist bekannt. Die Fortsetzung muß durch massive Einflußnahme vieler Gruppen verhindert werden, an der die GRÜNEN teilnehmen.

DKP

Die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland die UNO-Konvention von 1973, in der die Apartheid als ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" bezeichnet wird, bisher nicht ratifiziert hat, muß als eine Unterstützung für das Rassistenregime in Pretoria gewertet werden. Eine solche Politik verstößt gegen Buchstaben und Geist unseres eigenen Grundgesetzes. Die DKP fordert die sofortige Ratifizierung der UNO-Konvention gegen das Verbrechen der Apartheid durch den Bundestag.

Wir teilen Eure Besorgnis über die Lage der politischen Gefangenen in Südafrika. Die DKP informiert in ihrer Zeitung, der UZ, und anderen Publikationen laufend über den Terror des südafrikanischen Rassistenregimes und übt aktive Solidarität mit den Betroffenen. Die DKP fordert die sofortige Freilassung von Nelson Mandela und allen anderen politischen Gefangenen in Südafrika. Sie unterstützt die Solidaritätsaktionen der demokratischen Öffentlichkeit unseres Landes.

Die DKP steht an der Seite des Volkes von Namibia und seiner Befreiungsbewegung SWAPO, im Kampf gegen die südafrikanischen Besatzer, für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Die DKP fordert von der Bundesregierung die Unterbindung jeglicher wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehungen zu den Statthaltern Pretorias in Namibia. Sie wendet sich gegen alle Versuche zur Durchsetzung einer neokolonialen Lösung der Namibia-Frage. Stattdessen muß die Bundesregierung einen wirksamen Beitrag dazu leisten, daß den UNO-Beschlüssen zur Unabhängigkeit Namibias endlich Geltung verschafft wird.

Es ist eine Schande für unser Volk, daß die Bundesrepublik als einziges Land der Welt mit dem Rassistenregime ein solches Kulturabkommen aufrechterhält, das zudem in seinem Geltungsbereich völkerrechtswidrig das Territorium von Namibia einschließt. Unter dem Deckmantel des Kulturabkommens stützt die Bundesregierung eine Politik des Rassismus und der Unterdrückung, eine "antikulturelle" Politik. Das Kulturabkommen muß sofort aufgekündigt werden.

Bei der Enthüllung und Dokumentierung der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und dem Apartheid-Regime hat sich die AAB große Verdienste erworben. Die DKP hat von Anfang an diese Zusammenarbeit als einen Bruch völkerrechtlich gültiger Verträge sowie einen eklatanten Verstoß gegen Prinzipien und Beschlüsse der Vereinten Nationen verurteilt. Sie sieht darin einen politischen Skandal, der dem internationalen Ansehen unseres Landes größten Schaden zufügt. Die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Süd-

exporte zur konventionell-militärischen Aufrüstung Südafrikas bei.

Wie gedenken Sie gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südafrika vorzugehen?

6. Wirtschaftsbeziehungen/Sanktionen

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika sind in den letzten Jahren drastisch gesteigert worden. Allein die Exporte der Bundesrepublik nach Südafrika haben 1980/81 um 46,5% und 1981/82 um über 50% im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr zugenommen. Die Bundesregierung fördert den Handel mit dem Rassistenstaat durch die Hermes Kredite, die Investitionen durch das Doppelsteuervermeidungsabkommen und durch Subventionen für Industriemessen in Südafrika und vieles mehr. Dem gegenüber fordern die anerkannten Sprecher des südafrikanischen und namibianischen Volkes, die Befreiungsbewegungen, die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die Bewegung der Blockfreien und die UNO einen vollständigen Boykott Südafrikas.

Wie stellen Sie sich zu dieser Forderung nach vollständigem Boykott Südafrikas?

7. Befreiungsbewegungen

Tausende von exilierten Südafrikanern und Namibianern leben heute in den ANC- und SWAPO-Flüchtlingslagern in Tansania, Sambia und Angola. Sie brauchen dringend materielle, finanzielle und politische Unterstützung. Der ANC und die SWAPO haben in Bonn Vertretungen eingerichtet.

Wie wird Ihre Unterstützung für die Befreiungsbewegungen aussehen?

8. Frontstaaten

Die Frontstaaten im Südlichen Afrika sind zunehmend zur Zielscheibe kriegischer Angriffe und von Sabotageakten des Apartheidregimes in Südafrika geworden. Südafrika hat sich in dem 1976 erlassenen "Defence and Amendment Act" ermächtigt, in jedes Land südlich des Äquators einzudringen, das es als eine Bedrohung seines Apartheidsystems ansieht.

Wie sollte Ihrer Meinung nach dieser weltfriedensbedrohenden Politik begegnet werden?

(SPD)

Allgemeine Sanktionen haben selten Nutzen gebracht; gezielte Aktivitäten allerdings sind in der Überlegung auch im Rahmen der SI.

Die SPD steht in engster Verbindung zu SWAPO und ANC, auch zu deren Bonner Vertretungen. Es versteht sich von selbst, daß Zusammenarbeit auch Hilfe bedeutet.

Die SPD hat sich stets dafür eingesetzt, daß den Frontstaaten im Südlichen Afrika erhöhte Hilfe zuteil wird, damit die Lasten, die ihnen durch die Unterstützung des Kampfes gegen Apartheid und für die Unabhängigkeit Namibias aufgebürdet wurden, gemildert werden. Die Aggression der südafrikanischen Regierung gegen diese Staaten wurde und wird von den deutschen Sozialdemokraten schärfstens verurteilt und angeprangert. Auch ich sehe in den militärischen Interventionen der Republik Südafrika gegen Zimbabwe, Mosambique und andere Staaten eine Bedrohung dieses Friedens.

CDU

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands verurteilt Menschenrechtsverletzungen grundsätzlich und überall. Dies gilt auch für das südliche Afrika. Die Rassentrennung und die Verletzung der Menschenrechte der Nichtweißen stoßen bei der CDU auf tiefe und entschiedene Ablehnung.

Die CDU setzt sich für eine rasche Lösung des Namibia-Problems auf der Grundlage des UN-Plans (Resolution 435 des Sicherheitsrates) ein. Sie fordert von Südafrika, dem UN-Vorschlag einer freigewählten verfassungsgebenden Versammlung bald zuzustimmen und militärische Übergriffe gegen Nachbarstaaten zu unterlassen.

Nach Ansicht der CDU muß die Zusammenarbeit aller Regierungen und politischen Kräfte, die zum friedlichen Ausgleich und zu dauerhafter Stabilität in der Region beitragen wollen, nachdrücklich gefördert werden.

F.D.P.

Diese Situation zwingt uns zu einer etwas summarischen Bearbeitung der Anfragen. Bitte haben Sie daher Verständnis dafür, daß ich nicht alle Antworten vollständig neu ausformuliere, sondern Ihnen einige Materialien beifüge, aus denen Sie unsere Ansichten zu dem von Ihnen angeschnittenen Fragenkomplex entnehmen können.

Ich erlaube mir, folgende Unterlagen beizufügen:

- Wahlprogramm 1980 der F.D.P., das weiterhin Gültigkeit hat (beachten Sie bitte die Textstelle auf Seite 16, Mitte):
- Wir unterstützen die von der Bundesregierung und ihren wichtigsten Verbündeten getragene Initiative zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für Namibia.
- Die F.D.P. tritt jeder Form von Rassendiskriminierung entschieden entgegen. Deshalb unterstützen die Liberalen in der Bundesrepublik nachdrücklich den Kampf der Liberalen Südafrikas zur Überwindung der Apartheid durch eine von den Repräsentanten aller Bevölkerungsgruppen

(Die Grünen)

Maßgeblich für die Forderung nach totalem Boykott Südafrikas sind die Stimmen der am stärksten Betroffenen, der Schwarz-Südafrikaner. Sie fordern diesen Boykott seit den 60er Jahren beharrlich durch ihre Sprecher. Dazu zählen der langjährige ANC-Präsident und Friedensnobelpreisträger, A. Luthuli, auch der heutige Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Bischof D. Tutu, und viele andere. Die GRÜNEN unterstützen diese Forderung, auch die nach gezieltem Einzelboykott z.B. von Luft- und Schiffsverbindungen, Öllieferungen und dem Export hochwertiger Güter, wie Computer usw.

Die GRÜNEN wollen wirksame Hilfe für alle aus Südafrika und Namibia in Nachbarländer oder in die Bundesrepublik Geflohenen.

Sie verstehen, den Beschlüssen der UNO, der Organisation für Afrikanische Einheit sowie zahlreicher Organisationen und Staaten entsprechend, ANC und SWAPO als die wirklichen Repräsentanten ihrer Länder. Sie fordern deshalb die Bundesregierung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit deren Vertretungen in Bonn und zum Abbruch jeder Beziehung mit der Südafrikanischen Botschaft und deren Konsulaten in der Bundesrepublik auf.

Das südafrikanische Terrorregime hält Namibia wider das Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag und zahlreichen UNO-Beschlüssen besetzt. Es hat große Teile von Südafrika zerstört, unternimmt militärische Überfälle in Lesotho, Mosambik und Simbabwe, versucht, diese und andere Nachbarländer zu destabilisieren und gefährdet den Frieden. Deshalb wollen die GRÜNEN, daß die Bundesrepublik sich mit befreundeten Ländern bemüht, die von diesem Regime gefährdeten Nachbarländer zu stärken.

dieses Mehrvölkerstaates frei ausgehandelte Ordnung. Diese neue Ordnung muß das Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit wie auch die Absicherung des Existenzrechts der Minderheiten als voneinander abhängige Elemente enthalten. Die F.D.P. ist bereit, im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten z.B. durch eine entschiedene Kontrolle der Einhaltung des Verhaltenskodex und andere vielleicht notwendig werdende Schritte diese Bemühungen zu unterstützen.

- Redemanuskript von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vom 8.2.1983 in Straßburg (zu ihren Fragen 1, 2, 3, 7, 8)
- Auszug aus "Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung", 1983 (zu Ihrer Frage 3)
- Positionspapier des Arbeitskreises I der F.D.P.-Bundestagsfraktion (zu Ihrer Frage 6):
Die F.D.P. sieht reale Ansätze, die wirtschaftlich-soziale Lage der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu verbessern. Dem in der Europäischen Gemeinschaft verabschiedeten Verhaltenskodex kommt insoweit im Rahmen der Südafri-

(DKP)

afrika muß sofort beendet und jeglicher Waffenexport in Nicht-NATO-Staaten unterbunden werden.

Die vielfältigen Wirtschaftsbeziehungen bundesdeutscher Monopole mit Südafrika, ihre Teilhabe an der Unterdrückung und Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung stellen einen direkten Beitrag zur Stabilisierung des Rassistenregimes dar. Die DKP fordert den Abbruch dieser Beziehungen und die strikte Einhaltung der Boykott-Beschlüsse der Vereinten Nationen. Dabei wirkt die DKP insbesondere dafür, unter den Belegschaften der mit dem rassistischen Südafrika in wirtschaftlicher Beziehung stehenden Firmen den Gedanken der Solidarität mit den Befreiungskräften Südafrikas zu verbreitern, und für die Notwendigkeit von Boykottmaßnahmen zu werben.

Wie eingangs betont, unterhält die DKP brüderliche Beziehungen zu den Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika. Sie sind die legitimen Repräsentanten ihrer um Befreiung kämpfenden Völker. Die DKP beteiligt sich daher aktiv an den Initiativen der Solidaritätsbewegung zur politischen und materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen.

Die DKP tritt dafür ein, daß die Bundesrepublik den vom Kolonialismus befreiten Staaten großzügige wirtschaftliche Hilfe gewährt, ohne Vorbedingungen und Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder. Dies gilt insbesondere für die Frontstaaten im Süden Afrikas, die Opfer militärischer Aggressionen und wirtschaftlicher Pressionen durch das Apartheid-Regime in Südafrika sind. Die DKP fordert von der Bundesregierung, die Positionen dieser Staaten in der UNO zu unterstützen, entsprechenden Sanktionsmaßnahmen gegen Südafrika zuzustimmen und diese strikt einzuhalten.

ka-Politik und der Beseitigung der Apartheid nach wie vor ein hoher Stellenwert zu.

Zur Frage der Hermes-Bürgschaften ist folgendes zu bemerken:

Eine Gewährung von Ausfuhrbürgschaften bedeutet grundsätzlich keine Anerkennung der politischen Zielsetzungen und Ordnungsvorstellungen des Importlandes. Außenhandel erfordert Kontinuität, da die Erschließung von Märkten erhebliche Investitionen voraussetzt und daher die Möglichkeit zu langfristigen Dispositionen verlangt.

Doppelbesteuerungsabkommen und offizielle deutsche Beteiligungen an Auslandsmessen sind wichtige Beiträge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die deutsche Exportwirtschaft; sie beinhalten keineswegs eine Übereinstimmung mit den politischen Wertvorstellungen des Investitions- bzw. Importlandes.

- Broschüre "Zur Sache" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, vom 5.12.1978 (im wesentlichen zu Ihren Fragen 1, 4, 5).

rezension

Peter Walshe

Church Versus State in South Africa

The Case of the cristian Institute

C. Horst & Company, London 1983

Dieses Buch zeichnet die politisch-religiösen Themen in Südafrika während der 60er und 70er Jahre nach. Im besonderen behandelt "Church versus State in South Africa" die Entstehung, Entwicklung und Bannung des Christlichen Instituts, oft besser bekannt durch seinen Direktor, Reverend Beyers Naudé.

Das Christliche Institut wurde im Jahre 1963 gegründet, in den Nachwirkungen des Massakers von Sharpeville, dem Ausnahmezustand, der Bannung des African National Congress und der Geburt von Umkhonto we Sizwe, der Befreiungsarmee. Das ist der historische Zusammenhang, in dem die Ursprünge des Christlichen Instituts betrachtet werden müssen. Es trat in Erscheinung, als die Forderung nach Befreiung einen Höhepunkt erreicht hatte und die Maschinerie der Apartheid mit all der Unterdrückungsgewalt antwortete, die ihr zur Verfügung stand.

Rückblickend gesehen, begannen die Leiter des Christlichen Instituts als gemäßigte Opponenten dieses Regimes, zum größten Teil Weiße, von denen viele der Burischen Niederländisch-Reformierten Kirche angehörten, die die Apartheid mit einem pseudo-religiösen Mantel ausstattet. Einer von ihnen war Beyers Naudé, früher eine Führerfigur seiner Kirche und prominentes Mitglied des "Broederbond", der geheimen Organisation des "Afrika-Burentums". Der zu dieser Zeit fast fünfzigjährige Naudé machte aus dem Establishment die treibende Kraft der christlichen Gegnerschaft zum Apartheidsystem. Seine Person begleitete den Weg des Christlichen Instituts von seinen Anfängen bis zu dem Zeitpunkt, als es im Jahre 1977 zusammen mit 18 anderen Organisationen gebannt wurde.

Walshe sagt über Naudé, daß er "eine unmittelbare Einfühlung in Albert Luthulis Hoffnungen und Ängste gehabt haben würde – selbst wenn Luthulis politische Vision Naudés Vorstellungsvermögen 1963 bis zum Unbehagen überbeansprucht hätte". Und obwohl Naudé dem meisten zugestimmt hätte, was Bram Fischer (Führer der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, der zu lebenslänglicher Haft verurteilt 1975 starb) vertrat, wäre ihm Fischers Betonung des Klassenkampfes als dem zentralen Prozess der Geschichte sehr unangenehm gewesen". Der Verfasser beschreibt mit Aufrichtigkeit und Einblick Naudés Rolle bis zu seiner Bannung.

Das Christliche Institut bleibt weiterhin gebannt, wie auch seine führenden Persönlichkeiten einschließlich Beyers Naudé. Andere wurden in Haft genommen, und heute leben die meisten der früheren Leiter des Instituts im Exil.

Nicht nur, daß die Anfänge des Christlichen Instituts bescheiden waren und daß es kaum die Art von Organisation war, die der Staat hätte fürchten müssen; es erlangte auch nie eine Anhängerenschaft von Bedeutung, weder unter Schwarzen noch unter Weißen. Der Autor führt weiter aus, daß "es von Anfang an eine von Weißen kontrollierte Organisation und eine vorherrschend weiße Initiative gewesen war. Verspätet versuchte es nun, sich anzupassen, nicht nur durch die Unterstützung von Organisatio-

nen des Schwarzen Selbstbewußtseins wie Black Community Programms (BCP), sondern auch, indem es eine kämpferische schwarze Führerschaft in den eigenen Reihen begrüßte.

Des Verfassers Beschreibung und Analyse der Reaktion der christlichen Welt auf die Apartheidpolitik nach dem Sharpeville-Massaker verdient besondere Erwähnung. Die Schlüsselrolle der Cottesloe-Konferenz (abgehalten in Südafrika im Jahre 1960), die vom Weltrat der Kirchen zusammengerufen wurde, macht die Entscheidung deutlich, die Südafrikas Kirchen zu treffen hatten: für oder gegen Apartheid. Die Niederländisch-Reformierten Kirchen wählten die Apartheid, während andere Kirchen fortfuhren, dieses System mit Worten zu verurteilen, es aber im täglichen Leben anzunehmen. Das Ergebnis der Konferenz kündigte außerdem die Entstehung des Instituts an, das von nun an eine ständige Herausforderung für die Kirchen darstellen sollte.

"Das Institut, das mit einem Auftrag für die Weiße Niederländisch-Reformierte Kirche begonnen hatte, entwickelte unter großen Schwierigkeiten, jedoch beharrlich, ein größeres Mitgefühl mit den Armen, Ausgebeuteten und Unterdrückten..." Im Juni 1968 gaben Mitarbeiter des Instituts zusammen mit dem Südafrikanischen Kirchenrat eine "Botschaft an das Volk Südafrikas" heraus. Das stellte eine wichtige theologische Grundlage her, die besonders das Institut stärker zu einer klaren Verpflichtung dem Befreiungskampf gegenüber bewegte.

In diesem Zusammenhang behandelte Walshe die Zusammenarbeit des Instituts mit den unabhängigen Kirchen (schwarze Christen, die hauptsächlich zu den ärmsten und meist analphabetischen Teilen der Bevölkerung gehörten). Dies ermöglicht dem Leser einen ungewöhnlichen Einblick in einen Teil der südafrikanischen Gesellschaft, von dem sonst wenig erwähnt oder bekannt wird.

Obwohl der Verfasser dem Befreiungskampf mit Sympathie begegnet und sich mit dem Christlichen Institut und seinen Mitarbeitern identifiziert, führen seine vorsichtige Haltung und das offensichtliche Fehlen von persönlichen Erfahrungen im Kampf nach meiner Auffassung zu einigen enttäuschenden Mängeln. An einer Stelle schreibt er: "Was am 16. Juni als eine friedliche Demonstration in Soweto begann, artete unter der Einwirkung eines unbedachten Polizeieinsatzes in Steinwürfe und Polizeischüsse aus (Hervorhebungen von mir)". Die friedliche Demonstration entwickelte sich und artete nicht aus. In der Geschichte des Widerstands gegen Fremdherrschaft war das schon viele Male geschehen. Jugendliche, die mit Steinen warfen, wurden von einer brutalen (und nicht unbedachten) Polizei erschossen. Dieser Zusammenstoß führte, wie andere vor ihm, dazu, daß viele junge Menschen ihr Land verließen, um sich der Befreiungsarmee, Umkhonto we Sizwe, anzuschließen. Sie hatten gelernt, daß sie mit Gewaltlosigkeit und Steinewerfen dem Gegner, dem sie gegenüberstanden, nicht gewachsen waren. Walshe scheint sich mit der Entfaltung eines revolutionären Kampfes in all seinen Erscheinungen schwer zu tun.

Bis 1977 war das Institut eine Kraft im Befreiungskampf geworden, die für eine immer größere Anzahl von Kirchenangehörigen einen Weg darstellte, sich der Seite der Befreiung anzuschließen, und deren prophetische Mis-

sion im heutigen Südafrika immer sichtbarer wird. Unglücklicherweise nimmt der Verfasser dies nicht im wirklichen Sinne wahr. Er beschränkt sich auf die Beschreibung des Instituts und seines Personals, ohne jedes Verstehen oder Wissen um die Kräfte der Befreiung im Südafrika von heute.

Trotz dieser und anderer Mängel ist dies ein gut recherchiertes und gut geschriebenes Buch. Unweigerlich hätte man sich gewünscht, daß der Autor sich auch mit verschiedenen anderen Punkten in diesem Themenbereich beschäftigt hätte – wie dem der Kriegsdienstverweigerung oder der Theologie der Befreiung im südafrikanischen Kontext, gleichwohl bin ich sicher, daß wir hiermit einen wichtigen und sehr nützlichen Beitrag in Händen haben, den die, die an Südafrika Anteil nehmen, zur Kenntnis nehmen sollten.

Horst Kleinschmidt

It is no more a cry

Namibian Poetry in Exile

ed. by Henning Melber

Basler Afrika Bibliographien

Basel 1982

Es ist mehr als ein Schrei, was in den Gedichten zum Ausdruck kommt, die Henning Melber gesammelt und herausgegeben hat. Sicher, die Besetzung Namibias durch die (ehemals deutschen) Kolonialisten und die (südafrikanischen, europäischen und nordamerikanischen) Imperialisten wird beklagt, der Versuch, Namibianer zu Fremdlingen im eigenen Land zu machen, wird angeprangert, auch Gründe werden genannt für den Exodus tausender, besonders junger Namibianer.

Aber die Gedichte bleiben bei der Klage nicht stehen. Typisch ist das Gedicht "we are leaving you" von Nguno Wakolele, in dem die erzwungene Flucht nur der erste Schritt zu einer Rückkehr in ein befreites, zufriedenes und glückliches Namibia ist. Über den Weg dorthin herrschen bei den jungen Verfassern keine Illusionen. Er führt über den bewaffneten Kampf der SWAPO und wird seine Opfer fordern. Doch die Opfer, die die südafrikanischen Besatzer fordern, sind ungleich größer: Unterwerfung und Anpassung!

Henning Melber, selbst Namibianer und SWAPO-Mitglied, der z.Zt. in Kassel als Politologe lebt, hat die Gedichte ausgewählt aus einer Sammlung von Gedichten, die von den Studenten des "United Nations Institute for Namibia" (UNIN) in Lusaka/Sambia erstellt worden sind. Eine kurze Beschreibung dieses Institutes steht dann auch der Sammlung voran, ebenso wie eine Auseinandersetzung Melbers mit dem Thema "Colonialism, Culture and Resistance: The Case of Namibia." (Eine deutsche Fassung des Aufsatzes ist in "Informationsdienst Südliches Afrika", Heft 12'83 abgedruckt.) Auf der Umschlagseite findet sich außerdem noch eine aufklappbare Karte Namibias.

Für jeden, der sich über die politisch-ökonomische Situation auch mit der im Zuge des Befreiungsprozesses entstehenden revolutionären Kultur des namibianischen Volkes auseinandersetzen will, stellt die Sammlung eine reiche Fundgrube dar.

Gernot G. Herrmann

nachrichten

MOSAMBIK

Schwerer Schlag für die RNM

(Lo) Die Ermordung von Orlando Christina, dem Generalsekretär der RNM (Nationaler Widerstand von Mosambik) Mitte April bedeutet einen schweren Rückschlag für die gegen die Frelimo-Regierung kämpfende Söldnertruppe. Während Pretoria eine Unterstützung der RNM und die Destabilisierung Mosambiks immer noch bestreitet, haben die Umstände des Mordes auf südafrikanischem Territorium, von einer portugiesischen Zeitung gemeldet und erst danach von der südafrikanischen Polizei bestätigt, doch von neuem das Gegenteil bewiesen.

Christina wurde auf seiner Farm unweit Pretorias durch einen Schuß in den Kopf erschossen, obwohl das Grundstück, das als Versteck, Trainingslager und Transit für RNM-Mitglieder diente, permanent bewacht wurde. Nach einem südafrikanischen Zeitungsbericht ist die RNM in letzter Zeit von internen Konflikten und Kämpfen um die Macht, in die auch der Generalsekretär für Außenbeziehungen und Informationen, Fanuel Mahluza, verwickelt ist, geschwächt worden. Wahrscheinlich ist Christina Opfer dieser Auseinandersetzung geworden.

Der im Juni letzten Jahres zum Generalsekretär der RNM gewählte Christina galt als "Nummer eins" dieser Organisation, deren nomineller Präsident "commandante" Alfonso Dhlakama, bekannt unter dem Pseudonym "Jacom", ist. Als Agent der portugiesischen Geheimpolizei PIDE war Christina schon 1976 maßgeblich an der Gründung der RNM, die sich aus ehemaligen Mitgliedern von Spezialtruppen der portugiesischen Kolonialarmee und Söldnern jedweden Ursprungs zusammensetzt, im damaligen Rhodesien beteiligt.

Christinas Mission in Südafrika galt der direkten Verbindung zwischen Pretoria und der RNM: die Bestimmung der zu zerstörenden Ziele, die Verteilung logistischer Hilfe aus Pretoria (Waffen- und Munitionslieferung, Luftspionage über die mosambikanischen Truppenbewegungen u.a.), Organisierung von Kontakten nach Europa. So war im September vergangenen Jahres unter Leitung von Fanuel Mahluza zum ersten Mal eine RNM-Delegation u.a. in Paris und Bonn, um Unterstützung und Waffeneinkäufe für die Söldnertruppe zu regeln. Aus mosambikanischen Quellen verlautet, daß gegenwärtig ein anderes RNM-Mitglied in Johannesburg lebt: Casimiro Monteiro, der 1981 in Lissabon in Abwesenheit wegen Mordes (an General Humberto Delgado) zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

Nachfolger von Christina soll der ehemalige Leutnant der mosambikanischen Luftwaffe, der 1981 mit einer "MIG-15" nach Südafrika desertierte Afriano Bomba, sein. Zusammen mit seinem Bruder Boaventura soll er die Führung der RNM übernommen haben.

Diario de Lisboa 24.8.83, Welt, 2.9.82, Tempo, Portugal, 5.5.83

SÜDAFRIKA

IMB klagt Alfa Romeo/SA an

Das 14 Millionen starke Koordinierungsgremium für Automobilgewerkschaften, der in Genf ansässige Internationale Metallgewerk-

schaftsbund, hat der Geschäftsleitung der südafrikanischen Filiale der italienischen Automobilfirma Alfa Romeo unter Mussolini übliche Methoden vorgeworfen.

In einer Erklärung sagte IMB-Generalsekretär Herman Rebhan: "Unser Mitgliedsverband National Automobile & Allied Workers' Union NAAWU organisiert schwarze Beschäftigte in den Alfa Romeo-Werken nahe Johannesburg und Pretoria. Die Antwort des Unternehmens auf wiederholte Bitten um Gespräche und Anerkennung bestand in der Entlassung von zwei schwarzen Gewerkschaftern. Alfa weigert sich ebenfalls, mit der Gewerkschaft zusammenzutreffen, um ihre Wiedereinstellung zu diskutieren. Diese anmaßende, reaktionäre Haltung läßt darauf schließen, daß die Geschäftsleitung von Alfa in Südafrika glaubt, noch unter Mussolini zu leben, als man Gewerkschafter wie Dreck behandeln konnte. Der italienische Metallgewerkschaftsverband, der die Beschäftigten bei Alfa Romeo in Italien organisiert, übt gegenwärtig Druck auf die Muttergesellschaft in Italien aus.

Alfa Romeo ist eine der letzten Bastionen in Südafrika, die die Existenz schwarzer Gewerkschaften nicht akzeptieren wollen. Ford, General Motors, Volkswagen und British Leyland haben Anerkennungsverträge unterzeichnet und Betriebsratsrechte zuerkannt. Wir werden den Druck in Italien wie auch international so lange aufrechterhalten, bis Alfa Romeo in Südafrika gelernt hat, moderne, ausgereifte Industriebeziehungen aufzubauen." IMB 2.5.83

Putschversuch auf den Seychellen – ein teurer Fehlschlag

Verteidigungsminister General Magnus Malan erklärte Anfang März, der mißglückte Putschversuch auf den Seychellen vom November 1981 (s. Info 9-11, 82) hätte den südafrikanischen Streitkräften (SADF) allein für Gehälter und Transport 908,70 Rand gekostet. Über die viel höheren Kosten für Waffen und Munition mochte sich der Minister nicht äußern, da er angesichts des Waffenembargos der UNO nichts über Wert und Ursprungsland der Waffen sagen wollte, um die Kanäle nicht zu verraten.

Da die Verwendung der Waffen für einen Putsch nicht vorgesehen gewesen sei, könne man aus dieser Rechnung aber keine Rückschlüsse auf eine Beteiligung der südafrikanischen Regierung ziehen, sagte der General Malan abschließend.

ANC-Informationsbulletin Nr. 17, April 83

Dürre und Apartheid

Die gegenwärtige Dürreperiode wird Südafrika einen Außenhandelsverlust von 800 Millionen Rand im gegenwärtigen Rechnungsjahr 1983/84 beschern. Dies schätzen Landwirtschaftsexperten in Pretoria. Dadurch wird ein großer Teil der aus den zur Zeit hohen Goldpreisen erlangten Gewinne wieder aufgezehrt werden.

In Kapstadt erklärte der Parlamentsabgeordnete der Progressive Federal Party (PFP) aus Albany, Errol Moorcroft, die Trockenheit bedeutet eine nationale Katastrophe für das "Homeland" Ciskei. Sie sei die schlimmste seit Menschengedenken und wenn in den nächsten Monaten kein Regen fällt, werden dort viele Menschen

sterben. Außerdem dezimiert die Dürre die Viehbestände und führt zu einer Unfruchtbarkeit des Bodens.

Moorcroft erklärte auf einer Veranstaltung des Instituts für Rassenbeziehungen Ende Februar, die südafrikanische Regierung und ihre Politik der Zwangsumsiedlungen für verantwortlich, da sie zur Zerstörung der natürlichen Ressourcen dort beigetragen hat. ANC-Informationsbulletin Nr. 17, April 83

"Pressefreiheit" in Südafrika

Wegen "Beeinträchtigung der Sicherheit und der Interessen des Staates" wurden am 4. März zwei Zeitungsredakteure, ein Reporter und die Zeitungsfirma in einem Geheimprozeß zu Geldstrafen von insgesamt 3 600 Rand verurteilt.

Rex Gibson (Redakteur der 'Rand Daily Mail'), Tertius Myburgh (Redakteur der 'Sunday Times') und Eugene Hugo (Reporter für beide Zeitungen) hatten im April letzten Jahres umfangreiche Berichte über den versuchten Putsch auf den Seychellen im November 1981 und über die Beteiligung der südafrikanischen Regierung veröffentlicht. Dazu erklärte Tertius Myburgh von der 'Sunday Times': "Es ist überraschend, daß am Ende der ganzen Seychellen-Geschichte diejenigen Militärs, die den Söldnern die Waffen zur Verfügung stellten, noch in Amt und Würden sind – drei Zeitungsleute dagegen auf der Anklagebank sitzen."

ANC-Informationsbulletin Nr. 17, April 83

ZIMBABWE

Neue Verstaatlichungen angekündigt

Zimbabwes Mineralölgesellschaften, Mühlenbetriebe und öffentliche Verkehrsunternehmen sollen demnächst in Staatseigentum überführt werden. Wie Premierminister Mugabe in einem Interview mit dem Organ seiner ZANU-Partei "Zimbabwe News" ankündigte, will die Regierung durch Aufkauf oder Übernahme der Mehrheitsanteile in entsprechenden Unternehmen sicherstellen, daß diese Bereiche wegen ihrer "strategischen Bedeutung oder besonderen Investitionscharakters" in Zukunft als Staatsunternehmen geführt werden.

Justizminister Eddison Zvobogo hatte Presseberichten zufolge kurz vorher erklärt, daß die zimbabwische Regierung sich die allmähliche Zerschlagung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zum Ziel gesetzt habe, da dieses bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung versagt habe.

BfAI/NfA, 9.5.83

MOSAMBIK

Zeit reif für Gewerkschaftsgründung

Der wichtigste Schluß, der aus dem vierten nationalen Treffen der mosambikanischen Arbeiterorganisationen, den Produktionsräten, Ende März in Maputo gezogen werden kann, ist, daß die Bedingungen nun reif für die Gründung von Gewerkschaften sind. Die Teilnehmer des Treffens waren der Meinung, daß die Mobilisierungsarbeit der 1977 ins Leben gerufenen Produktionsräte als Keimzellen von Gewerkschaften das politische Bewußtsein der mosambikanischen Arbeiter derart angehoben hätten, daß sie nun in der Lage seien, an Planung und Verwaltung in der Wirtschaft teilzunehmen.

aim, März 1983

links lesen

Nationale Töne erklingen in Frankreich, in Deutschland, auch bei Linken, Gewerkschaftern und "Bewegten".

Aber: Ob Friedensbewegung, Neue Medien oder Zahlungsbilanz – die Probleme stellen sich im Weltmaßstab. Unsere Berichte und Analysen sammeln nicht exotische Fakten. Wir untersuchen internationale Verflechtungen, um unsere Situation hier besser zu verstehen.



Zum Beispiel:

"Flickschusterei im Weltmaßstab" (Alexander Schubert über das Weltwährungssystem, "links", März '83)

"Jeder Palästinenser, den ein Deutscher wahrnimmt, erinnert ihn an die lange Kolonne der frierenden, zerschundenen 6 Millionen Juden, die in die Gaskammern gepeitscht wurden." (Rafik Schami, Dan Diner und Micha Brumlik über die Palästinenser, die Israelis und die Deutschen, "links", April '83)

"Im Kampf um den Weltmarkt verbinden sich Konzernstrategien mit nationaler Technologiepolitik" (Frieder Schlupp in der Diskussion um die 'Neuen Medien', "links", Februar '83)

Als Fallbeispiele: CDU/CSU unterstützen Folterlager in Chile.

Oder: V-Mann des BKA als Putschist in Bolivien.

Oder: Atomexport der BRD nach Lateinamerika.

Oder: Rassismus in Südafrika: Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann beauftragt Lobbibüro in USA, das gleichzeitig für die weiße Regierung in Pretoria wirbt.

Oder: Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann beauftragt Lobbibüro in USA, das gleichzeitig für die weiße Regierung in Pretoria wirbt.

Und Interviews, z.B. mit der ungarischen Philosophin Agnes Heller ("links", April 1983)

Monatlich 36 Seiten, Einzelheft DM 3,-, Jahresabo DM 35,- incl. Versandkosten. Bezug: Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Probeexemplare kostenlos.

AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Nr. 4/April 1983

Bonner Konfrontationskurs gegen die Dritte Welt + Der 7. Gipfel von Delhi + Mahatma Gandhis Ideale + Indira Gandhis freiwillige Schuldenfalle + Afghanistan: Tendenzwende zugunsten der Regierung Karmal + Agrarreform + Iran: Die Revolution auf dem Rückmarsch + Vormarsch der Rechten + Guatemala: Ein strategisches Dorf in Xejalbinte + Palästina: Kurs der PLO in Algier + Politische Erklärung des Palästinensischen Nationalrats + Nigeria-Ghana: Belastungsprobe für Rawlings + Entwicklungspolitik: Bericht der Nord-Süd-Kommission.

Preis: 2,50 DM, Abo 25,- DM

Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

EPK

Entwicklungspolitische Korrespondenz
1/83

DDR und Dritte Welt: Artikel über Ideologie und Praxis der DDR-Politik, militärische und ökonomische Kooperation, FDJ-Freundschaftsbrigaden und Solidaritätsorganisationen + Auszüge aus DDR-Schulbüchern + Dokumente und Interviews, Schaubilder und Tabellen.

Preis DM 4,-

Bezug:

EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

ila-info Nr. 65, April 1983

Konkurrenzkampf unter Landsknechten? – Surinam zwischen Revolution und Konterrevolution + Die Karibikinsel Grenada: Im Sperrfeuer der US-Propaganda + Invasion in Nicaragua: Wie weit werden die USA noch gehen? + "Sie haben nur noch die Freiheit, ihren Namen zu nennen" + Die Südfront mit Costa Rica + Der Pyrrhussieg des Rios Montt + Wo steht die Revolution in Guatemala heute? + Vorurteile, aber auch Widerstandstraditionen + Die guatemalteckische Frau im Befreiungskampf + Brasilien/Bahia: Die Dürre verschärft die Gewalt der Armut im Sertao + Itaparica-Stausee: Landarbeiter setzen sich zur Wehr + Gefangen auf El Fronton – Ein Beispiel für Repression und Schikanierung der Landbevölkerung in Peru + Argentinien: nach zehn Jahren Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie + Ländernachrichten: Chile: Arbeitskämpfe und Entlassungen + Werden die U-Boote doch geliefert + Kuba: Umschuldungsverhandlungen weitgehend abgeschlossen + "Wir freuen uns, wenn wir zu zweit auf dieses Maß kommen!" Zwei junge Frauen aus der Bundesrepublik bei der Kaffee-Ernte in Nicaragua + Nachruf auf Marianella + Trauer um eine große Frau + Tag der Solidarität mit Nicaragua + "Landesarbeitsgemeinschaft Dritte Welt" der Grünen in NRW gegründet + Einladung vom Kirchentag 1983 in Hannover (8. - 12. Juni) + Leserbrief zum Papstbesuch in Mittelamerika: "Ich trete aus der Kirche aus".

Preis: 2,50 DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

STIPENDIUM

Für Kinderbücher
gegen Rassismus

Mit einem Stipendium fördern die
**Erklärung von Bern und terre des
hommes schweiz**

die Produktion antirassistischer Kinderbücher (oder Theaterstücke usw.). Wir unterstützen Autoren, die in Zusammenarbeit mit den beiden Organisationen solche Bücher verfassen oder geeignete Bücher von Dritt-Welt-Autoren ausfindig machen, übersetzen oder eventuell überarbeiten möchten.

Wer und was wird gefördert?

Gefördert werden Produktionen europäischer Autoren, sofern sie das Problem des Rassismus thematisieren: Entweder die Auswirkungen des Rassismus bei seinen Opfern oder die Existenz und die Funktionen des Rassismus bei uns selbst. Kein Interesse besteht in der Regel an Produktionen europäischer Autoren, in denen ohne besonderen Bezug zur Rassismus-Frage über die Dritte Welt berichtet wird.

Produktionen von Autoren aus der Dritten Welt sollen thematisch weniger festgelegt sein. Wir gehen davon aus, daß Autoren in der Dritten Welt Themen aufgreifen, die für sie bzw. für die Menschen in der Dritten Welt von Bedeutung sind.

Gefördert werden entweder Neu-Produktionen, Übersetzungen oder Bearbeitungen; oder es können Zuschüsse zu laufenden Projekten (Produktions-Zuschüsse, Abnahme-Garantien usw.) gewährt werden. Bereits publizierte Bücher werden nicht im Nachhinein finanziert, und es können keine Lizenzen übernommen werden.

Interessenten, die nähere Angaben wünschen, sind gebeten, sich an eine der folgenden Stellen für Unterlagen zu melden:

Regula Renschler

Erklärung von Bern

Büro Basel

Davidsbodenstr. 25,

CH-4056 Basel

Daniel Glass

terre des hommes schweiz

Zentralsekretariat

Jungstraße 36, CH-4056 Basel